DOKUMENTATION Nr. 1

JUNGSOZIALISTEN

UND

GEWERKSCHAFTEN

Materialien zur Grundsatzdiskussion bei den Bremer Jungsozialisten

Zusammengestellt
von
Edgar Einemann
Herbert Morgenroth

Herausgeber :
Juso - UB Vorstand
Bremen - Ost

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

D O K U M E N T A T I O N

I. Gewerkschaftsdiskussion

1. Schwab - Bericht über die DGB- Bundesjugendkonferenz 1977 (FR 28.12.77)
2. Oetjen u.a., Oberurseler Papier (FR 5.5.79)
3. Hensche, Kommunistisch unterwandert ? (Holzarbeiter - Zeitung 8/79)
4. Schröder, Unterschiede nicht verwischen (ÖTV - Magazin 8/79)
5. Hensche, Offene Diskussion - aber zur Sache (ÖTV - Magazin 1o/79)
6. Schneider, Aber die Sache bitte nicht vernebeln (ÖTV - Magazin 1o/79)
7. Hawreliuk, Wer macht was kaputt in der Gewerkschaftsjugend? (Solidarität 5/6 1979)
8. Leserbriefe zum Hawreliuk - Artikel (Solidarität 7/8 1979)
9. Gaarz, DKP - orientierte Gewerkschaftspolitik (Gewerkschaftliche Umschau Nr.3 Mai/ Juni 79)

II. Juso - Diskussionen

1. Bundesvorstands- und Bundesausschußbeschluß der Jusos zum Thema "Jusos und Gewerkschaften" (Juli/ September 1979)
2. Wolf, Einheitsgewerkschaft - wohin? Zur Strategie der Jusos (Hannoveraner Kreisblatt Nr.7 Juli 79)
3. Einemann, Zur Gewerkschaftskontroverse bei den Jusos

4. Heinisch/ Jüttner, Jusos und Gewerkschaften (Juso 1/79, Juli 1979)

Erschrecken über den Jargon eines Politkommissars

Kurzbericht des DGB-Vorstandsmitgliedes Karl Schwab über den Verlauf der DGB-Bundesjugendkonferenz in Frankfurt

Der Verlauf der Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), über die die FR mehrfach berichtet hatte, wird im DGB und in den Einzelgewerkschaften heftig und kontrovers diskutiert. Das für die DGB-Jugend zuständige DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab verfaßte knapp eine Woche nach der Konferenz einen „Kurzbericht". Die Einschätzung der Konferenz aus seiner Sicht ging an alle für die Gewerkschaftsjugend zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre. Er soll Ende Januar auf einer Sitzung des Bundesjugendausschusses des DGB diskutiert werden. Wir veröffentlichen den Brief Schwabs ungekürzt im Wortlaut, auch um Mißdeutungen durch verkürzte Sätze und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate entgegenzuwirken. FR

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie in einem Kurzbericht nicht anders möglich, will ich versuchen, die wichtigsten Inhalte dieser 10. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz des DGB, die in der vergangenen Woche in Frankfurt stattgefunden hat, darzustellen und einige Tendenzen und Stimmungen deutlich zu machen, die sich für mich ergeben haben und die Anlaß sein müssen, darüber in nächster Zeit in den verantwortlichen Gremien der Gewerkschaften und des DGB miteinander zu reden.

Teilgenommen haben 146 ordentliche Delegierte, davon waren 21 Kolleginnen. 106 Delegierte sind als ehrenamtliche Jugendfunktionäre tätig, 38 sind in einer hauptamtlichen gewerkschaftlichen Position. 46 Arbeiter nahmen an der Konferenz teil, 73 waren Angestellte, wobei unter diesen 73 Angestellten natürlich die 38 hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre zu finden sind. 18 Kolleginnen und Kollegen sind als Beamte tätig, vier als Auszubildende. Vier Schüler und Studenten und ein Arbeitsloser waren dabei, darüber hinaus Gastdelegierte und Gastteilnehmer aus Organisationen und Verbänden, mit denen wir im Jugendbereich Beziehungen haben.

Ich muß hier leider das gleiche wiederholen, was ich gestern bereits im Bundesvorstand berichtet habe. Durch eine bedauerliche Panne in der Vorbereitung der Jugendkonferenz ist an die Vorsitzenden der Gewerkschaften und die Landesbezirksvorsitzenden keine Einladung versandt worden. Die Schlußfolgerungen, die einige Journalisten und auch einige Delegierte daraus gezogen haben, daß keiner der Vorsitzenden auf der Konferenz sichtbar war, sind völlig falsch und abwegig. Es war keine Demonstration des Desinteresses, wie da oder dort geschlußfolgert wurde, sondern das bedauerliche Ergebnis des Fehlers in der Abteilung. Wir werden diese Darstellung allen Delegierten der Bundesjugendkonferenz zur Kenntnis bringen.

Das Spektrum der rund 330 an die Konferenz gestellten Anträge und Initiativanträge war ziemlich breit. Allein 113 Anträge beschäftigten sich mit der Problematik der Jugendarbeitslosigkeit, dem Recht auf Arbeit, den Fragen, die sich im Bereich der beruflichen Bildung ergeben. 37 Anträge befaßten sich mit der Problematik des Jugendarbeitsschutzes und dem, was da unter der Bezeichnung Beseitigung der ausbildungshemmenden Vorschriften auf der politischen Ebene beraten wird bzw. beabsichtigt ist. Der Stand und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit schlug sich ebenso in Anträgen nieder wie die Arbeitsmöglichkeiten der Jugendvertretung, die Jugendbildungsarbeit, die Kultur- und Freizeitarbeit und die internationalen Beziehungen. Auch zum Grundsatzprogramm und zum Aktionsprogramm waren Anträge gestellt, und 26 Anträge beschäftigten sich mit der allgemeinen gewerkschaftlichen Arbeit, mit dem öffentlichen Dienst, mit dem Personalrecht und den Absichten zur Reprivatisierung im öffentlichen Dienst.

Ich will nur an einigen Anträgen deutlich machen, wie kontrovers zum Teil Auffassungen diskutiert wurden und zu welchen Auseinandersetzungen die Behandlungen des einen oder anderen Punktes führten.

Es fällt mir nicht leicht, das festzustellen, aber ich glaube, daß es an der Zeit ist, einen größeren Kreis als nur den Bundesvorstand des DGB mit den von mir gesehenen Gefahren vertraut zu machen. Ich bin erschrocken auf dieser Bundesjugendkonferenz über das Maß von Intoleranz, mit der in dieser Jugend — wenn überhaupt diskutiert wurde. Wenn ich sage „wenn überhaupt", dann steht das zwar im Widerspruch zu der Tatsache, daß immerhin 56 Diskussionsredner in sieben Stunden zum vorgelegten Geschäftsbericht Meinungen äußerten. Diskussion kann man zu manchen der dabei vorgetragenen Ansichten sicher deshalb nicht sagen, weil sie apodiktisch einen eingenommenen Standpunkt wiedergaben, der keinen Raum ließ für die Anerkennung auf Irrtum beim anderen oder gar bei sich selbst.

Ich bin — ich sage es noch einmal — erschrocken über die Unversönlichkeit, mit der zum Teil die Meinung des anderen als abwegig, als dem Auftrag der Mitgliedschaft nicht entsprechend, als einer wirklichen Interessenvertretung der jungen Menschen entgegenstehend abqualifiziert wurde, und ich war auch enttäuscht darüber, daß gerade diejenigen, die in ihrer Kritik an der Arbeit anderer sehr vernichtende Urteile fällten, meist selbst nichts anderes, nichts Besseres anzubieten hatten, und wenn

IM WORTLAUT

ich mir so in die Erinnerung zurückrufe was da von dem einen oder anderen als Ausweg aufgezeigt wurde, dann komme ich in meiner Wertung dazu, daß gewerkschaftspolitische Auseinandersetzung in den Organisationen durch Aktionismus, durch Veranstaltungen Demonstrationen und Kundgebungen ersetzt werden soll. Das ist nicht der Weg. Ebensowenig wie die Art, in der mancher Diskussionsbeitrag geleistet wurde.

Insbesondere bei einem Kollegen hatte ich den Eindruck, daß da nicht ein junger Mensch spricht, der zwar einen eigenen politischen Standpunkt hat, sich um Verständigung bemüht, Kritik ausspricht und den anderen überzeugen will, sondern daß hier im Jargon eines Politkommissars andere Meinungen verdammt und, weil im Gegensatz zu eigenen stehend, gar nicht zugelassen wurden.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Befürchtung, daß ein nicht kleiner Teil der Kolleginnen und Kollegen, de

sich für mich bei den einzelnen Abstimmungen dann deutlicher als Gruppe herausstellte, ihre Anregungen, ihre Erkenntnisse und auch ihre Aufträge nicht von Gremien innerhalb der Gewerkschaften, sondern von politischen Gruppierungen außerhalb erhalten. Ich war überrascht von der Offenheit, mit der diese politische Gruppierung aufgetreten ist. Während man früher noch versucht hat, das zu kaschieren, während man versucht hat, das mit Auffassungsverschiedenheiten in verschiedenen Gewerkschaften zu bemänteln, ist hier quer durch die Gewerkschaften ganz deutlich geworden, daß es eine politische Gruppierung gibt, die für ihre Meinung kompromißlos auftritt und sich stark genug glaubt, nun auch offen die Auseinandersetzung führen zu können. Das scheint mir der Punkt zu sein, wo unsere Überlegungen, wie das geändert werden kann, ansetzen müssen, weil ich sonst für die gewerkschaftliche Jugendarbeit in der nächsten Zeit keine positiven Möglichkeiten sehe.

Das ist der Versuch, gewerkschaftliche Jugendarbeit nur als Vorwand zu nehmen für die Ausnützung der Massenbasis, die 1,2 Millionen jugendliche Mitglieder geben.

Wo wurde das deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das wurde deutlich bei dem Antrag darüber, ob von der DDR verlangt werden darf, Bahro, den Systemkritiker, freizulassen. Das wurde deutlich bei dem Antrag über die Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an den Weltjugendfestspielen in Kuba, wo ebenso wie eine Kritik der DDR auch eine Infragestellung der Politik der UdSSR für einen nicht gerade kleinen Teil der Delegierten als unannehmbar erschien. Die Auseinandersetzung über diese Anträge ist offen und in aller Härte geführt worden.

Das wurde zum Beispiel auch deutlich bei einem Antrag über die sogenannte Übernahme von Ausgebildeten im Ausbildungsbetrieb. Wir haben bisher immer klargemacht und es war immer gewerkschaftliches Ziel, jedem Ausgebildeten einen Arbeitsplatz möglichst im Ausbildungsbetrieb im Rahmen seiner erworbenen Qualifikationen zu sichern. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Wenn wir aber insbesondere wegen des Mangels aus Ausbildungsplätzen die Wirtschaft, die Unternehmen, die Verwaltungen auffordern, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, als voraussichtlich für den eigenen Bedarf Ausgebildete später notwendig sind, dann würde dem die gleichzeitige Forderung auf Übernahme nach der Ausbildung sicherlich hemmend im Wege stehen.

Das wollte ein nicht gerade kleiner Teil der Delegierten einfach nicht wahrhaben. Da ich annehme, daß die Logik eines solchen Verhaltens eigentlich einleuchtend wäre, kann ich nur zu dem Schluß kommen, daß das Motiv eines solchen Antrages eigentlich nur darin bestehen kann, möglichst solche Forderungen zu stellen, die dann nicht erfüllt werden können oder die, wenn sie erfüllt werden, zu anderen negativen Auswirkungen für die Jugendlichen führen, damit man daraus dann politisch Kapital schlagen kann.

Kolleginnen und Kollegen, es gäbe natürlich noch über eine Reihe von behandelten Anträgen hier interessante Einzelheiten zu berichten. Daß die Gewerkschaftsjugend und auch Delegierte der Bundesjugendkonferenz nicht davon zu überzeugen sind, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Unrechtsstaat geworden sei, daß die sogenannten Berufsverbote nicht die Tagespraxis sind, daß die Einschränkung der politischen Freiheiten nicht Tag für Tag mit Meilenstiefeln vorangetragen wird, ist meiner Meinung nach erschütternd. Richtig ist, daß diese Überprüfungspraxis nun von uns allen als nicht adäquate Maßnahme abgelehnt wird. Richtig ist aber auch, daß der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dieser Frage eine eindeutige Meinung geäußert und sie als Beschluß der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht hat.

Das ist der Punkt, wo sich auch trotz abweichender Auffassungen die Gewerkschaftsjugend, wie alle anderen Organisationsbereiche in anderen Fragen, dem Beschluß des höchsten Gremiums zwischen den Gewerkschaftskongressen zu beugen hat; d. h. nicht, daß Nachdenken nicht mehr erlaubt wäre, das heißt aber, keine Aktionen, insbesondere solche feindlicher oder gegnerischer Organisationen, zu unterstützen, die gegen diesen Beschluß gerichtet sind.

Das war weder der Bundesjugendkonferenz noch Versammlungen oder Konferenzen, die davor stattgefunden haben, deutlich zu machen, und deshalb verwundert es sicherlich nicht, wenn auch auf dieser Bundesjugendkonferenz wieder Beschlüsse mit dem Tenor „Weg mit den Berufsverboten" gefaßt wurden.

Daß die Frage der Betreuung der zum Wehrdienst Eingezogenen in dieser Bundesjugendkonferenz wiederum eine Rolle spielte, überrascht sicher niemand. Daß dabei aber fast wörtlich die Beschlüsse der SDAJ abgeschrieben und in Beschlüsse des DGB oder seiner Jugend umfunktioniert werden, macht doch einige Hintergründe deutlich.

Kolleginnen und Kollegen, es wird sicherlich bald Gelegenheit geben, über diese Tendenzen eingehender miteinander zu reden. Der Bundesvorstand hat gestern jedenfalls sowohl die Notwendigkeit als auch die Bereitschaft dazu zum Ausdruck gebracht. Was ich abschließend noch feststellen möchte, ist folgendes:

Es kann nicht mehr länger so sein, daß wir in den Gewerkschaften etwa nach der Devise „Wer bei uns in der Organisation schwierig ist, dem übertragen wir ein Mandat beim DGB, sollen die sehen, wie sie damit fertig werden" handeln. Damit sind die Probleme nicht gelöst, auch nicht für die Gewerkschaft, die sich vielleicht vorübergehend damit Schwierigkeiten vom Hals geschafft hat.

Der DGB ist, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit, nicht in der Lage, mit den Schwierigkeiten allein fertig zu werden. Da uns auch weiterhin daran liegt, diese jungen Menschen tatsächlich gewerkschaftlich wirksam werden zu lassen, und ihnen auf den gewerkschaftlichen Handlungsfeldern die sich ergebenden Betätigungsmöglichkeiten einzuräumen, müssen wir wohl in der eigenen Organisation und im DGB überprüfen, wie wir diese von mir geschilderten Erscheinungen, denen harte politische Realitäten zugrunde liegen, in den Griff bekommen können. Wir dürfen, das jedenfalls ist meine Einschätzung, damit nicht mehr allzulange warten.

FR 28.12.77

Erst Posten erobern und dann gegen Kritik abschotten

Eine Untersuchung über Strategie und Aktivitäten von DKP und SDAJ innerhalb der Gewerkschaften: Es geht um die Durchsetzung von Parteiinteressen

Seit Monaten wird in Gewerkschaftskreisen über ein Papier gesprochen und geurteilt, das bisher nur in sehr kleinen Zirkeln verteilt worden ist. Es geht um das „Oberurseler Papier" zur Strategie der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Gewerkschaftsbereich. Verfaßt wurde es von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel, die sich selbst als unabhängige Linke einstufen. Schulleiter Hinrich Oetjen hat inzwischen die Verantwortung dafür übernommen. Zugespitzt haben sich die Auseinandersetzungen durch auszugsweise Veröffentlichungen durch die Pressestelle der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sowie eine Diskussion im Bundesjugendausschuß des DGB darüber, ob sich dieses Gremium mit dem internen Papier offiziell und außerhalb der Tagesordnung befassen solle. Mit knapper Mehrheit wurde dies abgelehnt. Inzwischen wird das „Oberurseler Papier" von den unterschiedlichsten Gruppen zu unterschiedlichsten politischen Zielen „vermarktet", ohne daß es im Wortlaut bekannt ist. Wir veröffentlichen jetzt die Ausarbeitung, weil wir der Meinung sind, daß zwar über die DKP-Strategien im Gewerkschaftsbereich diskutiert werden müßte, aber auch über die Art der Argumentation der „Oberurseler".

DOKUMENTATION

Frankfurter Rundschau

Samstag, 5. Mai 1979, Nr. 104

Montag, 7. Mai 1979, Nr. 105

wirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen." (Programmentwurf für den Mannheimer Parteitag der DKP, 1978, Seite 51. Die Unterstreichung von den Verfassern soll kennzeichnen, daß nicht alle gewerkschaftlichen Beschlüsse anerkannt werden. Die Partei bestimmt, was den Interessen der Arbeiterklasse dient.)

In einigen Verlautbarungen wird davon gesprochen, daß über 70 Prozent der DKP-Mitglieder auch Gewerkschaftsmitglieder seien. Die Einheitsgewerkschaft ist nach Meinung der DKP ein Meilenstein in der Geschichte zur „Einheit der Arbeiterklasse", selbst wenn diese Einheitsgewerkschaften bisher überwiegend sozialdemokratisch „kontrolliert" sind. Diese sozialdemokratische „Kontrolle" zu vermindern oder zu durchbrechen, ist ein wesentliches Ziel der Partei. Dabei ist die Verteidigung der Autonomie der Gewerkschaften nur ein vorgeschobenes Argument. Ihr Ziel ist mittelfristig mindestens die „Kontrolle" über einen Bereich der Gewerkschaftsarbeit oder die „Kontrolle" einer einzelnen Gewerkschaft.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es für die Kommunisten notwendig, loyal und übereifrig mitzuarbeiten. Sie müssen

(Bild: FR-Archiv)

sich durch besondere Loyalität auszeichnen, weil sie sonst dieses Ziel nicht erreichen können. Dazu gehört auch die scheinbar kritiklose Unterordnung in der Praxis gegenüber den offiziellen gewerkschaftlichen Forderungen und Positionen. Kritik würde zur Kenntlichkeit führen und errungene Positionen gefährden. Die Parteivertreter wissen, daß sie nicht als Kommunisten anerkannt werden, sondern nur als loyale, fleißige und in der täglichen „Dreckarbeit" einsetzbare Gewerkschafter.

Sind DKP-Vertreter in den Gewerkschaften gefährdet, appellieren sie an die „Solidarität aller Demokraten und Sozialisten". Sie warnen davor, sich zum Instrument der „Rechten" machen zu lassen, indem man die Präsenz der Kommunisten in den Gewerkschaften nicht verteidigt.

Umgekehrt gilt die Parole von Solidarität und Einheit nicht mehr. Andere „Linke" werden von der DKP insbesondere innerhalb der Gewerkschaften heftig bekämpft. Die DKP betrachtet sich nämlich als die einzig legitime Vertreterin des „Wissenschaftlichen Sozialismus". Folgerichtig können andere „Linke" entweder nur „Linkssektierer" oder „Rechtsopportunisten" sein. Zur Eliminierung dieser Personen in den Gewerkschaften wird vor keinem Mittel zurückgeschreckt.

Da die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften dominierend sind, muß die DKP mit ihnen zusammenarbeiten. Hat die DKP in einem Gremium die Mehrheit oder sind in der gewerkschaftlichen Arbeit wesentliche Parteiinteressen berührt, wird die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten — oft sofort — aufgekündigt. Bei Konflikten mit der SPD schreckt die DKP nicht davor zurück, sich auch mit CDU-Mitgliedern zu gemeinsamen Minoritäten zu verbinden. Die Praxis der DKP ist also widersprüchlich und listenreich.

Wegen ihres politischen Selbstverständnisses als der „Avantgarde der Arbeiterklasse" sind die Mitglieder der DKP-orientierten Organisationen vor allem auf die Besetzung von Leitungsfunktionen fixiert. Die wichtigste Frage für diese Vertreter ist, wer die Arbeiterklasse führt. Dabei ist die selbständige Handlungsfähigkeit und Meinungsbildung der Arbeiter ihrer Meinung nach nicht möglich, da die Massen nur begrenzt einsichtsfähig sind. Wenn die Partei Gremien besetzt hat, besteht die wichtigste Aktivität in der Abfassung von Entschlüssen und Entschließungen, die Massenrückhalt für die in der DKP vorhandenen Positionen nach außen demonstrativ vorspiegeln sollen. DKP-Positionen geraten so zu gewerkschaftlichen. Als solche werden sie nach dem Selbstverständnis der DKP von den Massen eher anerkannt und befolgt. Dadurch soll sich ein Abbau des Antikommunismus langfristig einstellen. Auch hier unterliegt die DKP einer Illusion. Vorurteile gegenüber der Partei können auf diese Weise nicht abgebaut werden. Dies beweisen politische Wahlen, bei denen in Gewerkschaften anerkannte DKP-Vertreter von den gleichen Arbeitern ihre Stimme nicht bekommen. Viele sozialdemokratische Funktionäre sehen sich deshalb auch keinem „DKP-Problem" gegenübergestellt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen erscheinen die Mitglieder der DKP-Organisationen nicht als gefährlich. Im Gegenteil: will man in der Organisation Ruhe haben, sind Kommunisten oft die uneigennützigste Stütze.

2.2. Bloße Anhänger des „Stamokap"

„Stamokap" hat sich als Kürzel für die Ideologie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus" eingebürgert. Es handelt sich um eine Ideologie, die ihre analytischen Wurzeln bei Hilferding und Lenin hat. Beide waren der Meinung, daß sich in der kapitalistischen Entwicklung durch immer weitere Zentralisierung und Konzentration des Kapitals Monopole herausbilden, die mit dem Staat zu einer Interessenidentität verschmelzen. Aus dieser von Erscheinungen abgeleiteten zum Teil richtigen Trendanalyse wird jetzt in der vor allem von DDR-Ideologen vertretenen Strategie des Stamokap gefolgert, daß sich in den Monopolen schon die richtigen „vergesellschafteten" sozialistischen Formen (Strukturen) herausbilden. Sie sind nur noch (Aufgrund des Privateigentums) kapitalistisch beherrscht. Über den Machteinfluß der Monopole wird auch der Staat kapitalistisch geführt. Auch er hat schon die für den Sozialismus richtigen Formen. Sowohl die Formen der Monopole als auch die des Staates müssen nur mit dem richtigen Inhalt, über ein „antimonopolistisches, demokratisches Bündnis" durchgesetzt, versehen werden. Der Kampf geht also um die Eroberung der Macht in den vorhandenen Formen und Strukturen, die auch im „Sozialismus" brauchbar sein werden.

Möglich wird die Realisierung dieses Zieles durch die „Weltkonkurrenz der Systeme". „Die Klassenauseinandersetzung ... wird ... durch die Stellung der sozialistischen Staatengemeinschaft ... und ihren Einfluß auf das Weltgeschehen ..., also (durch) ihre Stärke ... entschieden." Deshalb ist „die Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft" das wichtigste in der Zukunft. Um „... das Parlament dann aus einem Werkzeug der Bourgeoisie in ein Interesseninstrument des werktätigen Volkes umzuwandeln, muß sich nur die Partei der Arbeiterklasse ... als Führer der Massenbewegung des ganzen Volkes bewähren". (Viktorow, „Die historische Mission der Arbeiterklasse", in: Sowjetunion heute, Juni 1977.)

Außerdem soll dafür ein breites antimonopolistisches Bündnis aller von dem Monopolisierungsprozeß negativ Betroffenen (Arbeiter, Bauern, Händler, kleine Unternehmer) als erste Stufe der entsprechenden Entwicklung gebildet werden. Zentral in dieser Strategie sind also die Bündnispolitik und die Stärkung der sozialistischen Staaten. Ernest Mandel hält deshalb diese Strategie auch für sowjetische Außenpolitik mit anderen, nämlich theoretischen Mitteln.

Dieser Teil der DKP-Politik wird auch von einem bestimmten Flügel unter den Jusos vertreten. Dieser setzt sich deshalb für eine „Bündnispolitik" mit der DKP oder dazurechenbarer Organisationen ein. Erhofft wird von der Stärkung der DKP durch derartige Bündnisse eine Linkswendung der SPD, eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD (die Dominanz der SPD in den Gewerkschaften und die Rücksichtnahme auf die SPD in Regierungen ist danach für wesentliche Versäumnisse der Gewerkschaften verantwortlich) und ein Zurückdrängen des Kapitalismus durch Veränderungen des Machtgefüges in der Weltkonkurrenz. Nicht immer werden diese Ziele oder Positionen so klar in den Einzelfragen vertreten oder erkennbar. Sie sind dennoch verläßliche Stützen der DKP-Gewerkschaftsstrategie.

Von den Jusos ist nur der hier beschriebene Flügel in bedeutendem Umfang in den Gewerkschaften präsent. Die Gewerkschaftsarbeit dieser Jungsozialisten gleicht in hohem Maße der der DKP-Vertreter.

In den politischen Zielen hat diese Gruppe — über die DKP-Position hinaus — besondere Vorstellungen über das Verhältnis zur SPD. Sie will beispielsweise über öffentliche Massendemonstrationen aufzeigen, daß immer breitere Arbeiterschichten mit der SPD-Regierung unzufrieden sind. So soll durch Druck die SPD verändert und / oder langfristig auf die DKP orientiert werden. Zur Durchsetzung dieser Strategie sollen antikapitalistische Einstellungen erzeugt werden. Derartige Einstellungen können sich aufgrund dieser Position bei den Massen herausbilden, indem in einem Versuch- und Irrtum-Verfahren jede noch vermeintlich richtige Lösung als nicht ausreichend erfahren und erkannt wird. Die SPD könnte ihre illusionären Positionen nicht mehr aufrechterhalten. Sie würde sich radikalisieren. Erst dann hätte antikapitalistische Politik die entsprechende Massenbasis. Entwickelte sich die SPD nicht wie dargestellt, würden sich die Arbeiter, die noch ihre stärkste Basis sind, von der Patrei abwenden. Die DKP änderte sich dann und entwickelte sich zu einer sozialistischen Massenpartei.

Die „bloßen Anhänger des ‚Stamokap'" haben also z. T. von der DKP-Position abweichende Ansatzpunkte von Politik. So hält beispielsweise der Stamokap-Flügel unter den Jusos eine intensive Mitarbeit in der SPD für erforderlich. Auch die Veränderungsmöglichkeiten der SPD werden unterschiedlich eingeschätzt. Der Verbindungspunkt zur DKP liegt aber darin, daß dieser Partei eine der Schlüsselfunktionen in dem Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen zugesprochen wird. Aus diesem Grunde halten die Anhänger des Stamokap an der Aktionseinheit der Arbeiterklasse fest und treten entschieden für antimonopolistische Bündnisse mit der DKP ein.

2.3. Abendroth-Anhänger

Wolfgang Abendroth, verdienstvoller Historiker der Arbeiterbewegung und Staatsrechtler, hat über Jahre hinweg Generationen von Studenten in Marburg geprägt und weit darüber hinaus die Gewerkschaftsbewegung beeinflußt. Seine Einschätzung der DKP als eine Partei mit Fehlern, aber als unverzichtbarer Bündnispartner für eine sozialistische Zukunft, wird von vielen akzeptiert. Ebenso seine Einschätzung der DDR und der Sowjetunion. Nach seiner Meinung gibt es in diesen Ländern Fehlentwicklungen, die durch deren ökonomische Situation oder isolierte Lage determiniert sind. Insgesamt handelt es sich aber bei beiden Ländern um sozialistische Staaten oder Gesellschaften, die sich in einem positiven Entwicklungsprozeß befinden. Ihre Existenz macht im Kapitalismus sozialistische Politik überhaupt möglich und chancenreich. Gäbe es diese Staaten nicht, wären die Bedingungen hierzulande unerträglicher und reaktionärer. Sie verhindern durch ihr Gewaltpotential und ihre alternative Gesellschaftsformation, daß sich in den kapitalistischen Ländern Faschismus und staatlicher Terror wieder ausbreiten. Sie zwingen den Kapitalismus aus Angst vor dem Kommunismus, zu Kompromissen im Klassenkampf. Deshalb ist die Existenz der DDR und der Sowjetunion unverzichtbar. Beide Systeme müssen durch internationale Anerkennung gestärkt werden.

Abendroth wehrt sich mit Vehemenz gegen die Einschätzungen Peter von Oertzens und ähnlicher Positionen, daß die Entwicklungen in der DDR und der Sowjetunion (insbesondere die Mangelökonomie und der Stalinismus) eine sozialistische Zukunft mehr behindern als nützen. Nach Oertzen wirke sich die Realität in der DDR und der anderen Staaten des Warschauer Paktes so aus, daß man die Verhältnisse hier erträglicher finde als einen „Sozialismus". Jede Veränderungsinitiative ersticke wegen der Existenz des realen Sozialismus.

Abendroth und seine Anhänger wollen vor allem diese Kritik an den Staaten des Ostblocks verhindern. Sie sehen in einer derartigen Position eine „Lernschranke Antikommunismus". Jeder, der trotz Kritik an diesen Staaten hier für Sozialismus eintritt, ist nach deren Meinung auf der falschen Seite und muß bekämpft werden. Er sprengt die Einheit und ist nützlicher Idiot des Kapitals.

Der hier untersuchte Personenkreis wurde mit dem Namen Abendroth in Verbindung gebracht (auch wenn viele dieser Personen sich nicht ausdrücklich auf Abendroth beziehen), weil dieser den eigentlichen Kern der geschilderten Position am genauesten formuliert. Die „Abendroth-Anhänger" sind nicht etwa unkritische DKP-Vertreter. Fehlentwicklungen im „realen Sozialismus" werden von ihnen zugestanden, aber für die Situation in den kapitalistischen Ländern als unwesentlich ins Abseits gedrängt. Die „Abendroth-Anhänger" teilen auch nicht die Strategie des Stamokap. Dadurch, daß der „reale Sozialismus" im Westen die Erfolgschancen antikapitalistischer Arbeit vergrößert, ist eine Volksfrontpolitik zusammen mit der DKP angebracht. Trotz einer von der DKP verschiedenen politischen Position ergibt sich innerhalb der Gewerkschaften eine fast gleiche Verhaltensweise. So wirken die „Abendroth-Anhänger" beispielsweise an der Eliminierung anderer Linker in den Gewerkschaften mit.

3. Zur Praxis der Stamokap-Vertreter

Bevor auf die gegenwärtige Praxis Stamokap-orientierter Gruppierungen eingegangen wird, erfolgt ein kurzer historischer Rückblick, der die Entwicklung dieser Gruppierungen grob kennzeichnen soll.

Seit den 50er Jahren bis 1968 spielte die „traditionalistische (dogmatische) Linke" kaum eine Rolle. Nach 1968 konnte die Stamokap-Richtung ihren Einfluß erheblich vergrößern. Diese Tendenz wurde oft zu wenig beachtet

oder falsch eingeschätzt. Das lag an der Angst der Organisation, die Kontrolle über die Arbeiterschaft, insbesondere die Jüngeren, zu verlieren. Spontane Streiks '69, die Lehrlingsbewegung, die antiautoritäre Schüler- und Studentenbewegung, all das deutete an, daß wichtige Bewegungen entweder an den Gewerkschaften vorbeigingen oder nicht in das offizielle Konzept paßten und somit außer Kontrolle gerieten. Das alles ging einher mit der Auflösung der ApO nach der Notstandsgesetzkampagne und der damit erlittenen Frustration sowie den nun entstehenden neuen dogmatischen Sekten und Studentenparteien. In dieser Zeit gründeten sich auch die DKP und ihre Jugendorganisationen neu. Die DKP-orientierten Kräfte waren stärker als andere „Linke" in der Gewerkschaftsorganisation präsent. Die DKP wollte die gerade wiedergewonnene Legalität auf keinen Fall gefährden. Deswegen vermied sie und ihr Anhang in den Gewerkschaften jegliche politische Auseinandersetzung. Von vornherein demonstrierte diese Gruppierung der Organisation ihre Loyalität und ihre Bereitschaft, andere linke Kräfte zu kontrollieren und zu denunzieren. Außerdem arbeitete sie systematisch und fleißig in den gewerkschaftlichen Gremien mit und stützte — wo es nur ging — die Organisation.

Der Stamokap-Flügel wurde deswegen weitaus nützlicher als die „Chaoten" und „Spinner" (so die Vokabeln der DKP für die übrigen Linken). Der Einfluß der letzteren Gruppen — zu denen oft undogmatische und wenig disziplinierte Jusos mit SPD-Orientierung zählten — schwand zusehends.

Ein weiteres Merkmal des Stamokap-Flügels war für die hauptamtlichen Gewerkschafter recht angenehm. Die Einschätzung aller drei oben gekennzeichneten Stamokap-Gruppierungen war, daß die Massen ein unentwickeltes und manipulierbares Bewußtsein hätten. Die Hauptamtlichen könnten aufgrund der so beschriebenen subjektiven und objektiven Verhältnisse nicht über die bisherige Gewerkschaftsarbeit hinausgehen. Im Gegenteil: Sie verkörperten nach Meinung der Stamokap-Vertreter sogar das fortgeschrittenste Bewußtsein der Klasse. Dies alles klang vielen Etablierten wie Honig in den Ohren, nachdem sie jahrelang der Kritik der ApO unterworfen waren, und parlamentarisch durch Verabschiedung der Notstandsgesetze und Gründung der großen Koalition eine Niederlage einstekken mußten.

Auf die Stamokap-orientierten Kräfte in den Gewerkschaften war also in vielerlei Hinsicht Verlaß. Deshalb erkannte man sie nicht als Träger einer Politik, die die Immobilität der Massen stärkte und durch ihre Ideologie die Autonomie der Lohnabhängigen gefährdete. Ist ein Durchschauen dieser Politik dennoch z. T. gelungen, wurde auf die politische Bedeutungslosigkeit der DKP bei Wahlen hingewiesen. Man bildete sich ein, die DKP-Vertreter als „nützliche Idioten", als Hüter von Ordnung und Disziplin, einsetzen zu können, wobei die sozialdemokratischen (oder christlichen) Kontrollpositionen nicht gefährdet werden könnten.

So konnte sich dieser Flügel etablieren, ohne aufzufallen. Aus seinen Reihen kamen dann immer häufiger Referenten und Teamer für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Diese erwarben sich durch jahrelange Mitarbeit eine gewerkschaftliche Praxis, die ihnen später bei Bewerbungen einen wichtigen Vorteil verschafften. So konnten sie Positionen gewinnen.

In gewerkschaftlichen Organen waren sie bei ermüdender Routine belastbar. Da ein wesentlicher „Inhalt" ihrer Tätigkeit die Gremienarbeit selbst war, hatten sie die entsprechende Motivation dazu. Gewonnene Mehrheiten kamen außerdem wieder der Partei zugute.

In den ideologischen Auseinandersetzungen — insbesondere im gewerkschaftlichen Jugendbereich — konnten sie entscheidende Weichenstellungen für sich verbuchen. DKP-orientierte Publikationen — z. B. die des Pahl-Rugenstein-Verlages, der nur scheinbar nicht eindeutig auf diese politische Richtung festgelegt ist — waren ihnen eine entscheidende Rückenstütze. Diese Literatur hatte oft auch den Vorteil, speziell auf den Gewerkschaftsbereich zugeschnitten zu sein. Über Organe wie „Das sozialistische Nachrichtenmagazin (SK)" aus Hamburg (herausgegeben von Horst Runge) und den „Nachrichten" (durch Fusion mit dem ehemaligen „Gewerkschaftsspiegel" zustande gekommen und jetzt herausgegeben von Heinz Seeger, einem ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz und Kunststoff) sicherten sich die Stamokap-Vertreter einen zusätzlichen, oft nicht klar erkennbaren, ideologischen Einfluß.

DKP-Mitglieder oder -Sympathisanten übten aufgrund ihres beruflichen Zusammenhangs auch Einfluß in bestimmten Einzelgewerkschaften aus. Dies geschah durch Journalisten, einschließlich derjenigen der DKP-Presse, in der DJU, durch DKP-Buchhändler in der HBV oder durch DKP-Lehrer in der GEW. Dabei wurde natürlich immer mit den anderen, nicht in der DKP organisierten Stamokap-Gruppen zusammengearbeitet. Die Grundlage dieser Kooperation waren die oben beschriebenen politischen Gemeinsamkeiten der drei Gruppierungen.

Ein zahlenmäßig bedeutsamer, politisch unerfahrener Anhang ordnete sich im wesentlichen aus zwei Gründen diesem Flügel zu: Einerseits besaß er infolge der geschilderten Entwicklung fast ein linkes Monopol in den Gewerkschaften, andererseits trug diese „linke" Position kaum Risiken in sich. Man fiel bei der Mitarbeit in diesen Zusammenhängen in der Organisation kaum auf, da man sich nicht kritisch mit offizieller Politik auseinanderzusetzen brauchte und außerdem durch diese Mitarbeit kaum praktische Folgen eintraten, mit denen man sich Ärger einhandelte.

(Fortsetzung auf Seite 15)

(Fortsetzung von Seite 14)

Ein weiteres Moment ist für die zunehmende Bedeutung der Stamokap-Position wichtig gewesen. Schon frühzeitig ist es DKP, SDAJ und MSB-Spartakus gelungen, die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse zu organisieren: Sie führen Rallyes für Motorrad-Rocker durch, bauen Jugendzentren auf, veranstalten Volks- und Pressefeste, bieten Treffpunkte für „linke" Diskussionen an, laden Jugendliche zu günstigen Bedingungen zu Reisen in die Länder des „realen Sozialismus" ein und kümmern sich auf kommunaler Ebene um Mieterprobleme und Unterrichtshilfen. Oft werden die hinter diesen Angeboten stehenden Bedürfnisse nach besserer Reproduktion, kritischer Reflexion der Wirklichkeit, nach Geborgenheit und nach Sicherheit durch Eingebundensein in eine Kontinuität, nicht von anderen Kräften aufgegriffen. Die DKP trifft mit ihren Angeboten tatsächlich brachliegende Bedürfnisse, will aber gleichzeitig immer eine Ideologisierung mit diesen Angeboten verknüpfen, was wiederum die Partei notwendig macht. Genau dies steht aber einer angemessenen Praxis im Wege.

Die Praxisprobleme von hauptamtlichen Gewerkschaftern kommen der DKP-Strategie oft entgegen. Jeder hauptamtliche Funktionär steckt unter Erfolgszwang. Er muß den guten Besuch von Versammlungen und Veranstaltungen gewährleisten und Schulungen organisieren. Er braucht Ehrenamtliche, die ihm unter großem idealistischen Einsatz helfen und nicht rummeckern oder sonstigen Ärger machen. „Linke Spinner" sind dafür nach seiner Meinung zu unpraktisch und zu kritisch. Gestandene Funktionäre fühlen sich durch die Organisation des „Alltagskrams" belästigt oder wollen wissen, was für sie dabei herauskommt. Um sich lästige Auseinandersetzungen zu ersparen und seine „wichtigeren" Angelegenheiten erfolgreich erledigen zu können, bieten sich dem Hauptamtlichen die vorgenannten Vertreter von Gruppierungen oder Positionen an. Sie sind jedoch nur bereit, diese Arbeiten zu erledigen, weil sie damit ihren Einfluß vergrößern und ihre Anerkennung verbessern können. Es gibt Funktionäre, die einem bei Kritik an Kommunisten gerade diese Tugenden vorhalten: Man solle doch diese Leute nicht schlechtmachen. Sie seien fleißig und loyal. Ohne die würde schon manches nicht mehr laufen. Sie stellten beispielsweise Ordner und Teilnehmer bei Demos und fleißige Veranstaltungsbesucher (oft sogar den größeren Teil). Man könne sich eben darauf verlassen, daß eine Veranstaltung klappt, wenn sie durch Stamokap-Vertreter mit organisiert werde. Das mache auch die Veranstaltung billig und politisch kontrollierbar. Viel gefährlicher seien da „Linke". Da wisse man nicht, wo die hingehören.

Die Klassifizierung der anderen „Linken" als „Chaoten" erleichtert dem Hauptamtlichen die Orientierung. Anders herum ist das wieder hilfreich im Sinne der DKP-Gewerkschaftsstrategie: Man wird lästige Konkurrenten los. Die „gute Zusammenarbeit" mit Hauptamtlichen belegt darüber hinaus, daß eine Bündnispolitik möglich ist und dafür Chancen und Partner bestehen.

Die teilweise Stärkung der DKP in Gewerkschaftszusammenhängen wird also oft auf Kosten anderer kritischer Kräfte erreicht.

Im folgenden wird versucht, die Vielschichtigkeit der gegenwärtigen Stamokap-Politik, soweit sie Gewerkschaftsarbeit berührt, aufzuzeigen. Dabei werden die spezifischen Zielsetzungen, die Vertreter des Stamokap in einzelnen Arbeitsfeldern verfolgen, besonders herausgestellt.

3.1. Betriebsarbeit

„Unsere Tätigkeit in den Betrieben muß der Arbeiterklasse helfen, ihre Klassenlage zu erkennen, die Veränderbarkeit dieser Lage durch bewußtes, organisiertes und einheitliches Handeln zu erfassen und sich zu diesem Zweck auf die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die DKP, zu orientieren, sowohl im außerparlamentarischen als auch im parlamentarischen Kampf." Das Zitat entstammt einem Artikel der „UZ" vom 15. 6. 1978: „DKP-Betriebsgruppen stärken — Aufgabe der ganzen Partei". Der Autor ist Werner Cieslak, Sekretär des Parteivorstandes der DKP. In dem Artikel wird die große Bedeutung klar, die die DKP der Betriebsarbeit zumißt. Das Ziel ist, „mehr Einfluß in der Arbeiterklasse" zu erlangen.

Dabei war der Einfluß der Betriebsgruppen in den Gewerkschaften und den Belegschaften unmittelbar nach 1945 weitaus größer als heute. Zum damaligen Zeitpunkt hatten KPD-Betriebsräte und -Betriebsgruppen oftmals ganze Belegschaften hinter sich gebracht, allerdings mit einer zweifelhaften Strategie. Die Partei griff damals zentrale Bedürfnisse der Bevölkerung auf, wie rasche Ingangsetzung der Produktion, Sicherung der Ernährung und Abwehr von Eingriffen der Alliierten in die gerade anlaufende Produktion. Sie leistete hier, im Bündnis mit Christen und Sozialdemokraten, wichtige organisatorische Arbeit. Allerdings versuchte sie ständig, ihre Parteiideologie mit der Lösung der praktischen Probleme zu verknüpfen und dadurch massenwirksam zu verkaufen. Machtvolle Kundgebungen und Demonstrationen, die heute als Ausdruck einer breitgetragenen Forderung nach Veränderung der Gesellschaft erscheinen, kamen durch solche doppeldeutigen Parolen zustande.

Ein weiterer Faktor, der die relative Bedeutung der KPD in den Betrieben mitbegründete, war die geringe Bedeutung parteipolitischer Positionen bei der Reorganisation der Wirtschaft von „unten" her. Taktische Rücksichten oder Bündnisüberlegungen spielten bei der Austragung betrieblicher Konflikte eine weitaus geringere Rolle als heute, Konflikte mit den Gewerkschaften wurden offener ausgetragen in der Hoffnung, gesellschaftliche Veränderungen durch die Unterstützung der Massen doch noch zu realisieren.

Konflikte mit der Mehrheit sozialdemokratischer Gewerkschafter, aber auch Angst vor einer Neuauflage der RGO-Erfahrungen ließen diese Politik bald nach 1945 auslaufen. Kalter Krieg, die schlechten materiellen Bedingungen für Lohnabhängige in der DDR und eine bedingungslose Ablehnung amerikanischer Unterstützungsprogramme (was von der Bevölkerung nicht geteilt wurde) begünstigten Ausschlüsse aus den Gewerkschaften und ließen die KPD-Betriebspolitik scheitern. Ihr Einfluß in den Betrieben nahm erst wieder nach der Gründung der DKP neue Formen an.

Die heutigen DKP-Betriebsgruppen und kommunistisch orientierten Betriebsfunktionäre handeln mit einem anderen Hintergrund als die Nachkriegs-KPD. Die Erfahrungen der Illegalisierung und der RGO-Politik haben zu dem Trauma geführt, daß man schon bei der geringsten Kritik in den Gewerkschaften als „Sektierer", „Putschist" oder „Aufwiegler" gelten könne. Die Mitarbeit in den Massenorganisationen soll auf keinen Fall gefährdet werden. Dies ist für die DKP die „Lehre aus der Geschichte".

Kommunistische Betriebsräte sind diejenigen, die immer bereit sind, jede geforderte Arbeit in den Gewerkschaften zu erledigen, um dadurch die Anerkennung und Duldung durch andere Funktionäre zu erhalten. Wo es darum geht, unliebsame Funktionäre oder Mitglieder in die Schranken zu verweisen, sind DKP-Mitglieder die verläßlichsten Aufpasser. Sie demonstrieren damit die eigene Loyalität und die gelernte historische Lektion.

Daß diese Politik nur vordergründig nicht putschistisch ist, läßt sich ebenfalls aus der Praxis belegen. DKP-Betriebszeitungen lassen keine Möglichkeit aus, Konflikte aus Betrieben in die Öffentlichkeit zu tragen, auch wenn nicht-DKP-orientierte Betriebsräte andere Lösungsvorstellungen haben. Dabei verbleibt die Darstellung der Konflikte freilich auf einer Ebene, die eigene strategische Schlußfolgerungen nicht enthält. Betriebliche Konflikte werden nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzung im Betrieb genommen, sondern mit ideologischen Angeboten beantwortet. Hierbei werden dem betrieblichen Konflikt entweder allgemeine Forderungen entgegengesetzt, von denen keiner weiß, wer das wie durchsetzen soll. Oder aber es wird „aufgezeigt", daß der Unternehmer sich ständig gegen die Arbeiterinteressen verhält, so, als ob das die Belegschaften nicht schon längst wüßten. Bei dieser Vorgehensweise kann man weitgehend auf Konflikte mit der Gewerkschaft verzichten, auch wenn damit gleichzeitig eine Ausklammerung gewerkschaftlicher Lösungsvorstellungen zugunsten ideologischer Formeln einhergeht.

Was die DKP mit ihrer Betriebspolitik erreichen will und zum Teil auch erreicht hat ist, daß die Belegschaften die DKP-Gruppen oder -Funktionäre als unbestechliche Vertreter anerkennen, die von den Lösungen betrieblicher Konflikte hinter verschlossenen Türen nichts halten und offensiv für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten.

In Einzelfällen werden betriebliche Konflikte so lange vorangetrieben, wie sie den Einfluß der DKP bei den Massen erhöhen können, ohne dabei Konflikte mit den Gewerkschaften riskieren zu müssen. Im Saarkohle-Bergbau stellte sich die DKP 1973 an die „Spitze der

Bewegung", als die Bergarbeiter in spontanen Arbeitsniederlegungen Tariferhöhungen forderten. Umfangreiche materielle Unterstützung wurde den Bergleuten so lange gewährt, wie die IG Bergbau und Energie eine unentschlossene Haltung an den Tag legte. Als klar wurde, daß die Forderungen der Arbeitsniederlegung gewerkschaftlicherseits nicht unterstützt wurden, zog die DKP von einem Tag auf den anderen alle organisatorische Unterstüzung zurück. Daß solche Konflikte nicht selten auf dem Rücken einzelner Personen ausgetragen werden, gehört zu einer Strategie, die auch historische Opfer verlangt. Durch Personalisierung von betrieblichen Konflikten und Schaffen von Märtyrern erhofft sich die Partei über das „Opfer" eine stärkere Identifizierung der Belegschaften mit den Zielen der Partei und will dadurch Chancen für eine Profilierung der Parteiposition vergrößern. Dabei werden auch Verstöße gegen Absprachen mit anderen betrieblichen Kollegen hinsichtlich taktischer Vorgehensweisen in Kauf genommen. Der Partei kommt es gerade bei solchen Ansprachen und Aktionseinheiten (bei den weiter unten dargestellten Komitees) nicht darauf an, die vorgegebenen Ziele oder eine gemeinsame Haltung der unterschiedlichen Gruppen zu erreichen. Wichtig ist allein, daß der Einfluß der DKP in den Massen gestärkt wird. Hierfür werden dann auch die Ziele, die es zu realisieren gilt, jeweils nach Parteiinteressen flexibel verändert. Wenn es nicht gelungen ist, politische Disziplinierung zu verhindern, hat wenigstens ein „Schritt in die richtige Richtung" die Möglichkeit längerfristiger Erfolge aufgezeigt.

Die vielen Auseinandersetzungen in den Betrieben zeigen jedoch, daß sich eine derartige Politik der Stärkung des Masseneinflusses nicht durchsetzen läßt. Trotzdem hat diese Strategie eine desorientierte Wirkung für die Betroffenen. Wichtige gewerkschaftliche Diskussionen — und damit Auseinandersetzungen um notwendige und angemessene gewerkschaftliche Strategien — werden in den außergewerkschaftlichen Bereich verlagert.

(Fortsetzung folgt)

1/3/4/5/2

3.2. Gewerkschaftliche Jugendarbeit

„Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes wird die Rolle sein, die die Jugend in den kommenden politischen und sozialen Auseinandersetzungen spielt. Die meisten Angehörigen der jungen Generation von heute — das sind die Arbeiter und Angestellten von morgen, die nächste Generation der zur Führung der Gesellschaft berufenen Arbeiterklasse." (Programmentwurf der DKP für den Mannheimer Parteitag 1978.)

„Die SDAJ ist erfolgreich, weil sie nicht nach der Pfeife des Großkapitals tanzt. Sie ist deshalb als konsequenter Interessenvertreter der arbeitenden und lernenden Jugend geachtet. (...) Die SDAJ ist erfolgreich, weil sie von Anfang an weg von der Politik des kalten Krieges und hin zur Friedens- und Entspannungspolitik wollte. (...) Die SDAJ ist erfolgreich, weil sie dem Antikommunismus und Antisowjetismus klare Absagen erteilt. Wegen ihrer Konsequenz und ihrer Prinzipienfestigkeit ist die SDAJ bei vielen Jugendlichen geschätzt und anerkannt. (...) Die SDAJ ist erfolgreich, weil sie mit Programm und Aktion, mit Wort und Tat Antworten auf die Fragen der jungen Generation gibt. (...) Die SDAJ ist schließlich erfolgreich, weil sie stets das einheitliche Handeln der Jugend fördert." (Rolf Priemer, „Ein Jahrzehnt erfolgreiche Arbeit zum Nutzen der Jugend unseres Landes", UZ, Mai 1978.)

Der Einfluß DKP- bzw. Stamokap-orientierter Jugendfunktionäre ist nicht erst seit ihrem „massierten Auftreten" auf der 10. DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 ein Problem. In dem Maße, wie in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit attraktive Formen und Inhalte verschwinden und die Gremienarbeit eine übergroße Bedeutung erhält, kann sich die SDAJ hier zum alleinigen Sachwalter „linker" und „fortschrittlicher" Politik aufspielen, eine Rolle, die dem Selbstverständnis ihrer Mutterpartei sowieso entspricht. Deshalb erscheinen vielen Jugendfunktionären Auseinandersetzungen mit DKP/SDAJ als Spaltung und Schwächung des ohnehin mit dem Rücken gegen die Wand operierenden linken (demokratischen) Spektrums.

Nicht nur im ehrenamtlichen, sondern auch im hauptamtlichen Bereich sitzen DKP-orientierte Jugendfunktionäre an vielen „Knotenpunkten" gewerkschaftlicher Willensbildung. Ein typisches Beispiel ist die DGB-Jugendbildungsarbeit, wo es jenem DKP-orientierten Teil von Jugendbildungsreferenten, der seine politische Muttermilch von dem im gewerkschaftsnahen Hochschulbereich stark vertretenen dogmatisch-marxistischem Flügel in Seminaren und aus DKP-Standardliteratur mitbekam, qua Amt und Würden relativ leichtfällt, kritische Stimmen in die Ecke der Gewerkschaftsschädiger zu stellen.

Da die Gremienarbeit in der Gewerkschaftsjugend überbetont wird, sind die Hauptamtlichen auf den aktiven Einsatz der allzeit bienenfleißigen und gremienfixierten SDAJ-Kollegen angewiesen, die — besonders auf dem Lande und in den örtlichen DGB-Kreisjugendausschüssen — durch ihr spezifisches Verständnis von Gewerkschaftsarbeit der Öffentlichkeit und der eigenen Organisation eine jugendliche „Massenbasis" und eine politische Präsenz vorgaukeln, die zwar der Realität nicht entspricht, wohl aber ein sanftes Ruhekissen für die anderen bewahren hilft. Der Erfolg der DKP in der Gewerkschaftsjugend ist also nicht nur mit einer straffen Parteidisziplin erklärbar. Ohne das Entgegenkommen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wären die jetzt zum Problem werdenden Erfolge der DKP und SDAJ nicht denkbar oder mindestens kleiner.

Es können hier nur ansatzweise Erklärungen dafür gegeben werden, warum die SDAJ insbesondere im gewerkschaftlichen Jugendbereich bestimmte Erfolge vorweisen kann. So sind Jugendliche oft noch nicht derart diszipliniert oder resignativ wie ältere Kollegen. Aus diesem Grunde suchen sie häufiger nach kritischen politischen Gruppierungen bzw. besitzen diesen gegenüber eine größere Offenheit. Hier bietet sich innerhalb der Gewerkschaften aufgrund des Präsenzmonopols fast ausschließlich die SDAJ an. Die Jusos sind — soweit man sie überhaupt im gewerkschaftlichen Bereich antrifft und sie nicht dem Stamokap-Flügel angehören — völlig unglaubwürdig. Es ist oft relativ leicht, sie in die Ecke der „Reformisten" oder „inkonsequenten Arbeitervertreter" abzuschieben.

Die SDAJ kann Jugendlichen vielfältige Freizeitmöglichkeiten anbieten. So gibt es Treffpunkte, wo man Gleichgesinnte trifft und mit ihnen entweder „links" diskutieren oder einen saufen kann. Jugendliche werden in die Vorbereitung von allgemein-politischen Demonstrationen, Presse- und Volksfesten sowie Info-Ständen eingespannt. Handelt es sich hier um gewerkschaftliche Aktive, geht dieser große Energieeinsatz voll auf Kosten der betrieblichen Interessenvertretung. Die SDAJ kommt auch dem Bedürfnis der Jugendlichen entgegen, ihren Erfahrungshorizont auszudehnen, eine größere Unabhängigkeit zu erreichen und neue Kontakte zu knüpfen. Dies gelingt z. B. darüber, zu geringen Preisen Reisen — insbesondere in die Länder des „realen Sozialismus" — durchzuführen und dort Kontakte mit der arbeitenden Bevölkerung oder politisch maßgebenden Kräften herzustellen.

Die Jugendlichen fühlen sich oft weder in der Familie noch in „unorganisierten" Freundeskreisen geborgen. Da aber dieses Bedürfnis nicht zu löschen ist, suchen sie nach Alternativen. Gelingt es der SDAJ, immer wieder eine vertraute Situation für die Jugendlichen zu schaffen, in der sich auch Wohlgefühl realisiert, wird es ihr um so leichter, eine Einbindung der Jugendlichen zu erreichen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist bei den Jugendlichen häufig mit Angst, Unsicherheit, Orientierungsschwierigkeiten oder Perspektivlosigkeit besetzt. Die SDAJ versucht, orientierende Angebote zu liefern und Sicherheit zu erzeugen, indem die Jugendlichen sich „fest zugehörig" fühlen können. Die SDAJ-Erklärungen der Wirklichkeit sind außerdem einfach und eingängig und beseitigen recht schnell, aber nur scheinbar, die Orientierungsschwierigkeiten der Jugendlichen.

Natürlich wird die Situation in der SDAJ von Jugendlichen widersprüchlich erlebt. Obwohl die Jugendlichen ungebunden sein wollen, ordnen sie sich aufgrund ihrer jugendlichen Unerfahrenheit der „Organisation" unter. Die Verbalradikalität von DKP und SDAJ reicht als Motiv zu diesem Schritt aus. Obwohl die Jugendlichen antiautoritär sind, lehnt die SDAJ die gesellschaftliche Veränderung von Verhaltensweisen ab. Sie ist sogar anti-antiautoritär und will ausschließlich antikapitalistisch sein. Konservative traditionelle Verhaltensstrukturen, die eine große Zahl der Jugendlichen ablehnt, werden trotzdem durchgesetzt. Sichtbar wird das am Vokabular von DKP und SDAJ, wenn immer wieder davon gesprochen wird, daß der kapitalistische Arbeitsprozeß den Arbeitern die „notwendige Disziplin" vermittele oder daß „revolutionäre Disziplin" in der Partei unabdingbare Voraussetzungen politischen Handelns seien. Diese Disziplin wird sichtbar, wenn man auf DKP-Parteitagen einstimmig die Parteithesen verabschiedet oder den „Genossen" eine freie Meinungsäußerung zum Falle Bahro untersagt. Ordnen sich Jugendliche nicht den Interessen der SDAJ-Verbandsspitzen unter, werden sie ausgesperrt und sind wieder auf sich selbst gestellt. Die SDAJ hat trotz dieses Widerspruches eine gewisse Anziehungskraft, da es bessere, die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst nehmenderen, Alternativen kaum gibt.

Eine große Gruppe von Jugendlichen, die z. T. Vorbehalte gegen die SDAJ hat oder sich nicht zu stark einbinden las-

sen will, greift in mehr zufälliger Weise auf die Angebote der SDAJ zurück. Trotzdem fühlt sich auch dieser „Dunstkreis" von den Positionen angezogen und unterstützt diese in der Praxis.

DKP und SDAJ sind nicht in allen Bereichen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit gleichermaßen präsent. Der DGB-Jugendbereich war für diese Gruppierung relativ leicht zu erobern. In einigen Einzelgewerkschaften, wie z. B. der IG Chemie, ist es ihr bisher kaum gelungen, Einfluß zu gewinnen. Vermutlich liegt dies daran, daß andere, traditionell gewachsene linke Positionen sich hier eine gewisse Attraktivität erhalten konnten. Dennoch ist der Einfluß von DKP und SDAJ unter des gewerkschaftlichen Jugendfunktionären insgesamt beachtlich.

In der Gewerkschaftsjugend hat es aber immer Kritik an verhärteten Strukturen und auch breite Ansatzpunkte einer anderen Jugendarbeit gegeben. Ein Beispiel ist die „Lehrlingsbewegung", derer sich die SDAJ nur mit einiger Mühe entledigen konnte. Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre fand in den Lehrlingszentren der Versuch statt, breitere Teile betroffener Jugendlicher in die Lösung ihrer Probleme zu integrieren. Daß diese Bewegung von der SDAJ nicht geliebt wurde, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, daß hier der Versuch unternommen wurde, mit Jugendlichen „ideologiefrei" praxisnahe Probleme zu bearbeiten. Als die Politisierung der Lehrlingszentren soweit gediehen war, daß allgemeinpolitischere Regelungen notwendig erschienen, wurde auf Mitarbeit in gewerkschaftlichen Gremien oder Besetzung von Funktionärspositionen umorientiert. An dieser Entwicklung hatte die SDAJ erheblichen Anteil. Unter Ausnutzung des Mißtrauens innerhalb der Gewerkschaften gegenüber der „undisziplinierten Lehrlingsbewegung" gelang es zunächst, wichtige gewerkschaftliche Funktionen zu besetzen, die für die weitere gewerkschaftliche Anerkennung der Lehrlingsbewegung entscheidend waren. Unterstützung bei Veranstaltungen sowie deren finanzielle und politische Absicherung wurde nun von SDAJlern entschieden, die über diesen Weg die Lehrlingsbewegung liquidierten. Überleben konnten nur Gruppen, die den Anforderungen der kontrollierenden Genossen genügten. Wer sich dieser Kontrolle nicht unterwarf, war bald für die — von der SDAJ dominierte — Gewerkschaftsjugend kein Gesprächspartner mehr. Paßte sich die betriebliche Lehrlingsgruppe an, war sie bald kein Gesprächspartner für die Jugendlichen mehr.

Eine ähnliche Situation stellt sich heute wieder, wo Krise und wirtschaftliche Entwicklung zu einer Debatte über die angemessene gewerkschaftliche Strategie zwingen. Da eine solche Diskussion zwangsläufig auch zu einer Auseinandersetzung mit den Positionen der DKP und der SDAJ führen müßte, wird sie zum Werk intellektueller Spinner erklärt, die außerdem aus einer bedenklichen politischen Position heraus argumentieren. Vorbehalte hauptamtlicher Kollegen gegenüber einer notwendigerweise kritischen Auseinandersetzung werden dabei ausgenutzt, um die Diskussion zugunsten der DKP/SDAJ zu beeinflussen. Daß die Gewerkschaftsjugend hierbei jegliche Attraktivität bei den Jugendlichen verliert, ist diesen Gruppen egal. Hauptsache ist, daß der Masseneinfluß der Partei gestärkt wird.

3.3. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

„Lernen, lernen, lernen."
(Lenin)

Es gibt eine ständige Diskussion um Veränderungen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Traditionell wird diese Diskussion besonders im Jugendbereich geführt. Für SDAJ/DKP, viele Jusos und manchen jüngeren Gewerkschaftssekretär hat die gewerkschaftliche Bildung einen besonderen Rang als Vermittlungsfeld der eigenen Idee. Bei Diskussionen über Bildungsfragen finden Gruppen zusammen, die sich sonst spinnefeind sind und gegensätzliche politische Inhalte vertreten.

Auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gibt es Strukturen, in denen Stamokap-Vertreter sich behaupten können. Bei der Mehrheit der für Bildung zuständigen Gewerkschafter besteht ein Hang zu stärkerer Planung und Kontrolle. Gewerkschaftliche Bildung ist Zweckbildung; der verantwortliche Sekretär kann sich auf keine Experimente einlassen. Im Bildungsbereich werden außerdem Begriffe gebraucht, die schwer verständlich klingen und unnötig erscheinen. Angesichts der Notwendigkeit von Schulung und Zweck schrumpfen dann die Werte wie Emanzipation, Kompetenz, Kritik- und Analysefähigkeit, Autonomie und Phantasie zu leeren Phrasen.

Die Gedanken von Hauptamtlichen kreisen bei den Begriffen „Planung" und „Kontrolle" in der Regel um die Vorstellungen von Ordnung, Zweckmäßigkeit und Organisation. Insgeheim wird als bedrohlich abgelehnt, was abstrakt gern anerkannt wird: die Notwendigkeit von Selbstbestimmung für Teilnehmer, die Mitentscheidung über Richtigkeit oder Falschheit angebotener Lösungen und Forderungen; es wird eben nur verbal akzeptiert, daß die Mündigkeit der Teilnehmer aufgrund täglicher Erfahrung, wenn sie bewußt angesprochen würde, eine ideologische Vorauswahl von Inhalten und damit die Gefahr von Indoktrination und Kaderschulung bannen helfen könnte. Aus Effizienzgründen treten Hauptamtliche lieber für ideologische Schulung, als für Praxisreflexion ein. Es wird ernsthaft behauptet, daß Teilnehmer durch Angebote, die eine Mitentscheidung erfordern, verwirrt werden und das dem Ziel der Bildung entgegenstünde. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen auf einer Stufenleiter der Erkenntnis von einem gediegenen Grundwissen zu den höheren gewerkschaftlichen Weihen geschult werden.

Wie in den 50er Jahren soll statt Bildung Schulung betrieben werden, heute nur durch moderne Pädagogik übertüncht. Planung, Kontrolle, Transparenz, Systematisierung, Lernziele — das sind die Schlagworte, die vielen Funktionären im Ohr wohlklingen und die denen einen Schritt weiterhelfen, die auch Ideologie vermitteln müssen, weil sie keine Antworten auf die praktischen Fragen des Betriebes oder der Gesellschaft haben.

Das Einpauken von Grundwissen, von kleinem Abc gehört aber schon immer zum Repertoir zentralistischer Parteien und Organisationen. Da es in der gewerkschaftlichen Bildung immer um die Interessen der Lohnabhängigen geht, passen die Konzepte der Eintrichterung gewerkschaftlichen Wissens für einen längeren Zeitraum zusammen. Mit Hilfe der gewerkschaftlichen Programme und Satzungen wird der Grundstein für das richtige Klassenbewußtsein gelegt — das „richtige" Bewußtsein muß bei der Partei erworben werden. Bildung wird dann in den Gewerkschaften nicht betrieben, um die gewerkschaftliche Praxis zu verbessern, sondern um Kader heranzuziehen. Die Abkehr vom Erfahrungsbereich der Teilnehmer, das Verdrängen der anstehenden praktischen Probleme in Betrieb und Gesellschaft, der Aberglaube, daß man die richtigen (Organisations-)Antworten in die Köpfe der Menschen hineintragen könne, entzieht der Bildungsarbeit eine wesentliche Funktion und leistet Resignation, Entpolitisierung und Immobilismus Vorschub. Eine verantwortungsvolle Bildungsarbeit, die praktische Folgen haben soll, muß in der Lage sein, sich immer wieder den Problemen und konstruktiven Vorstellungen jedes einzelnen Teilnehmers zu stellen.

Diejenigen, die behaupten, sie könnten ohne die Teilnehmer wissen, was nottut (z. B. weil sie schon 10 Jahre Bildungsarbeit machen), handeln verantwortungslos, weil zur Bewältigung der Krise gerade eine starke Beteiligung jeden einzelnen Mitglieds notwendig ist und keine Zentralisierung.

In Teilbereichen der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit ist es den DKP-orientierten Kräften gelungen — unterstützt durch objektive Strukturen der Organisation und verunsicherte Jugendliche —, ihre Positionen durchzusetzen. So schafften es diese Gruppen oftmals, einen erstarrten Dogmatismus in die Inhalte der Bildungsarbeit einzuführen, statt an einer lebendigen Weiterentwicklung von Theorie und Praxis mitzuwirken. Ohne sich groß mit den Praxisproblemen von Teilnehmern zu befassen, wird möglichst schnell auf die „allgemeine Lage" aller Lohnabhängigen orientiert. Aus dieser „Klassenorientierung" erhofft man sich eine stärkere Motivation der Teilnehmer zu gewerkschaftlichem Handeln, ohne daß genau geklärt wurde, wie man sich in der betrieblichen Praxis verhalten müsse, wenn Schwierigkeiten auftauchen und wie man diese jeweils vorwegnehmen muß. Statt einer Praxisorientierung und -durchleuchtung soll also vorrangig Ideologie vermittelt werden.

Die Probleme gewerkschaftlicher Praxis sind z. Z. nur sehr schwer zu lösen. Nur ein Pluralismus verschiedenster Interpretationsansätze könnte weitere Klärungsprozesse in Gang setzen. DKP und SDAJ glauben jedoch, richtige Erklärungen bereits zu besitzen und wollen pluralistische Diskussionen zugunsten ihrer monolithischen Theorie verdrängen. Daß hierbei die Vertreter anderer Ansätze gleich mitliquidiert werden, gehört zum Geschäft.

Vertreter der Stamokap-Richtung betreiben gerade innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, wo langfristig orientierte, verantwortungsvolle Diskussionen um gesellschaftliche Veränderungen geführt werden müssen, einen kurzfristig angelegten, verantwortungslosen Opportunismus. In den Schulungen werden von dieser Gruppierung möglichst allgemeine, offizielle Forderungen des DGB (und der DKP) vermittelt und als Perspektive ausgegeben. Unklar bleibt dabei fast immer, wie man sich den verschärfenden betrieblichen Bedingungen konkret begegnen muß.

Auch offizielle DGB-Forderungen müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie in der (schwieriger werdenden) gewerkschaftlichen Praxis brauchbar sind. In Bildungsveranstaltungen, die den von uns geforderten Zielen genügen sollen, müssen daher Lebendigkeit, Pluralismus und Spielraum vorhanden sein. Die Stamokap-Richtung hingegen will — der schwierigen Situation von Hauptamtlichen scheinbar entgegenkommen — Ruhe.

Als Perspektive muß in Bildungsveranstaltungen immer wieder thematisiert werden, wie man zu einem menschlichen, lebendigen Sozialismus kommen könne. Daß Stamokap-Vertreter andere Perspektiven vermitteln, ist nicht weiter erstaunlich. Wie heißt es doch im Programmentwurf der DKP für den Mannheimer Parteitag '78: „Wie in der Vergangenheit, so sind auch künftig der Vormarsch des Sozialismus, der Aufschwung des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sowie der nationalen Befreiungsbewegung unlöslich mit dem Wirken der Sowjetunion als Pionier des Menschenfortschritts verbunden."

3.4 Kulturarbeit

„Und wenn man dann hier nun die Massen sieht,
Kegel und Kinder und was da so zieht
lachen und trinken und hören dieses Lied,
die Herren vom Verfassungsschutz singen sogar mit,
dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, dann wählt nun auch die Partei, bei der ihr jetzt seid,
und feiert nicht bloß
das Fest unserer Zeit."

(Franz Josef Degenhardt, Lied, „Und wir feiern das Fest unserer Zeit", UZ 5. 8. 77)

Mit dem UZ-Pressefest, Volksfesten, Festivals der Jugend oder Zelttagen will die DKP den verlorengegangenen Boden im Betrieb auf anderen Ebenen wieder wettmachen. Ziel dieser verschiedenen Kultur- und Freizeitaktivitäten ist es, „unpolitisch" Anerkennung zu bekommen. Die Parteimitglieder sollen als fröhliche, normale Sachwalter alltäglicher Bedürfnisse Anerkennung gewinnen. Wenn sie Kartoffeln und Eier zu „Preisstopper-Preisen" verkaufen, dann — so hoffen sie — wird die breite Bevölkerung auch die Berührungsangst mit ihnen verlieren. Alle diese Aktivitäten sind deshalb eine Art eigener Zurschaustellung. „Wir sind genauso wie Du und Ich." Diesen Eindruck will die DKP in der Bevölkerung erzeugen.

Es ist jedoch naiv zu glauben, auf diese unpolitische Art und Weise den Antikommunismus überwinden zu können. Folgenlos ist aber eine derartige Kulturarbeit nicht, weil so auch die DKP der Entwicklung zum Unpolitischen Vorschub leistet. Viele Stunden voller Aktivität gehen drauf, ohne daß sich etwas real für die Massen ändert.

Die wichtige Möglichkeit von Kulturarbeit, gesellschaftliche Verhaltensstrukturen aufzugreifen und verändern zu wollen, wird nicht im mindesten genutzt. Auch die sich antiautoritär äußernden Verhaltensweisen von Jugendlichen werden nicht in dieser Form aufgegriffen, sondern einem vorgegebenen starren Programm unterworfen. So kommt man dem scheinbar einzigen Bedürfnis der Jugendlichen, nämlich Veranstaltungen konsumieren zu wollen, „entgegen". Die DKP paßt sich also unkritisch und opportunistisch den Massenkonsumgewohnheiten an und will diese den Parteiinteressen nutzbar machen. Es geht also auch hier nicht um Veränderungen in der Lage der Betroffenen, sondern um die Stärkung der Parteiorganisation.

3.5. Komitees und Initiativen

„Rudolf Bahro wurde wegen ‚Sammlung von Nachrichten sowie wegen Geheimnisverrats' verurteilt. Nico Hübner machte nicht einmal den Versuch, den Wehrdienst zu verweigern, ging nicht zur Musterung und übergab Materialien militärischer Dienststellen der DDR einer Westberliner Organisation. Ist es so unwahrscheinlich, daß Bahro Geheimnisverrat begangen hat? Welche Aufgaben haben denn wohl die 2500 hauptamtlichen Mitarbeiter und der Etat von 250 Millionen DM des Bundesnachrichtendienstes?"

(Lothar Schüssler, „Frage bleibt: Wem nützt es?", UZ, 11. 9. 78)

„Die DKP sieht — getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns — die Stellung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung."

(Programmentwurf der DKP für den Mannheimer Parteitag 78, S. 60)

„Die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erfordert die Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen der Staaten, die Respektierung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und Gleichberechtigung, den Verzicht auf die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten sowie die Verpflichtung, strittige internationale Fragen allein mit friedlichen Mitteln zu regeln."

(Programmentwurf der DKP für den Mannheimer Parteitag 78, S. 10 f.)

In zahlreichen „Komitees", „Initiativen" und „Bünden" versucht die DKP ihrem Bedürfnis nach „Aktionseinheiten" oder „Antimonopolistischen Bündnissen" Geltung zu verschaffen.

So wird in der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" durch Unterschriftensammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Pressekonferenzen, Flugblattaktionen oder durch direkte Solidaritätsaktionen bei Prozessen oder Anhörungen zum einen auf das Problem in der Öffentlichkeit aufmerksam gemacht, zum anderen den Betroffenen versichert, daß sie nicht allein stünden.

Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" tritt gegen Aufrüstung in Ost und West, gegen entspannungsfeindliche und neonazistische Kräfte und gegen einen neuen kalten Krieg auf.

Das „Antiimperialistische Solidari-

Kommunistisch unterwandert?

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der kommunistischen Machtübernahme in den Gewerkschaften. Wieder einmal schüren Blätter wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Unterwanderungsängste mit der Parole: „Die Roten sind auf dem Vormarsch: zur kommunistischen Infiltration der Gewerkschaften." Von Unternehmersprechern und vom Generalsekretär der CSU hört man ähnliches. Schon vor einem Jahr machte sich ZDF-Löwenthal Sorgen über die Gewerkschaftsjugend und wußte sogar Kronzeugen aus den Gewerkschaften zu zitieren.

Nun, daß derartige Parolen aus dem Lager der Gewerkschaftsgegner kommen, ist nicht verwunderlich. Der Antikommunismus gehört schon immer zu den Waffen der politischen Reaktion. Und dessen bedient man sich erst recht in Zeiten verschärfter Auseinandersetzungen.
Zum Beispiel: Seit fünf Jahren haben wir Arbeitslosigkeit. Einzelne Unternehmer und ihre Verbände nutzen die Gunst der Stunde durch den Versuch, die *Gewerkschaften und aktive Gewerkschafter zu disziplinieren:* im Betrieb wie in der Tarifarbeit, z. B. durch Tabukatalog und Aussperrungen. Das allgemeine Ziel: in den nächsten Jahren in Ruhe, unbehelligt durch gewerkschaftlichen Widerstand, weiter rationalisieren zu können.

Kein Zufall, daß es immer wieder zu Streiks kommt

Die Gewerkschaften sind umgekehrt zu verstärkter Gegenwehr herausgefordert: Widerstand gegen die Folgen der Rationalisierung, Widerstand gegen den Versuch einer Tarifblockade, Kampf gegen die Aussperrung, wachsende Kritik an Grundentscheidungen unserer Wirtschaftsordnung. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften allein im vergangenen Jahr fünfmal zum Streik gezwungen waren. Selbst in Wirtschaftszweigen wie Banken und Einzelhandel kam es in diesem Frühjahr zu einer Welle von Warnstreiks. Oder: die Mitbestimmungsklage der Unternehmer zwang den DGB, die Arbeit in der konzertierten Aktion einzustellen.

Wie üblich: Angriffe unterhalb der Gürtellinie

Begleitmusik und Flankenschutz dieser Konfrontation sind verstärkte propagandistische Angriffe gegen die Gewerkschaften. Nach bekanntem Muster; unter der Gürtellinie. Unter anderem durch Verdächtigungen wie die von der kommunistischen Infiltration.
Wir meinen, hier sind einige Klarstellungen geboten. Auch in den eigenen Reihen, nachdem vereinzelt Gewerkschafter durch Interviews und durch Papiere, die inzwischen an die Presse gelangt sind, ihrerseits auf den offenen Markt gegangen sind.

Sie sagen Kommunisten und meinen die Gewerkschaften

1. *Das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung richtet sich keineswegs nur gegen Kommunisten.* Denn deren Anteil und Einfluß in den Gewerkschaften ist in den letzten fünf Jahren nicht gewachsen. Gewachsen ist dagegen die Bereitschaft zu aktiver gewerkschaftlicher Gegenwehr. Und die wird getragen von Mitgliedern und Funktionären, die in ihrer Mehrzahl der SPD angehören oder parteilos sind, mancherorts auch von CDU-Anhängern.
Die *FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)* und andere sprechen von Kommunisten und meinen eine gewerkschaftliche Politik der aktiven Verteidigung des sozialen Besitzstandes.

Sie diskutieren nicht, sie verleumden

2. Wer von Unterwanderung redet, verzichtet auf inhaltliche Auseinandersetzungen und treibt statt dessen das Geschäft der Verleumdung. Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftsarbeit von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet.
3. Verdächtigungen wie „Unterwanderung", „Infiltration", „Steuerung" appellieren an das Gefühl. Sie sollen Angst einflößen. Da wird ein Bild der Untergrund- und Wühlarbeit gezeichnet. Da ist die Rede von schleichender Machtübernahme, von Fraktionsarbeit. Mit anderen Worten: der Kommunist und seine Sympathisanten bedienen sich hinterhältiger Methoden. Und zwar im Auftrag einer fremden Macht.
Dies sei dem CSU-Generalsekretär *Stoiber* und anderen ins Schwarzbuch geschrieben: gerade wir Deutschen hätten allen Grund, bei solchen Parolen hellhörig zu werden. Schon einmal dienten Feindbilder wie das „des" Juden, der andere Völker im Auftrage des Weltjudentums zu unterjochen sucht, dazu, Demokratie und Toleranz zu beseitigen und Disziplinierung, ja Verfolgung einzuläuten. Und was der Stempel, Kommunist oder DKP-Sympathisant zu sein, heute, zur Zeit des Radikalenerlasses, bedeutet, sollte zumindest jedem Gewerkschafter klar sein.

Einheitsgewerkschaft – das heißt Toleranz und Respekt vor der Meinung des anderen

4. Es scheint hin und wieder notwendig sich auf die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu besinnen. Schon im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und in den Konzentrationslagern haben sich Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten geschworen: *die Arbeiterbewegung darf nie mehr gespalten sein.* Deshalb schlossen sich Arbeiter, Angestellte und Beamte nach dem 2. Weltkrieg über die Parteigrenzen hinweg zu Einheitsgewerkschaften zusammen. Auch Kommunisten gehörten dazu.
Einheitsgewerkschaft – das heißt Toleranz und Respekt vor der Meinung des anderen. Nicht das Parteibuch zählt, sondern der Einsatz für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Forderungen. *In der Einheitsgewerkschaft haben Partnerschaftsvorstellungen der katholischen Soziallehre ebenso ihren berechtigten Platz wie Klassentheorien des Marxismus.* Natürlich werden wir stets Auseinandersetzungen über den jeweils richtigen Weg haben. Patentrezepte und dogmatische Festlegungen kann es nicht geben.
Auch inhaltliche Kritik muß stets zulässig sein. Niemand kann einen Naturschutzpark für sich beanspruchen, linke Sozialdemokraten und Kommunisten ebenso wenig wie CDU-Anhänger.
Nur – *die Auseinandersetzung muß offen sein.* Es muß um Inhalte gehen. Fraktionsarbeit und blinde Verdächtigungen wären dagegen der Anfang vom Ende der Einheitsgewerkschaft. Wer sich zu Partnerschaftsvorstellungen etwa der CDU-Sozialausschüsse bekennt, ist kein Agent des Kapitals; umgekehrt ist der, der für eine offensive Konfliktaustragung eintritt, kein Handlanger des Bolschewismus. Toleranz im Innern und Geschlossenheit nach außen – diese Grundlagen der Einheitsgewerkschaft gilt es gerade jetzt, bei verschärftem Angriff von außen, zu bewahren.

Detlef Hensche

Gerhard Schröder:

Unterschiede nicht verwischen

Detlef Hensche beklagt sich, daß ihm bisher »nirgends aufgezeigt worden« sei, »in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftsarbeit von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet« (»druck und papier«, Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Nummer 12/79). Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD, antwortet ihm.

Detlef Hensche ist zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die Angriffe der CSU gegen die Einheitsgewerkschaft das Ziel haben, die Gewerkschaften auf Nebenkriegsschauplätze abzudrängen. Die CSU will die Spaltung der Einheitsgewerkschaft, um ihr Konzept der sozialen Demontage leichter durchsetzen zu können. Daß deshalb die Einheitsgewerkschaft um so entschiedener verteidigt werden muß, liegt auf der Hand.

Das wird erfreulicherweise auch von Gewerkschaftern begriffen, die den Sozialausschüssen der CDU angehören.

Wenn sich alle Gewerkschafter danach über das Ziel, die Einheitsgewerkschaft zu erhalten und zu stärken, klar sind, bleibt die Frage, wie diese Arbeit am wirkungsvollsten geleistet werden kann.

Auf diese Frage gibt Detlef Hensche keine befriedigende Antwort. Am Anfang seiner Überlegungen steht die Feststellung:

»Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftsarbeit von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet.«

Der Vorwurf ist nicht berechtigt. Über diese Unterschiede gibt es eine lebendige Diskussion, die auch in der Gewerkschaftspresse geführt wird. Wer die Unterschiede herausarbeiten will, darf sich nicht allein auf den gewerkschaftlichen Tageskampf beziehen. Demokratisch-sozialistische Politik verlangt die Einbeziehung des Tageskampfes in die theoretisch fundierten langfristigen Zielvorstellungen. Wer nur die kurzfristigen Ziele unterschiedlicher politischer Richtungen sieht, greift zu kurz.

Das ist auch der Vorwurf, der Detlef Hensche zu machen ist.

Einmal abgesehen von der Frage, ob es Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und anderen im gewerkschaftlichen Tageskampf gibt: Detlef Hensche unterläßt es in seinem Beitrag, sich zu den nicht vorhandenen Gemeinsamkeiten in der Perspektive zu äußern. Hier gibt es eindeutig mehr prinzipielle Unterschiede als Gemeinsamkeiten mit der DKP:

1. Kein Sozialdemokrat kann den nicht aufgegebenen Monopolanspruch der DKP akzeptieren, *die* Partei der Arbeiterklasse zu sein.

Wer den Pluralismus innerhalb der Arbeiterbewegung nicht akzeptiert, handelt auch dann gegen die Einheit der Arbeiterbewegung, wenn das in Tagesforderungen nicht zum Ausdruck kommt.

Gast im ötv-magazin Gast im ötv-magazin

2. Kein Sozialdemokrat kann die These akzeptieren, die Herbert Mies und Willi Gerns in ihrem Buch »Weg und Ziel der DKP« zur Gewerkschaftsarbeit formuliert haben, Dort heißt es:

»Denn die Arbeiter und Angestellten sind als Bürger des sozialistischen Staates selbst Besitzer aller wichtigen Produktionsmittel. Streiken müßten sie gegen sich selbst. Die durch Streiks entstehenden Produktionsausfälle gingen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Produktion, für die direkte oder indirekte Verbesserung des Lebensstandards des arbeitenden Volkes verloren. Sie würden sich selbst Schaden zufügen.«

Sozialdemokraten haben im Gegensatz dazu dafür einzutreten, daß das unbeschränkte Koalitionsrecht, dessen wichtigster Teil das Streikrecht ist, auch und gerade im Sozialismus gilt.

3. Die Gewerkschaften sind Garanten der politischen Demokratie. Ihr Ziel ist es, erkämpfte Freiheitsrechte dadurch auszubauen, daß sie sozialen Boden erhalten. Für Sozialdemokraten gilt auch in ihrer Gewerkschaftsarbeit, daß Sozialismus und Demokratie untrennbar sind.

Wer bereit ist, in irgendeiner Phase der gesellschaftlichen Entwicklung die politischen Rechte der Massen einzuschränken, und sei es auch um eines noch so wichtigen Zieles willen, handelt gegen diesen Grundsatz. Auch in dieser Frage unterscheiden sich Sozialdemokraten und Kommunisten.

Es liegt nicht im Interesse der Einheitsgewerkschaft, vorhandene Unterschiede zu verwischen. Den Vorwurf der Fraktionsarbeit verdienen nicht jene, die offen auf Unterschiede hinweisen, sondern diejenigen, die Unterschiede verkleistern wollen. Einer der großen Männer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Willi Bleicher, formuliert dazu:

»Die Fraktionsbildung ist das Produkt des Nicht-diskutieren-Wollens oder des Nicht-diskutieren-Dürfens, wenn man eine andere Meinung oder Auffassung hat.« (Willi Bleicher: Die Einheit hüten wie einen Augapfel, »druck und papier«, Nummer 12/79).

Einheit ist nach diesem Verständnis das Ergebnis von Klarheit. Klarheit wächst auf dem Boden einer offenen innergewerkschaftlichen Diskussion. Daß eine solche Diskussion auch immer den Charakter hat, sich von einer als falsch empfundenen Auffassung abzugrenzen, ist unvermeidbar, ja notwendig. Die Abgrenzung darf nur nicht dazu führen, dem jeweils anderen seinen Respekt und sein Bemühen, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, abzusprechen. Das aber ist das Problem der DKP, nicht das Problem von Sozialdemokraten.

Für Sozialdemokraten ist ein Mitglied der DKP ein Mensch, der irrt, während es umgekehrt Äußerungen gibt, die fatal an die Verratsthesen alter Zeiten erinnern.

Den Kampf um Klarheit der Einheit wegen zu führen, lautet die Devise sozialdemokratischer Gewerkschaftsarbeit.

Daß Diskussionen, die diesem Ziel dienen, von Gewerkschaftsgegnern propagandistisch genutzt werden, ist angesichts der Presselandschaft unvermeidlich. Das kann aber nicht dazu führen, diese Diskussion einzustellen. Die offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Ansichten ist eine Überlebensfrage jeder lebendigen Organisation. Dies gilt insbesondere für die Organisationen der Arbeiterbewegung, die von der Einheit zwischen Theorie und Praxis ausgehen und ihre Politik auf dieser Basis formulieren.

Wenn wir aus Angst vor den Gewerkschaftsgegnern unsere offene Diskussion einstellen würden, wäre ein Teil dessen erreicht, was diese wollen. Ihnen können wir nur entgegnen: »Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter.« □

»Offene Diskussion – aber zur Sache«

In Heft 8 des ötv-magazins nimmt Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Stellung zu einem Artikel über die »kommunistische Unterwanderung«, den ich selbst in »druck und papier« veröffentlicht habe. Genauer: Zu einem einzigen Satz dieses Artikels. Die Frage nach den Differenzen zwischen kommunistischer und sonstiger Gewerkschaftsarbeit nimmt Schröder zum Anlaß für den Vorwurf, ich wollte Unterschiede verwischen.

Erinnern wir uns: Seit einiger Zeit erleben wir verstärkte Angriffe auf die Gewerkschaften. Nach bekanntem Muster bedienen sich dabei Blätter wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« oder Politiker wie der CSU-Generalsekretär Stoiber des Mittels der Denunziation. Vokabeln wie »kommunistische Unterwanderung«, »Infiltration«, »kommunistische Steuerung« und andere mehr sollen Emotionen wekken, Angst einflößen. Inhaltliche Diskussion findet auf dieser Ebene nicht statt. Wie zu anderen Zeiten auch dienen die Angriffe als Mittel, um eine Politik der aktiven gewerkschaftlichen Gegenwehr zu diffamieren. Die Vorwürfe Stoibers und der FAZ richten sich keineswegs nur gegen die Kommunisten, sondern in gleicher Weise gegen aktive Gewerkschafter, die ihre parteipolitische Heimat in der SPD haben.

Soweit innerhalb der Gewerkschaften der Einfluß der Kommunisten angesprochen wurde, beschränkte sich die Diskussion bisher auf folgende Themen:

- Kontroversen in der Darstellung historischer Tatbestände;
- Methodenfragen in der Jugendbildungsarbeit;
- Meinungsverschiedenheiten über den Stellenwert von Demonstrationen und Kundgebungen in der Jugendarbeit;
- Vorwurf übergroßer Loyalität gegenüber den Gewerkschaftsvorständen beziehungsweise gegenüber dem Apparat.

Schröder wird mir wohl zustimmen, daß damit sicher nicht die zentralen Arbeitsfelder der Gewerkschaften angesprochen sind. Im Bereich der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, etwa der kurz- und langfristigen Tarifpolitik, der Vertrauensleute- und Betriebsrätearbeit, der Sicherung menschengerechter Arbeitsbedingungen, der Wahrnehmung von Mitbestimmungsrechten, der Abwehr unsozialer Rationalisierungsfolgen, sind bisher keine Kontroversen aufgetaucht. Dabei handelt es sich keineswegs nur um »Tageskampf«. Gibt es etwa eine kommunistische Tarifarbeit, im Unterschied zur christdemokratischen oder sozialdemokratischen?

Schröder selbst bestätigt diesen Sachverhalt, indem er lediglich Beispiele aus dem Bereich des parteipolitischen Selbstverständnisses und der sozialistischen Endzeit-Vorstellungen bemüht. Natürlich bestehen handgreifliche Unterschiede zwischen DKP und SPD – wichtigere noch als Schröder anführt. Nur berühren sie die gewerkschaftlichen Aufgaben der gemeinsamen Interessenwahrnehmung in den Betrieben und in der Tarifarbeit nicht oder nur am Rande.

Nehmen wir die von Schröder herangezogenen Beispiele. Wie eine Partei sich selbst definiert, gehört in die parteipolitische Auseinandersetzung. (Übrigens: Sollte ein Kommunist tatsächlich mit einem »Monopolanspruch« auftreten, so dürfte dies einen Sozialdemokraten und Gewerkschafter wohl kaum aus dem Sattel heben; oder?)

Als zweiten Beleg führt Schröder die Streitfrage an, ob im Sozialismus gestreikt werden dürfe oder nicht. Mit Verlaub – in der innergewerkschaftlichen Diskussion hat diese Frage bisher keine Rolle gespielt; die Gewerkschaften haben andere Sorgen. Was im übrigen den Streitpunkt selbst angeht, so möchte ich Schröder im Ergebnis gar nicht widersprechen; es sei ihm jedoch empfohlen, gelegentlich außer der kommunistischen auch die sozialdemokratische Diskussion aufzuarbeiten. Es war zum Beispiel Erwin Schoettle, der 1942 im Londoner Exil für die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien ausführte:

»In dem Maße, in dem die Umgestaltung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen fortschreitet, wird [...] in der Rolle der Gewerkschaft ein Funktionswandel eintreten. [...] Am Abschluß dieser Entwicklung würde [...] wahrscheinlich eine Organisationsform entstehen, die sehr verschieden ist von der Kampfgewerkschaft der kapitalistischen Wirtschaftsepoche: die demokratische Zusammenfassung der Arbeiter als Produzenten, vertreten in den Gesetzgebungs- und Vollzugsorganen des Staates und in den Planungs- und Leitungsorganen der Wirtschaft [...]« (W. Röder, »Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien, 1940-1945«, 2. Auflage). Das sind Programmsätze aus einer Zeit und vor einem Erfahrungshorizont, der vermutlich ein höheres Maß an Ernsthaftigkeit abverlangte als manche akademische Plauderei der heutigen Tage.

Schröder pflichtet mir schließlich bei, daß offene Diskussion notwendig ist. Nur, um es zu wiederholen: Es muß um Inhalte gehen. Auseinandersetzungen, die auf Unterstellungen und Verdächtigungen hinauslaufen, bringen nichts, am allerwenigsten Klarheit. Sie schaden nur.

Ich selbst hatte mich übrigens nicht dafür ausgesprochen, die Kontroverse mit Rücksicht auf die bürgerliche Presse, etwa aus »Angst vor den Gewerkschaftsgegnern« einzustellen. Da Schröder diese Frage jedoch von sich aus anspricht, sei er darauf aufmerksam gemacht: Es ist für einen Gewerkschafter legitim, ja notwendig, sich die Frage zu stellen, wie sich bestimmte Auseinandersetzungen in den Betrieben auswirken. Für den Juso-Vorsitzenden mag die »Angst vor den Gewerkschaftsgegnern« wenig real sein. Das aktive Gewerkschaftsmitglied, der Vertrauensmann, der Jugendvertreter und der Betriebsrat sind dagegen im Betrieb oftmals von jenen Gewerkschaftsgegnern abhängig, und zwar existentiell. Und diese Kollegen in den Betrieben sind es, die schließlich die Folgen parteipolitischer Verdächtigungen hautnah zu spüren bekommen. **Detlef Hensche**

Sind Grenzen verwischt worden oder nicht? Detlef Hensche, Chefredakteur der Industriegewerkschaft Druck und Papier, antwortet auf den Gastkommentar des Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, den wir im ötv-magazin 8/79 abgedruckt haben. Der Konflikt, der dabei sichtbar wird, muß ernstgenommen werden und rührt tief an das Selbstverständnis freier Gewerkschaften. Im Anschluß an Detlef Hensche, auf der nächsten Seite, deshalb ein Beitrag »zur Sache« – damit niemand sagen kann, es sei »nirgends aufgezeigt worden«, worum es geht.

Redaktion ötv-magazin

»Aber die Sache bitte nicht vernebeln«

Es empfiehlt sich, Detlef Hensche sehr sorgfältig zu lesen: Satz für Satz und Wort für Wort.

Beginnen wir mit dem Satz, an dem Gerhard Schröder – aber nicht nur er – Anstoß genommen hat. Detlef Hensche schreibt (»druck und papier«, 12/1979):

● »Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftsarbeit von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet.«

Dieser nicht aus dem Zusammenhang gerissene und für sich stehende Satz enthält eine kühne Behauptung: bisher sei nirgends ein Unterschied aufgezeigt worden.

Damit aber nicht genug. Detlef Hensche geht noch einen Schritt weiter und verpackt seine Behauptung mit einem sachlich wie sprachlich unzulässigen Propaganda-Dreh:

● Kommunisten läßt er Gewerkschafts*arbeit* machen. Das klingt wie Betriebsnähe, Solidität, Fleiß, Schweiß und wohl auch ein wenig nach Uneigennützigkeit um einer Sache willen. Alle anderen dagegen, na ja, die machen eben, was die Gewerkschaften angeht, *nur Politik*.

Detlef Hensche, der auf Seite 10 wortreich »zur Sache« antwortet, mogelt sich an seinem bemerkenswerten Satz aus »druck und papier« 12/1979 vorbei.

Kommunisten und sonstige Gewerkschafter – sind damit tatsächlich die gewerkschaftlichen Strukturen angemessen beschrieben? Werden hier nicht die einen zu Lasten aller anderen aufgewertet?

Kommunisten und sonstige – diese Formulierung erinnert an Sprüche von Spaßvögeln wie »Buxtehude grüßt den Rest der Welt«. Detlef Hensche meint es ernst.

Mit dem Hinweis auf »verstärkte Angriffe« gegen die Gewerkschaften lenkt er von der Frage, um die es geht, ab. Es gab schlimmere Angriffe als in den letzten Monaten und wird weitere geben. Wir können und werden uns dagegen wappnen. Auf keinen Fall aber dürfen derartige Angriffe Anlaß sein, das Augenmaß zu verlieren und Unterschiede dort zu übersehen oder zu vertuschen, wo es gilt, sich abzugrenzen.

Auch Detlef Hensche sollte wissen: Kommunisten versuchen, jeden ihrer Kritiker mit dem Hinweis darauf mundtot zu machen, daß Antikommunismus (und auch Antisowjetismus) des Teufels sei und sich für »fortschrittliche« Menschen nicht gehöre. Sie wollen den Kern des Problems vernebeln und eine offene Diskussion über Inhalte und Ziele kommunistischer Politik verhindern.

Die DKP verpflichtet ihre Mitglieder, dafür zu wirken, »daß dem Antikommunismus in den Gewerkschaften kein Raum gegeben wird« (Programm der DKP, Seite 75). So weit, so gut. Doch auf Deutsch heißt das: Kritik an der DKP, der SED und der KPdSU hat zu unterbleiben. Anders als alle anderen Parteien und gesellschaftliche Gruppen, die selbstverständlich angegriffen werden dürfen, sollen Kommunisten unter Naturschutz stehen.

Zuletzt noch hat der Eklat während der Antikriegskundgebung am 1. September 1979 in der Westfalenhalle in Dortmund gezeigt, wie das in der Praxis aussieht: Wer es wagt, an der Politik der Sowjetunion Kritik zu üben und – wie der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinz Oskar Vetter – den schändlichen Hitler-Stalin-Pakt als Negativbeispiel erwähnt, wird ausgepfiffen oder niedergeschrien.

Niemand, der sehen und hören kann, ist bei der Auseinandersetzung mit Kommunisten auf »Unterstellungen und Verdächtigungen« angewiesen, um eine Formulierung von Detlef Hensche aufzugreifen. Dazu bedarf es, von geschichtlichen Erfahrungen einmal abgesehen, nur der Lektüre des neuesten kommunistischen Schrifttums.

„Es ist nicht unsere Aufgabe, irgendeine Partei – sei es die CDU, die CSU, die SPD oder die FDP – zu verteidigen. Das müssen deren jeweilige Repräsentanten selber tun.

Hier geht es um etwas anderes: um Ziele, die eine Partei, in diesem Falle die DKP, innerhalb der Gewerkschaften verfolgt.

Hier sind die Gewerkschaften betroffen und gefordert, hier geht es darum, sich von Positionen abzugrenzen, die niemals – es ist zu betonen: niemals – von freien Gewerkschaften akzeptiert werden können – es sei denn, sie wollten sich selber aufgeben."

Niemand darf sich irritieren lassen, wenn ihm das Schimpfwort »Antikommunist« entgegengeschleudert wird. Jeder hat das uneingeschränkte Recht, ja die Pflicht, freiheitliche Positionen offensiv zu vertreten und sich dabei, wenn nötig, deutlich von Kommunisten abzugrenzen.

Im übrigen ist Antikommunismus ein sehr kompliziertes Thema. Es ist *eben nicht allein* von bösen Kapitalisten erfunden und in die Arbeiterbewegung hineingetragen worden oder gar – wie uns Detlef Hensche glauben machen möchte – erst neuerdings wieder von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« oder von CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber auf die Tagesordnung gesetzt worden. Antikommunismus ist vielmehr von den Kommunisten selber gefördert und wachgehalten worden: durch ihre eigene Herrschaftspraxis. Er ist gewachsen aus bitteren und leidvollen Erfahrungen unzähliger Menschen, von denen nicht wenige unter uns leben.

Muß man einen intelligenten und belesenen Gewerkschafter erst an die Schrecken des Stalinismus erinnern, daran, wie der Despot seine tatsächlichen und vermeintlichen Gegner liquidieren ließ, darunter seine engsten Kampfgefährten der ersten Stunde? Weiß Detlef Hensche wirklich nicht, was geschehen ist (und noch geschieht), um die Herrschaft *einer* Partei zu sichern? Muß man erst darauf hinweisen, daß die DKP (wie einst die KPD) gläubig und kritiklos allem beipflichtet, was im »realen Sozialismus« geschieht, daß sie die Verhältnisse, die dort herrschen, auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen möchte? Sind das, um Detlef Hensche zu zitieren, »Unterstellungen und Verdächtigungen«? Wohl kaum.

Es ist nicht unsere Aufgabe, irgendeine Partei – sei es die CDU, die CSU, die SPD oder die FDP – zu verteidigen. Das müssen deren jeweilige Repräsentanten selber tun.

Hier geht es um etwas anderes: um Ziele, die eine Partei, in diesem Falle die DKP, *innerhalb* der Gewerkschaften verfolgt.

Hier sind die Gewerkschaften betroffen und gefordert, hier geht es darum, sich von Positionen abzugrenzen, die niemals – es ist zu betonen: *niemals* – von freien Gewerkschaften akzeptiert werden können – es sei denn, sie wollten sich selber aufgeben.

Eine Gewerkschaft, wie wir sie verstehen und wie sie sich in der für uns alle verbindlichen Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschreibt, kann *keine*

Partei über sich dulden – auch keine Partei, die von sich behauptet, »die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse« zu vertreten (Programm der DKP, Seite 84).

»Gesamtinteressen der Arbeiterklasse« und Interessen der DKP fallen für einen Kommunisten zusammen. Mehr noch: die »Gesamtinteressen der Arbeiterklasse« verkörpern sich für ihn in der DKP. Die Partei glaubt von sich, der echte und höchste Ausdruck »der Arbeiterklasse« zu sein. Dummerweise begreift das »die Arbeiterklasse« nicht. Deshalb entscheidet nach Lenins Theorie der »Avantgarde« die DKP – oder korrekter: deren Parteivorstand – wie die »Gesamtinteressen« auszusehen haben.

Herbert Mies sagte in seiner Rede auf dem Parteiabend der DKP anläßlich des 11. Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 24. Mai 1978:

»Für jeden kommunistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es selbstverständliche Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen.«

Eine positive Aussage, mag der unbefangene Leser denken: Kommunisten als loyale Gewerkschafter. Doch liest man den Satz sorgfältig, dann fällt auf: DKP-Mitglieder sollen sich in den Gewerkschaften lediglich für die Verwirklichung derjenigen Gewerkschaftsbeschlüsse einsetzen, die den »Interessen der Arbeiterklasse« dienen, also nicht etwa für die Verwirklichung aller Gewerkschaftsbeschlüsse. So steht es auch auf Seite 75 des Programms der DKP. Was bei ihr »Interessen der Arbeiterklasse« sind, wissen wir inzwischen. Loyales Verhalten von Kommunisten?

Detlef Hensche verniedlicht das alles. Und er stellt erneut eine Frage: »Gibt es etwa eine kommunistische Tarifarbeit, im Unterschied zur christdemokratischen oder sozialdemokratischen?« Er stellt sie, obwohl er wissen muß, daß Tagesarbeit – und mit ihr auch Tarifarbeit – für Kommunisten lediglich eine taktische Frage ist, die sich am Fernziel zu orientieren hat.

Wir sollten uns vor doppelter Moral hüten. Das heißt: wer Planspiele der CSU zur Zerstörung der Einheitsgewerkschaft zurückweist, muß auch untersuchen, welche Rolle die DKP den Gewerkschaften in einer von ihr angestrebten Gesellschaftsordnung zuweisen möchte.

Detlef Hensche lenkt davon ab – so als ob es eine Nebensache sei. Er ignoriert, daß die DKP in einer »sozialistischen Bundesrepublik« freie Gewerkschaften abschaffen, die Tarifautonomie aufheben und das Streikrecht beseitigen möchte – alles Prinzipien, die für den Deutschen Gewerkschaftsbund und dessen siebzehn Mitgliedsgewerkschaften unveräußerlich sind.

Die Verniedlichung kommunistischer Ziele zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Entgegnung auf den Gastkommentar von Gerhard Schröder. Sie beginnt vorne, wo die Diskussion über den Einfluß von Kommunisten unter anderem auf »Methodenfragen in der Jugendbildungsarbeit« reduziert wird (eine nach der Bahro-Debatte auf der letzten Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes schier unglaubliche Bewertung) und wird weiter hinten mit einer Äußerung zum Streik gekrönt.

Diese Passage hat es nun wirklich in sich: Obwohl die Streitfrage, ob im Sozialismus gestreikt werden dürfe oder nicht, nach Detlef Hensche »in der innergewerkschaftlichen Diskussion [. . .] bisher keine Rolle gespielt« hat, schreibt er nicht wenig dazu und bemüht eine Meinung aus dem Jahre 1942 von Erwin Schoettle.

Die Äußerung des Sozialdemokraten Erwin Schoettle, der später Vizepräsident des Deutschen Bundestages war und zu keinem Zeitpunkt nach 1945 in den Gewerkschaften eine Rolle gespielt hat, ist uns freilich schon einmal begegnet: in der parteikommunistisch ausgerichteten »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« aus Marburg. Dort dient sie auf Seite 271 dem Bemühen, Verständnis für Konstruktion und Rolle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR zu wecken.

Peinlich, daß Detlef Hensche – ob nun absichtlich oder aus Versehen – den entscheidenden Satz des Textes von Erwin Schoettle weggelassen hat. Er lautet:

»Die Gewerkschaft als ein autonomes Glied im sozialistischen Staatsaufbau – das wäre die Erfüllung der Idee der ›Freien Gewerkschaft‹.«

Autonomie – darum geht es. Der FDGB der DDR hat sie nicht, der DGB wird sie verteidigen.

Um Autonomie, um Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit, muß es den Gewerkschaften in jeder Gesellschaftsordnung gehen.

Detlef Hensche möchte uns einreden, daß die Frage nach dem Streikrecht im »realen Sozialismus« belanglos ist.

Sie ist es nicht, weil sie immer auch die Frage nach einem unverzichtbaren gewerkschaftlichen *Grundrecht* einschließt, ohne das es keine Demokratie gibt – auch keine sozialistische.

Dieter Schneider

»Übermäßig streng«

(Zur Rezension der vom Presse- und Inf mationsamt der Bundesregierung heraus gebenen Schrift »Demokratie als Auftr im ötv-magazin 9/79)

Nachhilfeunterricht in Sachen Demok tie kann nie schaden, auch wenn der Leh – wie der Verfasser der Rezension »A Segen kommt von oben« – übermä streng vorzugehen und in seinem verdie vollen Eifer für eine gute Sache über Ziel hinauszuschießen scheint. Als der die Broschüre »Demokratie als Auftr im Presse- und Informationsamt der B desregierung federführende Referent n me ich deshalb die Kritik im ötv-maga gern zum Anlaß, die beanstandeten Pas gen bei einer Neuauflage sorgfältig zu üb prüfen.

Keineswegs akzeptieren kann ich al dings den Verdacht der Fälschungsabsi und die uns unterstellte Haltung »Aller gen kommt von oben«. In dem Kap »Der Sozialstaat als Garant des inne Friedens« wird nicht nur auf die Bedeut der Betriebs- beziehungsweise Personal te und auf das »vom Grundgesetz gewä leistete Streikrecht« sowie auf die Tarif tonomie hingewiesen, sondern es he dort auch: »Sozialer Fortschritt muß häu hart erkämpft werden [...] Manche For rungen der Arbeitnehmer wurden du Streiks oder die Androhung von Stre durchgesetzt.« Darauf folgt dann ein B deskanzler-Zitat, worin zum Streik in Stahlindustrie um die Jahreswende 1978 ausgeführt wird, daß Arbeitskonflikte in Zwangsregimen ausgeschlossen si Die Bedeutung der Gewerkschaften in d sem Zusammenhang ist doch wohl klar

Heinrich Sprenger, 5300 Bonn

»Wenig sensibilisiert«

(Zum Beitrag »Keine billige Arbeitskra im ötv-magazin 8/79)

In diesem Bericht ist wieder einmal a neue festzustellen, wie wenig unsere Ko gen in den Gewerkschaften und ihren G ganen sensibilisiert sind, um in Bericht stattungen auch spezielle Probleme Frauen anzusprechen. Wenn dies näml der Fall wäre, hätte der Verfasser des richtes »Keine billige Arbeitskraft« zum dest erwähnt, daß die BVG-Ausbildun werkstatt sich große Mühe gibt, das An bot an gewerblich-technischen Berufen Mädchen zu vergrößern.

Da wir augenblicklich landauf, land über die Problematik »Ausbildung Mädchen in gewerblich-technischen Be

Wer macht was kaputt in der Gewerkschafts-jugend?

„Das Thema bleibt für die demokratischen Gewerkschafter aktuell" erklärte Horst Niggemeier, Pressesprecher der IG Bergbau und Energie gegenüber der Frankfurter Rundschau.

Recht hat er. Das Thema der „kommunistischen Unterwanderung" der Gewerkschaftsjugend ist ein dankbares Thema. Es könnte sich zum Dauerbrenner entwickeln. Horst Niggemeier ist es zu verdanken, daß dieses Thema wieder mit Vehemenz innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation diskutiert wird.

Am 1. April 1979 hat die „Einheit", das Organ der IG Bergbau, einen großen Artikel veröffentlicht. Die Schlagzeile: „Kommunisten an ‚Knotenpunkten' in der DGB-Jugend fest verankert?" In der Unterzeile heißt es „Die DGB-Bundesjugendschule warnt vor DKP-Einflüssen".

Bezug genommen wird auf ein 26seitiges Papier, welches die Mitarbeiter der DGB-Bundesjugendschule in Oberusel mit der Überschrift verfaßt haben „Zur Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich".

Ein konstruktiver Beitrag, um die Diskussionen nach der 10. Bundesjugendkonferenz des DGB im Dezember 1977 fortzusetzen? In seiner Konferenzeinschätzung hat Karl Schwab als zuständiges Vorstandsmitglied des DGB seine Sorge über politische Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsjugend artikuliert.

Jeder wußte, daß hier besonders der Einfluß der SDAJ in der Gewerkschaftsjugend gemeint war. Unbestritten gibt es aus dem Verlauf der Bundesjugendkonferenz und der Behandlung einiger Anträge die Notwendigkeit, sich mit solchen Fragen auseinanderzusetzen.

Dies ist in vielen Sitzungen bei den Gewerkschaften und in DGB-Gremien geschehen. Die Einschätzung von Karl Schwab hat Zustimmung, aber auch Kritik erfahren. Er selbst hat sehr sorgfältig den Kritikern und Befürwortern zugehört und seine Konsequenzen aus der Diskussion gezogen.

Ohne die politischen Grundsatzpositionen in der Konferenzeinschätzung aufzugeben, hat er dem Bundesausschuß des DGB am 8. März 1978 berichtet. Für die IG Metall hat Georg Benz Stellung bezogen. Konsequenz des Bundesausschusses war, dem DGB-Bundesvorstand zu empfehlen, ein gemeinsames Gespräch mit dem DGB-Bundesjugendausschuß zu führen. Die Ergebnisse dieses Gespräches sollten dem DGB-Bundesausschuß vorgetragen werden.

In mehreren Sitzungen haben sich die Bundesjugendsekretäre der Gewerkschaften und der DGB-Bundesjugendausschuß mit dem inneren Zustand der Gewerkschaftsjugend beschäftigt und sich auf das Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand vorbereitet. Genauso intensiv hat sich der DGB-Bundesvorstand in einer Sitzung auf dieses Gespräch eingestimmt. Zwei vorbereitete Papiere lagen bei der Beratung beiden Gremien vor.

Karl Schwab hat nochmals Fragen aufgeworfen, die sich mit der Praxis und der verbesserungswürdigen Praxis gewerkschaftlicher Jugendarbeit beschäftigten.

- Wo liegen die Aufgaben und Möglichkeiten der örtlich und regional angesiedelten DGB-Jugendarbeit?
- Wie kann die Gremienarbeit durch echte Arbeit mit den Jugendlichen ergänzt werden?
- Wie ist die gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit anzulegen?
- Wie vermitteln wir die Rolle und die Möglichkeiten der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft?
- Welchen Stellenwert hat die Rolle und die Funktion eines demokratischen Staatswesens, der politischen Parteien, Parlamente und gesellschaftlicher Gruppen in der Jugendarbeit?

In dem von mir vorgelegten Papier wurde nochmals eine Einschätzung der Gewerkschaftsjugend vorgenommen.

- Es gibt eine überdurchschnittliche Vertretung von SDAJ-Mitgliedern in den Gremien der Gewerkschaftsjugend gemessen an ihrer Mitgliederzahl gegenüber der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsjugend. Dies wird aber auch begünstigt durch die Abwesenheit anderer parteipolitischer Jugendorganisationen in der Gewerkschaftsjugend.
- Es gibt steigende Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsjugend, dennoch hat sich der aktive Kern der Gewerkschaftsjugend nicht verbreitert. Unter anderem wird dies hervorgerufen durch verstärkte betriebliche und gesellschaftspolitische Repressionen. Hohe Anforderungen werden an diejenigen gestellt, die in der aktiven Arbeit stehen. Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist dadurch weniger attraktiv geworden.
- Die Gewerkschaftsjugend hat manchmal nicht die Möglichkeiten, das Unbehagen der jungen Generation in die gewerkschaftliche Arbeit einzubringen, da der Verweis auf die Beschlußlage in der Organisation oft Diskussionen beendet. Der Dialog zwischen jungen und älteren Gewerkschaftern ist verkümmert.

All dies sind Bedingungen, unter denen hart arbeitende Gruppen wie z. B. SDAJ-Mitglieder innerhalb der Gewerkschaftsjugend an Gewicht und Einfluß gewinnen können. Nun darf die Gewerkschaftsjugend sich nicht als Feld parteipolitischer Interessen verstehen. Als Konsequenz wurde beschrieben:

- Die Gewerkschaftsjugend braucht die kontinuierliche Weiterentwicklung neuer und offener Formen der Jugendarbeit, damit sich viele Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Gewerkschaftsjugend identifizieren.
- Die Gewerkschaftsjugend braucht die Möglichkeit der innergewerkschaftlichen Diskussion und den Dialog mit der Gesamtorganisation auf allen Ebenen unserer gewerkschaftlichen Arbeit anstelle des formalen Umganges miteinander, um beiderseitig die Bedingungen des gewerkschaftlichen Handelns zu verstehen.
- Die Gewerkschaftsjugend muß eine offensive politisch-inhaltliche Diskussion führen, in der sie ihre Hal-

tung zu demokratischen Grundrechten, ihr Verständnis der Gesellschaftsveränderung durch Reformpolitik und die Bedeutung von Parteien und dem Parlamentarismus zu klären hat. Anknüpfungspunkt kann u. a. die DGB-Grundsatzprogrammdiskussion sein.

Desweiteren wurde betont, daß Gewerkschaftsmitglieder selbstverständlich auch DKP-Mitglieder sein können. Es sollte kein Anti-DKP-Kurs gefahren werden. Jedoch sollte der politische Standort der Gewerkschaftsjugend formuliert und vertreten werden. Angetreten werden muß dann gegen inhaltliche Positionen, die von Gewerkschaftern nicht akzeptiert werden können. Diese inhaltlichen Differenzen müssen aufgezeigt werden.

Diese Einschätzung und die formulierten Konsequenzen wurden vom Bundesjugendausschuß ohne Widerspruch gebilligt. Der Bundesvorstand und der Bundesjugendausschuß haben in ihrem gemeinsamen Gespräch im Dezember 1978 dieses Vorgehen gemeinsam als eine vernünftige Konsequenz eingeschätzt.

Karl Schwab berichtete dem DGB-Bundesausschuß über das Gespräch:

- Es wurde noch einmal deutlich gemacht, daß sich gewerkschaftliche Jugendarbeit nicht anzupassen hat — das will keiner. Vielmehr ist der engagierte kritische junge Gewerkschafter ausdrücklich erwünscht.
- Die Mittel und die Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit sind durch diese Zielsetzung noch nicht festgelegt. Politische Jugendbildungsarbeit, betriebliche Jugendarbeit und mehr jugendpflegerische Arbeit müssen sich ergänzen und müssen an den Bedürfnissen jugendlicher Gewerkschaftsmitglieder anknüpfen.
- Gremienarbeit ist für gesellschaftliche Großorganisationen, wie wir es sind, unerläßlicher Bestandteil demokratischer Willensbildung. Weil das so ist, müssen die, die in den Gremien die Gewerkschaftsjugend repräsentieren, stärker als bisher nach ihrer Legitimation gefragt werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Jugendgremien des DGB.
- Die Gewerkschaften sind an ihre Verantwortung für die Delegation in Jugendgremien des DGB auf allen Ebenen erinnert worden.
- In den Jugendausschüssen des DGB und der Gewerkschaften müssen nun die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Jugendarbeit und die Aufgabenfelder der Gewerkschaftsjugend unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Situation für die nächsten Jahre entwickelt werden.

Seine Gesamteinschätzung:

Dieses Gespräch hat eine gute Voraussetzung für die weitere gewerkschaftliche Jugendarbeit geschaffen.

Für viele Bundesjugendausschußmitglieder, und nicht nur für sie, war damit klar: Gott sei Dank Schluß mit den politischen Rundschlägen. Es bestand das große Bedürfnis, wieder stärker gewerkschaftliche Jugendarbeit zu entwickeln und zu realisieren.

Dies bedeutete überhaupt nicht, daß sich irgendjemand der politischen Auseinandersetzung entziehen will. Sie sollte jedoch dort geführt werden, wo in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit entsprechende Probleme auftreten, anstehen und für die gewerkschaftliche Jugendarbeit von Bedeutung sind.

Es blieb den Oberurseler Kollegen vorbehalten, ohne Abstimmung mit der Abteilung Jugend und mit den Gremien der Gewerkschaftsjugend mit ihrem Papier zur SDAJ-DKP-Strategie ein altes Faß aufzumachen. Richtige und falsche Einschätzungen zur SDAJ und DKP und zu Jungsozialisten wurden vermengt mit Unterstellungen gegenüber der Gesamtorganisation und der Gewerkschaftsjugend.

Politische Kontrapositionen zu den Verfassern des Papieres aus laufenden Diskussionen wurden als kommunistenfreundlich beschrieben.

Hinrich Oetjen, Schulleiter in Oberursel, informierte über die bestehende Absicht in der „Tageszeitung" am 30. 4. 79 wie folgt: „Wir wollen Linke, die an uns orientiert sind, informieren über die DKP-Strategie, die allgemein auch für 'ne linke gehalten wird, die aber mit den rechten Apparatschiks paktieren, linke Ansätze in den Gewerkschaften kaputtmachen."

Man muß sich den Satz auf der Zunge zergehen lassen. **Wir** (Mitarbeiter der DGB-Jugendschule) **wollen Linke** (nicht die jungen Gewerkschafter) **die an uns orientiert sind** (ist Oberursel ein Beschlußgremium, geistiges Zentrum der Gewerkschaftsjugend, oder eine Bildungseinrichtung des DGB auf der Grundlage gewerkschaftlicher Zielsetzungen?) **informieren über die DKP-Strategie, die allgemein für 'ne linke gehalten wird, die aber mit den rechten Apparatschiks paktieren** (wer ist rechts? Wer ist Apparatschik? Welches gewerkschaftliche Selbstverständnis von „Apparat" drückt sich in der Wortwahl aus? Also, welcher rechte Apparatschik paktiert mit den Kommunisten?) **linke Ansätze in den Gewerkschaften kaputtmachen** (welche linken Ansätze? Notwendigerweise sind diese in einer Einheitsgewerkschaft vorhanden. Wer macht da was kaputt?).

All dies sollte das Papier erreichen. Man kann nur sagen, nein danke. Dies kann für ein gewerkschaftliches Gremium kein strategischer Ansatz sein.

In der Bundesjugendausschuß-Sitzung Anfang April wurde zu dem Gesamtvorgang um die Veröffentlichung zum Oberurseler Papier, zu den politischen Inhalten sowie den Folgewirkungen eine mehrstündige Diskussion geführt.

Die Ergebnisse liegen auf dem Tisch: Verunsicherung in der gewerkschaftlichen Organisation über die eigene Jugend; die CDU und CSU, insbesondere der CSU-Generalsekretär warnen vor der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaft; Unternehmer schneiden Presseartikel aus und veröffentlichen diese am Schwarzen Brett, ihre Verbände verfassen Rundbriefe mit Warnungen, um die Jugendvertretungen ins Abseits zu stellen; die Presse erhält Material für kleine Sensationchen, die „Rote Fahne", Zeitung der KPD/ML jubelt.

Probleme sind keine gelöst, aber das Bild über die Gewerkschaftsjugend hängt schief links.

Mehrheitlich wurde beschlossen: „Das Papier ist nicht geeignet, die für die Gewerkschaftsjugend positiven Ergebnisse des Gesprächs zwischen DGB-Bundesvorstand und DGB-Bundesjugendausschuß weiterzuentwickeln."

Damit sind die Diskussionen über Versuche der Einflußnahme politischer Organisationen und damit auch über die Rolle der SDAJ nicht beendet. Es gibt Übereinstimmung im Bundesjugendausschuß, daß diese Diskussionen notwendig und erforderlich sind.

Die Ablehnung des Oberurseler Papiers als nicht ernstzunehmender Diskussionsansatz ist kein Ende der Diskussion, — schon gar kein Diskussionsverbot.

Der Bundesjugendausschuß will und darf sich nicht einen anderen, als den bei dem Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand vereinbarten Ansatz der Diskussion aufzwingen lassen.

Heinz Hawreliuk · DGB-Bundesjugendsekretär

„Solidarität 7/8-79"

zum Artikel „Wer macht was kaputt in der Gewerkschaftsjugend" in „solidarität" Nr. 5/6

ch will Heinz Hawreliuk gleich eine Antwort auf seine Frage geben, ob das Oberursel-Papier „ein konstruktiver Beitrag" sei, „um die Diskussion nach der 10. Bundesjugendkonferenz des DGB im Dezember 1977 fortzusetzen". Ja, das ist so!

Und mit mir als Jugendsekretär beim Hauptvorstand der IGBE — und das verschweigt der Kollege Hawreliuk in seinem Beitrag — waren die Bundesjugendsekräre von Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, IG Bau-Steine-Erden, IG Chemie-Papier-Keramik, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, IG Druck und Papier und Gewerkschaft Leder in der Bundesjugendausschußsitzung am 5. und 6. April dieser Meinung. Dagegen waren — und ich beschränke mich nur auf die Vetreter der Einzelgewerkschaften — IG Metall, Deutsche Postgewerkschaft, Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Ich stelle also fest, daß die Mehrheit der Einzelgewerkschaften in der BJA-Sitzung nicht der Meinung des DGB-Bundesjugendsekretärs war, das Oberursel-Papier sei ein „nicht ernstzunehmender Diskussionsansatz". Das sollten die „solidarität"-Leser wissen. Und auch Heinz Hawreliuk wird nicht daran vorbeikommen, wenn er DGB-Arbeit so versteht wie ich, nämlich als das Ergebnis gemeinsamer Arbeit **aller** Einzelgewerkschaften.

Sicher sind Mehrheitsbeschlüsse zunächst einmal zu akzeptieren, aber ebenso sicher gehört neben der Mitteilung des Beschlußergebnisses in eine „Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit", die ja gerade eben in die Einzelgewerkschaften hineingehen soll, auch und gerade das Zustandekommen von Beschlüssen.

Ich vermag jedenfalls nicht einzusehen und dann unwidersprochen hinzunehmen, daß der DGB-Bundesjugendsekretär die „solidarität" dazu mißbraucht, ein — wie er selbst feststellt — vom BJA als für eine Diskussion nicht geeignetes Papier dann noch mal eben herunterzumachen und die Verfasser in seine Polemik gleich miteinzubeziehen. Das ist ein schlechter Stil, den ich nicht zu tolerieren bereit bin.

Ich bin allerdings nach wie vor bereit, das Oberursel-Papier **inhaltlich** zu diskutieren, — notfalls — und wie Heinz Hawreliuk das offensichtlich zu provozieren wünscht — auch in der „solidarität". Ich bin allerdings nicht bereit — wie der DGB-Bundesjugendsekretär das ebenfalls provoziert —, Kollegen auf die Schlachtbank zu zerren, egal um welche Kollegen es sich auch handelt.

Heinz Hawreliuk schreibt: „Der Bundesjugendausschuß will und darf sich nicht einen anderen, als den bei dem Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand vereinbarten Ansatz der Diskussion aufzwingen lassen." Recht hat er.

Er soll aber wissen, daß die IGBE-Jugend sich nicht den Diskussionsweg über diesen Ansatz und damit über Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Jugendarbeit vorschreiben lassen wird, auch nicht vom DGB-Bundesjugendsekretär. Für mich hat Heinz Hawreliuk die inhaltliche Diskussion über das Oberursel-Papier — entgegen dem BJA-Mehrheitsbeschluß — selbst eröffnet. Ich bin nicht traurig darüber.

Willi Kaminski
Jugendsekretär beim Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie

eit vielen Monaten hält die Diskussion über die Rolle von DKP und SDAJ in der Gewerkschaftsjugend nun schon an. Sie ist sozusagen zum Dauerbrenner geworden, vor allem in der „solidarität".

An sich ist das ja nicht mehr besonders aufregend, da diese Diskussion wahrscheinlich den meisten Kollegen(innen) inzwischen zum Halse raushängt.

Ich meine allerdings, angesichts der seit 5 Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit — besonders im Jugendbereich —, dem Abbau sozialer Errungenschaften sowie demokratischer Rechte und Freiheiten, dem immer frecheren Auftreten alter und neuer Nazis etc., etc., ist es langsam an der Zeit, daß wir uns konkreten Problemen zuwenden.

Eine Diskussion über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und über die Durchsetzungsmöglichkeiten unserer gewerkschaftlichen Forderungen wäre hier ein guter Ansatz.

Aus historischen Erfahrungen sollten wir eigentlich wissen, daß wir nur gemeinsam etwas erreichen können. Daher haben wir die Einheitsgewerkschaft, in der Kollegen(innen) unterschiedlicher politischer Richtungen organisiert sind.

Es darf nicht so sein, daß Vertreter bestimmter politischer Positionen als Gewerkschafter 2. Klasse gelten.

Die Dauerdiskussion über die Rolle von Kommunisten in der Gewerkschaftsjugend ist unseren gemeinsamen Zielen nicht dienlich. Sie gibt nur den Kräften neuen Auftrieb, deren erklärtes Ziel die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist.

Uschi Schröder
Mitglied der Gewerkschaft HBV

enn auch der Artikel des Kollegen Hawreliuk den Eindruck vermitteln kann, daß nun nach seinen klärenden Worten die „politischen Rundschläge" (Hawreliuk) beendet seien und zur Tagesordnung zurückzukehren sei, so haben bei mir seine Ausführungen genau das Gegenteil erreicht.

Darum sehe ich mich auch genötigt, auf die gröbsten Unverschämtheiten etwas zu sagen.

— Der Artikel beginnt natürlich mit der Suche des Schuldigen. Seht her, wir haben ihn — Niggemeier. Nicht der Sachverhalt des DKP-Einflusses ist schuld — sondern der, der ihn diskutiert.
— Oberursler werden später „miteingebaut".
— Den Kollegen Hinrich Oetjen, Schulleiter in Oberursel, läßt sich der Kollege Hawreliuk „auf der Zunge zergehen" und stellt nach diesem Genuß sehr suggestiv die Frage, **wer** denn was kaputtmacht. Logischer Schluß: der Oetjen. (Der ist ja noch nicht einmal ein Beschlußgremium oder anerkanntes geistiges Zentrum. Warum sollte er also das Recht haben, Erfahrungen und Einschätzungen zu haben?)
— Desweiteren zeigt man die Ergebnisse, die auf dem Tisch liegen: CDU/CSU warnt, Arbeitgeber warnt, KPD/ML jubelt. Presse erhält Sensatiönchen, Oberursel hat alles schief links gehängt.
(Im Oberursler Papier steht gerade hierzu als Strategie der DKP, daß man alle, die sich kritisch mit der DKP auseinandersetzen, zum Pott der Sprin-

ger-Presse, CDU und sonstigen Antikommunisten schmeißt und so moralisch verteufelt. Versucht der Kollege Hawreliuk diese These hier zu untermauern?)

Zwar gibt Kollege Hawreliuk zu, daß in der DGB-Jugend einiges nicht stimmt — aber diskutieren darf man darüber so nicht. (Diskutieren darf man schon — wird ja auch betont, aber eben nur so, wie der BJA beschloß). Vielleicht überzeugt nun der Kollege Hawreliuk den Kollegen Vetter, nicht für Europa zu kandidieren. Hier warnt die CDU ja auch. Und vielleicht sollten wir auf Tarifrunden verzichten, hier warnt der Arbeitgeber ja auch.

Kann man also den Schluß ziehen, daß man all das, was den Gewerkschaften negativ angekreidet werden kann, daß man das nicht mehr diskutiert, um nicht nach „schief links" gehängt zu werden? Vielleicht eine Antwort auf die Suche nach dem rechten Apparatschik!

Jetzt zum inhaltlichen Teil des Oberursler Papiers. Die Auseinandersetzung damit habe ich nicht gefunden. Stimmt das, was da drin steht oder stimmt's nicht! Geflissentlich hat der Kollege Hawreliuk hier vergessen, eine Antwort zu geben. Braucht man auch nicht, denn des öfteren wird ja erwähnt, daß der Bundesjugendausschuß beschlossen hat. Und da der BJA beschlossen hat, weiß endlich die Gewerkschaftsjugend, was sie von all dem zu halten hat — wie schön.

Werner Dritschler
Vorsitzender der BASF-Jugendvertretung

„Wer macht was kaputt in der Gewerkschaftsjugend" unter dieser Überschrift gibt der Bundesjugendsekretär in der letzten Ausgabe der ‚solidarität' der Diskussion über das Oberurseler-Papier eine neue zweifelhafte Qualität.

Der Bundesjugendausschuß hatte mit Mehrheit beschlossen, daß dieses Papier keine geeignete Diskussionsgrundlage sei. Er legte fest, sich nicht damit zu befassen und distanzierte sich gleichzeitig von den Inhalten.

Auf diesen Beschluß sich berufend, versucht Kollege Hawreliuk nun mit seinem Artikel erstmals sogenannte Schuldige dieser Diskussion namentlich zu benennen. Hinrich Oetjen wird als Person herausgegriffen und gebrandmarkt. Ohne jede politische Argumentation wird er angegriffen mit dem Vorwurf, er schade der Gewerkschaftsjugend und mache sie kaputt.

War bisher die Diskussion zwischen politisch unterschiedlichen Gruppierungen geführt worden; war bisher trotz harter Auseinandersetzung noch so etwas wie politische Argumentation zu erkennen, so wird jetzt einem Kollegen öffentlich Gewerkschaftsschädigung vorgeworfen, offensichtlich in der Absicht, ihn mundtot zu machen oder noch schwerwiegendere Konsequenzen heraufzubeschwören.

In der Regel bedeutet diese Art der persönlichen Verunglimpfung das Ende der eigenen Möglichkeiten auf politische Positionen zu reagieren.

Dieser Artikel wurde vom Kollegen Hawreliuk in persönlicher Verantwortung und im Alleingang geschrieben.

Wir legen Wert darauf, deutlich zu machen, daß diese Art und Weise, eine Diskussion fortzuführen, nicht unserer Auffassung entspricht.

Fritz Rath
Wolfgang Lettow
Hanns Brauser

Die Frage war gestellt: „Wer macht was kaputt in der Gewerkschaftsjugend?" Die Antwort war eindeutig! Hier hat niemand Anlaß zu triumphieren! Viel zu groß ist der Schaden, der durch die öffentliche (!) Diskussion über einen angeblich inneren Zustand der Gewerkschaftsjugend angerichtet wurde. Nicht nur, daß Unternehmer sich hinter „Studien" (lt. Handelsblatt) von Leuten, „die es wissen müssen" verstecken können, nein, mittlerweile hat ja wohl das kleinste Provinzblatt verkündet, daß die Unterwanderstiefel-Beschuhten-Jungkommunisten die Schaltzentralen gewerkschaftlicher Jugend- und Jugendbildungsarbeit erobert haben. Ich möchte die Autoren solcher veröffentlichter „Studien" bitten, mit den Eltern zu reden, die unter Verweis auf diese Veröffentlichungen ihren Kindern verbieten, in gewerkschaftliche Jugendgruppen zu gehen oder an Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend teilzunehmen. Sie fragen nicht mehr nach dem Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen, für sie ist es absolut unwichtig, ob Mitglieder der DKP und der SDAJ nach Satzung und Selbstverständnis der Gewerkschaften bei uns Mitglieder sein können und auf der Grundlage unserer Beschlüsse und Satzungen mitarbeiten können! Hier wirken die Ergebnisse von 30 Jahren Staatsdoktrin in der Bundesrepublik: irrationale Kommunistenfurcht und Antikommunismus! Das wissen auch die Verfasser solcher Papiere!

Auch die „Innenwirkung" solcher Papiere kann die Autoren nicht überrascht haben — wenn sie nicht sogar beabsichtigt war. Jugendbildungsreferenten haben ihren Stempel weg! Erstaunlich ist nur, daß Kollegen, die einmal zu den entschiedensten Kritikern der „Springener Beschlüsse" von 1967*) gehört haben, sich heute an einer Neuauflage beteiligen. Oder liegen dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes über die Zeitverträge für Jugendbildungsreferenten etwa keine politischen Motive zu Grunde?

Genauso folgenreich ist die Klimaveränderung. Waren wir in Niedersachsen froh, die Folgen der Auseinandersetzungen von 1973 weitgehend überwunden zu haben, konnten wir als Tendenz feststellen, daß das Vertrauen der Gesamtorganisation in die Jugendarbeit wieder gewachsen war, daß sich der Handlungsspielraum für die Jugendarbeit vergrößerte und damit auch die Attraktivität für unsere Mitglieder und Interessenten — jetzt wird neues Mißtrauen gesät!

Hauptamtliche Funktionäre sind verunsichert oder fühlen sich sogar genasführt, Jugendfunktionäre diskutieren mit der „Schere im Kopf", haben Angst, in politische Ecken gestellt zu werden, in die sie objektiv und subjektiv nicht 'reingehören und nicht 'reinwollen! Die „Checkliste" für die Schubladisierung einzelner Positionen und Personen lieferte das „Oberurseler-Papier" gleich mit. Offene, vorurteilsfreie Diskussionen über Einzelfragen unserer Arbeit, aber auch über grundsätzliche Probleme und Auffassungen — das Lebenselexier einer Einheitsgewerkschaft — finden aus Furcht vor politischen Verdächtigungen, Zuordnungen und Diffamierungen kaum noch statt. Die für den Zusammenhalt einer Einheitsgewerkschaft, für die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit nötige Toleranz wird demontiert.

Hiermit muß Schluß gemacht werden! Die Gewerkschaftsjugend muß politisch wieder handlungsfähig werden. Andere Jugendverbände haben uns vorgemacht, wie man durch interne praxisfremde Auseinandersetzungen, Fraktionierungen und Schubladisierungen das eigene Image zerstören kann — bis hin zur Lächerlichkeit — und gleichzeitig zu einem politisch wenig bedeutenden Faktor wurde, weil sich diejenigen, die man ansprechen wollte, für die und mit denen man Politik machen wollte, nämlich die Arbeiterjugend, abgewandt haben und sich mittlerweile anderswo ihre politische Heimat suchen. Eine solche Entwicklung bei uns wäre der Tod für die gewerkschaftliche Jugendarbeit!

Die Folgen hätten gerade die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu tragen, denen eine handlungsfähige Interessenvertretung zerschlagen würde — angesichts der vor uns stehenden Aufgaben und nach der Konferenz „Berufschancen der arbeitenden Jugend", für die politische Entwicklung in der arbeitenden Jugend verheerend!

Aus diesem, m. E. ernsten politischen Gründen, ist dem Artikel von Heinz Hawreliuk in der Soli Nr. 5/6 voll zuzustimmen und ist zu hoffen, daß der Bundesjugendausschuß bei seinem eingeschlagenen Weg bleibt und die Diskussion vorwärts gerichtet wird.

Klaus Busch
(Jugendbildungsreferent im DGB-Landesbezirk Niedersachsen)

*) Beschluß des DGB-Bundesausschusses über den Abbau von Personengruppenstrukturen unterhalb der Ebene des Landesbezirks, hiervon wurden vor allem die Jugendsekretäre in den DGB-Kreisen getroffen.

aus:

GEWERKSCHAFTLICHE UMSCHAU – Zeitschrift für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik.

Nr. 3, Mai/Juni 1979

DKP-orientierte Gewerkschaftspolitik

Mit Positionen und Entwicklungen von DKP/SDAJ-orientierter Gewerkschaftsarbeit setzt sich Dieter Gaarz auseinander. Er nennt seinen Beitrag, der der politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung dienen soll: »Eine Analyse und Elemente einer konstruktiven Alternative«. Er skizziert die DKP-orientierten Strategien gewerkschaftlicher Arbeit und beschäftigt sich mit den Elementen alternativer Gewerkschaftsstrategien.

DKP-orientierte Gewerkschaftspolitik

Eine Analyse und Elemente einer konstruktiven Alternativ

Der folgende Beitrag soll der politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung dienen. Er ist geschrieben als Diskussionsanstoß und damit, so sein Verfasser, mit aller Fragezeichen und eventuellen Verkürzungen, die subjektive Erfahrungen und das eigene Vorverständnis mit sich bringen. Er ist in aller Offenheit formuliert, die eine ebenso offene und möglichst orientierende und klärende Diskussion ermöglichen soll. Der Autor, Dieter Gaarz, (Jahrgang 1947) ist Diplom-Politologe. Er studierte nach Maschinenschlosserlehre und Abendschule Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft. Erwar Assistent an der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel und seit 1976 Leiter des Referats »Jugendarbeitslosigkeit« in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand. Seit Februar 1979 ist er in der Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf.

Wer sich als Gewerkschafter – zudem noch aus einem linken Selbstverständnis heraus – mit Positionen und Entwicklungen von DKP/SDAJ-orientierter Gewerkschaftsarbeit auseinandersetzt, sieht sich zunächst verschiedenen Problemen gegenüber:

● Er muß sich gegen Beifall von der falschen Seite wehren – von jenen, die mit gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen u. ä. gegenüber DKP-Mitgliedern liebäugeln und damit – wie in der Berufsverbote-Frage – ein spezifisch deutsches Verständnis von gesellschaftlicher Pluralität und demokratischer Meinungsvielfalt bekunden und offene politische Auseinandersetzung durch Administration ersetzen wollen.

● Er darf nicht verschweigen, daß der Begriff »DKP-orientiert« nur zu einem Teil Parteibuch-Gebundenheit, zu einem wesentlichen Teil aber ideologische Übereinstimmungen und mehr oder minder umfassende Bündnispolitik kennzeichnen soll.

● Er darf ebenfalls nicht verschweigen, daß bestimmte Erscheinungsformen gewerkschaftlicher Arbeit wie verfestigte Gremienstrukturen und diszipliniert-kanalisierte Willensbildungsprozesse einen geradezu »klassischen Nährboden« für leninistische Kaderpolitik abgeben.

● Er muß sich gegen den Eindruck wehren, eine DKP/SDAJ-Auseinandersetzung zum jetzigen Zeitpunkt diene bewußt oder unbewußt als Ablenkungsmanöver von der offiziellen sozialdemokratischen Politik, da diese seit ihrem »Erstarren in Machterhaltungs- und Krisenmanagementritualen« – gerade gegenüber Jüngeren – kaum Ansätze von politisch vorzeigbaren Alternativen biete.

● Er muß sich – abgesehen von dem üblichen plumpen Vorwurf des Antikommunismus – die Frage gefallen lassen, wie er's mit der Einheitsgewerkschaft halte – einer Einheitsgewerkschaft, die nach Weimar und Naziherrschaft das gemeinsame Produkt von Sozialisten, Christen und Kommunisten gewesen ist und zu deren Lebenselexier ein breites demokratisches Meinungsspektrum gehört.

● Er muß sich – genau wie in der allgemeinen politischen Diskussion – bei jedem Kritikpunkt daran messen lassen, welche Alternativen er anzubieten hat – wo also Kritik nicht nur einem ideologisch-negativen Vorverständ-

nis, sondern einem anderen Konzept gewerkschaftlich-politischer Praxis und Zielsetzung entspringt.

Vielleicht hängt es mit diesen Problemen zusammen, daß sich die nicht-DKP-orientierte Linke in den Gewerkschaften bislang weitestgehend zur DKP/SDAJ-Frage ausgeschwiegen hat.

Schweigen in der DGB-Jugend?

Das trifft besonders für den Bereich der DGB-Jugend zu. Gerade hier, wo der DKP/SDAJ-Einfluß am größten ist, gilt es als »Nestbeschmutzung« und Verstoß gegen das Gebot einer (falsch verstandenen) »linken Solidarität«, wenn einzelne – sei es ein DGB-Vorstandsmitglied, ein Bundesjugendsekretär einer Einzelgewerkschaft oder ein Bundesschulleiter – offen das DKP/SDAJ-Problem in der Gewerkschaftsjugend ansprechen.

Das mag verschiedene Gründe haben.

- Gerade in den Reihen der DGB-Jugend – ohnehin von vielen Erwachsenen Funktionären nach wie vor als »Kindergarten der Gesamtorganisation« betrachtet und behandelt, – herrscht die Devise vor, ja nicht unliebsam aufzufallen, um den Prozeß der Integration und des Ernstgenommenwerdens nicht zu gefährden.
- Die DGB-Jugend ist zumindest in ihrer Gremienarbeit zur Zeit (noch) auf den aktiven Einsatz der allzeit bienenfleißigen SDAJ-Kollegen angewiesen, die – besonders auf dem Lande und in den örtlichen DGB-Kreisjugendausschüssen – durch ihr spezifisches Verständnis von Gewerkschaftsarbeit der Öffentlichkeit und der eigenen Organisation eine jugendliche »Massenbasis« und eine politische Präsenz vorgaukeln, die zwar der Realität nicht entspricht, wohl aber ein sanftes Ruhekissen für andere bewahren hilft.
- In dem Maße, wie andere politische Jugendverbände – insbesondere die Jungsozialisten – weitestgehend gewerkschaftliche Abstinenz beweisen, wurde die SDAJ in der DGB-Jugend scheinbar zum alleinigen Sachwalter »linker« und »fortschrittlicher« Politik (eine Rolle, die dem Selbstverständnis ihrer Partei sowieso entspricht).

Deshalb erscheinen vielen Jugendfunktionären Auseinandersetzungen mit DKP/SDAJ als Spaltung und Schwächung des ohnehin mit dem Rücken gegen die Wand operierenden linken Spektrums.

- Nicht nur im ehrenamtlichen, sondern auch im hauptamtlichen Bereich sitzen DKP-orientierte Jugendfunktionäre an »Knotenpunkten« gewerkschaftlicher Willensbildung. Ein typisches Beispiel sind Tendenzen in der DGB-Jugendbildungsarbeit, wo es jenem Teil von Jugendbildungsreferenten, der seine politische »Muttermilch« von dem im gewerkschaftsnahen Hochschulbereich stark vertretenen dogmatisch-marxistischen Flügel in Seminaren und aus DKP-Standardliteratur mitbekam, qua Amt und Würden relativ leichtfällt, kritische Stimmen in die Ecke der Gewerkschaftsschädiger zu stellen.

Schweigen bis zur eigenen Preisgabe?

All diese Punkte – die sicherlich noch zu ergänzen wären – machen eine Auseinandersetzung mit DKP/SDAJ-orientierter Gewerkschaftspolitik nicht einfach. Eine solche Auseinandersetzung aber nicht zu führen, könnte sich über kurz oder lang als verhängisvoller Fehler herausstellen – dann nämlich, wenn sich deren Alleinvertretungsanspruch für »fortschrittliche« gewerkschaftliche Zielbestimmung und Praxis einmal (und sei es »nur« im Bereich der DGB-Jugend) durchgesetzt haben sollte.

Dazu inhaltlich drei Thesen vorweg, die den Rahmen abstecken sollen, daß DKP/SDAJ weder ihrem Selbstverständnis, noch ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Situation und erst recht nicht ihrer generellen gewerkschaftlichen Praxis nach Garanten oder Bündnispartner für eine mobilisierende und auf Veränderung ausgerichtete gewerkschaftliche Politik sein können, sondern im Gegenteil »Hemmschuh« einer solchen Politik sind.

Thesen zu Selbstverständnis und Praxis von DKP-Gewerkschaftsarbeit

❶ Der leninistische Avantgardeanspruch von DKP/SDAJ ist antidemokratisch und antipluralistisch. Das Selbstverständnis von DKP/SDAJ verlangt nach Gefolgschaftstreue von Untertanen. Abweichende Meinungen in den eigenen Reihen werden nicht toleriert, das heißt zum Beispiel, Kritiker an dem SED-Vorgehen gegen Rudolf Bahro werden aus der Partei ausgeschlossen (auch wenn es sich – wie geschehen – um altgediente Funktionäre handelt). Errungene politische und organisatorische Positionen werden nach dem »closed-shop«-Prinzip gegen »störende« Einflüsse von außen und gegenüber ehemaligen Bündnispartnern abgeschottet; Kritiker (oder auch nur Zweifler) sind entweder Antikommunisten oder Chaoten – auf alle Fälle keine Linken.

Im – wenn auch fast nie offen ausgesprochenen – DKP/SDAJ-Verständnis sind die bundesdeutschen Gewerkschaften als Organisationen nach wie vor verlängerte Arme rechts-sozialdemokratischer »Arbeiteraristokratien«, die die »brodelnde« Masse der Arbeiterklasse solange im Zaum halten können, wie ihre Repräsentaten nicht durch »konsequente Vertreter der Arbeiterklasse« ausgewechselt sind, die dann ihrerseits den richtigen Weg ins gelobte Land des Sozialismus aufzeigen.

❷ Theorie und gesellschaftliche Analyse sind für DKP/SDAJ Vehikel von ideologisch und taktisch bestimmter Strategie. Das Bild, das sie sich und anderen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik machen, wird bestimmt von der Vorhersage eines unaufhaltsamen »gesetzmäßigen« Übergangs des bürgerlich-kapitalistischen Systems in einen Sozialismus nach Prägung der Staaten des sogenannten »realen Sozialismus«. Diesem mechanistischen Modell entsprechend, dienen Durchsetzungsschritte und »Mobilisierung« in erster Linie dem »massenhaften« Erkennen einer solchen Gesetzmäßigkeit. Dabei dürfen dann ruhig illusionäre und illusionierende »Kampflosungen« ausgegeben werden – Hauptsache, »die Bewegung« bleibt in Bewegung.

❸ Gewerkschaftsarbeit bedeutet für DKP/SDAJ in erster Linie:

- Schüren von antikapitalistischen Emotionen
- Heranzüchten eines parteipolitisch nutzbaren Kaders
- Aufspüren und Einbinden von potentiellen Bündnispartnern

Gewerkschaftsarbeit ist ein traditionell gewachsenes und zentrales Betätigungsfeld. Sie ist aber auch eine Ausweichmöglichkeit für die immer mehr schwindende Hoffnung, auf parlamentarisch-politischer Ebene durch Wahlen »hoffähig« und akzeptiert zu werden und gewinnt zudem in dem Maße an Bedeutung, wie eurokommunistische Parteien politische Erfolge erzielen, und der Legitimierungszwang der DKP gegenüber Mitgliedern und Sympathiesanten (und vielleicht auch gegenüber den Geldgebern) stärker wird.

Der Loyalitätsdruck in dem nun noch verbleibenden, einzigen relevanten politischen Betätigungsfeld, führt zu der grotesken Situation, daß die »fortschrittlichsten Vertreter der Arbeiterklasse« sich fast nur noch in »Sonntagsreden« selber beklatschen können, ansonsten aber ihre Arbeit unauffällig, meist unbeachtet und in scheinbarer oder auch tatsächlicher Überanpassung betreiben.

Abgrenzungen auf alternativen Grundlagen

Die hier skizzierte Bewertung über Selbstverständnis und Politik dogmatischer Kommunisten in der Bundesrepublik führt zwangsläufig zu der Frage, wozu eine solche Abgrenzung dient und welches Gegenkonzept gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses sich

dahinter verbirgt. Denn da DKP/SDAJ der Anspruch einer »linken« Kraft abgesprochen wird, könnte der Vorwurf kommen, hier werde eine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden (sozialistischen) Alleinvertretungsansprüchen geführt. Das ist nicht der Fall. Auch wenn Begriffe wie »links« und »fortschrittlich« in der politischen Auseinandersetzung bislang mehr zur Verwirrung als zur Klärung beigetragen haben, so umschreiben sie doch ureigenste gewerkschaftliche Positionen. Darin sind sowohl Ideen des demokratischen Sozialismus, des undogmatischen Marxismus als auch Elemente christlicher Soziallehre eingegangen. Sie lassen sich abgrenzen, indem sie folgende Grundlagen betonen:

■ Gesellschaftsverändernde Zielsetzung und Praxis müssen den einzelnen als handelndes und selbstverantwortliches Subjekt zum Ausgangspunkt und Mittelpunkt kollektiver und solidarischer Interessenwahrnehmung machen.

■ Gesellschaftliche Emanzipation und tendenzielle Aufhebung von Herrschaft lassen sich nicht über den abstrakten Wandel von Eigentumsverhältnissen erreichen, sondern müssen Formen der Selbstverwirklichung, der Freisetzung von individueller und kollektiver Kreativität und solidarischem Handeln beinhalten.

■ Jede gesellschaftsverändernde Entwicklung muß die gemeinsam von Arbeiterbewegung und Bürgertum errungenen Menschen- und Freiheitsrechte – insbesondere die Grundrechte der Meinungsfreiheit und die Garantie autonomer Gewerkschaften – respektieren; nur demokratische Meinungsvielfalt und pluralistische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ermöglichen permanente Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten.

■ Gewerkschaftliches Handeln als Schutz- und Gestaltungsaufgabe setzt an den unmittelbaren Problemen und Erfahrungen der abhängig Beschäftigten an und macht den direkten Handlungs- und Erfahrungsbereich zum Ausgangs- und Kernpunkt solidarischer Interessenwahrnehmung der Betroffenen und ihrer Organisation.

■ Staatliches Handeln als Reformpolitik zur Demokratisierung aller Lebensbereiche ist möglich und notwendig; es setzt die Artikulierung und Umsetzung von arbeitnehmerorientierten Interessen voraus, dabei kommen gewerkschaftlicher Willensbildung und gewerkschaftlichem Handeln eine besondere Bedeutung zu.

Diese, hier notwendigerweise relativ abstrakt formulierten Grundlagen einer an emanzipatorischen und gesellschaftsverändernden Positionen ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit, lassen sich konkret messen an DKP/SDAJ-orientierter Gewerkschaftspolitik.

DGB-Jugend als »Probe auf's Exempel«?

Dabei haben Tendenzen aus der DGB-Jugend-Arbeit exemplarischen Charakter auch für andere Bereiche:

● Die DGB-Jugend ist als »Durchlaufstation« sowohl in ihrer personellen wie gewerkschaftspolitischen Präsenz relativ instabil. Dadurch bietet sich für beharrliche und ausdauernde Aktivgruppen ein verhältnismäßig großer und offener Spielraum für das Hineintragen allgemeinpolitischer Ansatzpunkte.

● Jüngere sind aufgrund ihres (altermäßig) begrenzten Erfahrungshorizonts besonders empfänglich für eingängige, emotional angelegte Denk- und Verhaltensmuster; sie suchen nach »Heimat«; sie befinden sich in einer Sozialisationsphase, in der sie kritisches Abwägen, aber auch kreativ-selbständiges Handeln erst lernen. Dieses gilt übrigens gleichwohl für die »Verführten« wie für ein Großteil der »Verführer«: Auch Jungkommunisten fehlt der durch Niederlagen und Reflektion vermittelte Erfahrungsschatz zum Beispiel des alten kommunistischen Werftarbeiters (falls dieser überhaupt nach 1968 der DKP beitrat) – und die »Geschichtsklitterungen« der DKP-nahen Buchverlage und Autoren verhindern geradezu kritische Reflexion.

● Es gibt gerade unter den Jüngeren einen großen Kreis politisch noch nicht Festgelegter, Unentschlossener, die sich – auch aus Mangel an Alternativen – zeitweilig und partiell zur DKP/SDAJ hingezogen fühlen. Die meisten von ihnen sind weder potentielle Wähler der DKP, noch überhaupt verläßliche Gefolgsleute. Aber sie geraten in Gefahr, es zu werden, solange ihnen keine anderen oder nur verschwommene Orientierungspunkte geboten werden. Und sie würden es bestimmt, wenn die Antwort der »Etablierten« administrieren statt diskutieren heißen und Märtyrer schaffen würde.

● Krise und Arbeitslosigkeit haben Jüngere in besonderer Weise betroffen: In dem Maße, wie Perspektivlosigkeit und Problemfluchttendenzen wachsen und auf der anderen Seite weder die etablierten Parteien, noch – wenn man ehrlich sein will – die Gewerkschaften es geschafft haben, bei den direkt und auch indirekt Betroffenen dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, des individuellen Versagens und des Ausgeschlossenseins entgegenzuwirken, nehmen die Möglichkeiten von DKP/SDAJ zu, als stabilisierendes Element Geborgenheit und Visionen einer besseren Welt (auch wenn es beim »Modell DDR« schon erheblicher Verschleierungstricks bedarf) zu vermitteln.

● Die DGB-Jugend ist von den führenden Kadern der DKP aufgrund der genannten Bedingungen ganz bewußt als strategisches »Zielobjekt Nummer 1« ausgewählt worden. Sie vertrauen dabei auf die Unterstützung oder zumindest Tolerierung einzelner Jugendfunktionäre – ungewollt gefördert und legitimiert durch die »dünne Aktivendecke« einer Basisbewegungen traditionell skeptisch bis ablehnend gegenüberstehenden Gewerkschaftsorganisation.

All diese Aspekte zusammengenommen geben einen Anhaltspunkt, weshalb Beispiele aus dem Bereich der DGB-Jugend zugleich exemplarischen Charakter für andere gewerkschaftliche Bereiche haben, in denen Probleme von DKP/SDAJ-Strategien vielleicht nicht – oder besser: noch nicht – in dieser Schärfe augenfällig geworden sind.

Denn als Gewerkschafter kennt man aus der betrieblichen Praxis auch jene »gestandenen« DKP-Kollegen, die – oftmals bis zur Selbstverleugnung ihrer politischen Positionen – als loyale, unermüdliche und »unbestechliche« Interessenvertreter der Beschäftigten auftreten und dabei in Kauf nehmen, daß sie zwar mit großer Mehrheit in den Betriebsrat gewählt, aber bei Bundestags- und Landtagswahlen nur mit 0,3 Prozent der Wählerstimmen bedacht werden. Sie sind – und das sei in diesem Zusammenhang als These formuliert – die Fossilien eines Nachkriegs- und Kalten-Kriegs-Selbstverständnisses von KP-Arbeit in bundesdeutschen Gewerkschaften, dem der führende Teil ihrer »Jungen Garde« längst abgeschworen hat. Diese »Junge Garde« nämlich hat (zu recht) erkannt, daß aus der unermüdlichen traditionellen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kein parteipolitisches Kapital zu schlagen ist – ja daß dadurch – viel schlimmer noch – »Sozialdemokratismus« und »Reformismus« in der Partei Platzgreifen würden.

Deshalb noch einmal: Typischer und für die weitere gewerkschaftliche Entwicklung folgenschwerer ist jene DKP/SDAJ-orientierte Gewerkschaftsarbeit, deren wesentliche Elemente hier skizziert werden sollen.

DKP-orientierte Strategien gewerkschaftlicher Arbeit

Eine Auseinandersetzung mit DKP/SDAJ-Positionen kann nicht losgelöst vom zentralen Begriff des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« (bekannt als »STAMOKAP«) geschehen. Dieser Begriff hat sowohl analytische wie strategische Bedeutung. Er beansprucht zum einen Wahrheitsgehalt für die Beschreibung des gegenwärtigen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zustandes. In der hier notwendigen Kürze läßt sich die Zustandsbeschreibung so zusammenfassen:

Mit der allumfassenden Beherrschung durch Großkonzerne und Monopole und durch die Weltkonkurrenz mit dem »realen Sozialismus« sind dem Kapitalismus von innen und außen »Totengräber« erwachsen. Der sich verschärfende Widerspruch zwischen Produktion und Markt, zwischen Profitinteresse und Profitrealisierung der Monopole auf der einen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Ressourcen auf der anderen Seite, ist nicht nur krisenursachenbestimmend, sondern verschärft auch den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit (einschließlich der »nichtmonopolistischen Schichten«) und Kapital. Der Staat und mit ihm die regierende SPD sind zwangsläufig und vollends zum Handlanger der Monopole und zum Unterdrükkungselement der Arbeiterklasse und der »demokratischen Kräfte« degeneriert. Staat und Wirtschaft sind nicht reformierbar. Unternehmerische Willkür und mehr oder minder »galoppierende Faschisierung« beherrschen die Szene.

Diese Strukturen und Mechanismen gibt es, bei nach wie vor vorherrschenden Reformillusionen, »in die Köpfe der Massen hineinzutragen«. Dazu muß – und das ist der strategische Aspekt – dreierlei geschehen:

❶ die Schaffung einer möglichst »massenhaften« antikapitalistischen Grundstimmung und eines Glaubens in die Unfähigkeit dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems zur Krisenüberwindung.

❷ die Desillusionierung in die Reformfähigkeit des Staates und durch den Staat.

❸ die »Entlarvung« insbesondere der SPD und die Zerrüttung der Massenloyalität zu den (demokratischen) Parteien.

In die Gewerkschaften mit ihren vorherrschenden politischen Grundströmungen läßt sich eine solche Strategie nur auf Umwegen hineintragen. Weimarer RGO-Erfahrungen, Illegalisierung und Kalter Krieg in den 50er Jahren haben bei bundesdeutschen Kommunisten zu dem Trauma geführt, auf keinen Fall in den Gewerkschaften als »Sektierer«, »Putschisten« oder »Aufwiegler« entdeckt zu werden und die Mitarbeit in der Massenorganisation zu gefährden.

Betriebliche Konflikte werden mit Ideologie beantwortet

Daß es bei dieser »halben Lehre« aus der Geschichte bleibt, zeigt die Praxis:

Betriebliche Konflikte werden – das zeigen immer wieder Beispiele von DKP-orientierter Betriebsarbeit – nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzung im konkreten Betrieb gemacht, sondern mit ideologischen Lösungsrezepten beantwortet. Kennzeichnend ist die völlige Trennung von Forderungskatalogen und Durchsetzungsschritten sowohl auf betrieblicher wie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene – nach dem Motto » Je illusionärer, desto nachhaltiger die Desillusionierung«. Dabei kann und sollte nicht unerwähnt bleiben, daß eine solche Strategie allzuoft auf »fruchtbaren« gewerkschaftlichen Boden fällt – solange sich gewerkschaftliche Politik, wenn sie über Tagesarbeit hinausgeht, traditionellerweise auf das Postulieren »hehrer« Forderungen ohne Verbindlichkeit und ohne das Überdenken von Durchsetzungsschritten beschränkt. DKP/SDAJ verstehen es geschickt, diese Schwäche zu nutzen. Zum Teil ist es ihnen natürlich auch schon gelungen – soweit sie in bestimmten Gremien und Antragsberatungen Mehrheiten erringen konnten –, ihre Strategie direkt in gewerkschaftliche Willensbildungspositionen umzumünzen.

Ein wahllos herausgegriffenes Beispiel ist die Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsverpflichtung nach einem Quotierungsschlüssel für Großbetriebe – wohl wissend, daß eine solche Forderung nur illusionierenden und emotionalen Charakter hat. Doch es geht nicht um Realitätsgehalt und Durchsetzung, sondern um das »Entlarven« der Unfähigkeit staatlicher und (SPD-)parlamentarischer Kräfte, eine solche Forderung durchzusetzen.

Hochstilisierung der »Massenaktion«

Auf der gleichen Ebene liegt eines der zentralen »Praxisfelder« DKP-orientierter Gewerkschaftsarbeit, das zum Inbegriff jedes »fortschrittlichen« gewerkschaftlichen Handelns hochstilisiert worden ist: die öffentliche »Massenaktion«.

Eine »Massenaktion« hat nach diesem Verhältnis zweierlei Stoßrichtung:

● Einerseits soll sie in ihrer öffentlichkeitswirksamen Zielsetzung dem wiederholt angesprochenen »Entlarven und »Anprangern« der »Herrschenden« dienen und damit den »Gefolgsleuten« das Gefühl vermitteln, e komme auf die quantitative Meng einer »Massenbewegung« an, um - überspitzt formuliert – »die da oben« i ihren Chefetagen – und Minister sesseln zittern zu lassen.

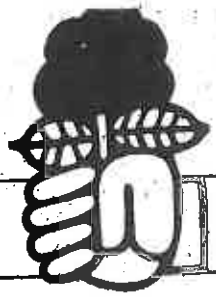
● Andererseits soll eine Aktion dazi dienen, die vorher als wichtig und rich tungsweisend formulierten Forderun gen als ein gedankliches Allgemeingu in die erwähnten »Köpfe der Massen« hineinzutragen – oder anders: da: »richtige« Bewußtsein dem falscher überzustülpen.

Das ist übrigens auch kennzeichnendes Merkmal DKP-orientierter Bildungsarbeit, die Indoktrination und Kaderschulung als notwendige gewerkschaftliche »Zweckbildung« ausgibt, und in der die Erfahrungen der Kollegen nur ein Vehikel für die Vermittlung der eigenen dogmatischer Positionen sind.

Daß es dabei nicht um Kritikfähigkeit und Selbständigkeit im Denken und Handeln ankommt, braucht nicht besonders angemerkt zu werden. Aus einem solchen Verständnis heraus resultieren bestimmte Formen. Die beliebteste und bezeichnendste ist dabei die »zentrale Massendemonstration«. In diesem Begriff kommt alles zusammen. Eine Aktion muß zentral organisiert, gesteuert und mit »Kampflosungen« versehen werden (natürlich immer auch in der Erwartung, daß man an der »zentralen Führung« beteiligt wird); eine Aktion ist immer »massenhaft« und »spektakulär«, weil »Masse = Demonstration« Kampfbereitschaft, Geschlossenheit und gesellschaftliche Macht symbolisiert.

Durch diese Form bietet sich am ehesten die Möglichkeit von »Aktionsbündnissen« an, also die Möglichkeit, sich nicht nur indirekt, sondern offen unter den »Firmenzeichen« DKP/SDAJ/MSB-Spartakus usw. als »fortschrittlicher« und »verläßlicher« Bündnispartner anzubieten und kenntlich zu machen.

Bei dieser Strategie stört es dann auch nicht (bzw. wird allenfalls als Aufforderung zu noch mehr und noch »massenhafteren« Demonstrationen gewertet), wenn die Kollegen, die am Samstag noch in der ersten Reihe unter dem wohlklingenden Transparent »Wir fordern Übernahme für alle Ausgebildeten« mitmarschierten oder auf dem Marktplatz Flugblätter verteilten, am Montag darauf im Betrieb hilflos Rationalisierungsentlassungen zustimmen und die Nicht-Weiterbeschäftigung von Ausgebildeten als unvermeidbar hinnehmen.



Jungsozialisten
in der SPD

E N T S C H L I E S S U N G

des Bundesausschusses vom 9. September 1979

1. Der Bundesausschuß nimmt die Thesen des Bundesvorstandes zur Gewerkschaftsarbeit zustimmend zur Kenntnis.

2. Diese Thesen bestimmen das politische Selbstverständnis gewerkschaftlicher Arbeit von Jungsozialisten, deren Verstärkung nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Jungsozialisten ist.

3. Vor allem die praktischen Erfahrungen dieser Arbeit sollen die weitere Diskussion dieses Arbeitsfeldes bestimmen.

10 PUNKTE ZU JUNGSOZIALISTEN UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

1.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg ist die Einheitsgewerkschaft. Die historischen Erfahrungen, insbesondere aus der Weimarer Republik mit ihren an politischen Ideologien orientierten Richtungsgewerkschaften, haben gezeigt, daß eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung in verschiedene Parteien und gewerkschaftliche Organisationen zu einer Schwächung der Arbeiterklasse im Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus führte. In der Einheitsgewerkschaft, der Organisation der Arbeitnehmer, arbeiten Christen, Sozialisten, Kommunisten, Liberale und andere Arbeitnehmer gemeinsam für die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation der Arbeiterklasse. Daraus ergibt sich, daß die Einheitsgewerkschaft parteipolitisch unabhängig sein muß. Gleichzeitig betreibt sie aber als Klassenorganisation Interessenpolitik für die Arbeitnehmer.

Die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften wird von den in ihr arbeitenden Jungsozialisten ausdrücklich anerkannt. Die Jungsozialisten betonen die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft, weil nur so die Arbeitnehmer die sich verschärfenden Konflikte (Tarifauseinandersetzungen zur Sicherung des Lebensstandards und Schutz vor Arbeitsplatzverlusten durch Rationalisierungen, Kampf gegen die Aussperrung, gegen die Zentralisierung unternehmerischer Macht z.B. durch den Tabu-Katalog) mit den Unternehmern bestehen können. Nur so können sie die unternehmerfreundliche Rechtsprechung der Arbeitsgerichte verändern, den erreichten Stand der sozialen Sicherung halten, sich gegen die Pläne der Reaktion wie Arbeitskammern und Verbändegesetz wehren, aber auch eine Einbindung in die staatliche Wirtschaftspolitik verhindern.

Erst recht sind weitere Fortschritte im Interesse der Arbeitnehmer wie die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, Bindung der Vergabe von Subventionen an die Schaffung von Arbeitsplätzen und gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte, paritätische Mitbestimmung und der Demokratisierung der Wirtschaft abhängig von der Geschlossenheit und Stärke der Einheitsgewerkschaft.

/ 2.

2.

Eine der wesentlichsten politischen Bedingungen für die Arbeit in der Einheitsgewerkschaft ist, daß in ihr die Anhänger der unterschiedlichen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung zusammenwirken. Sowohl Anhänger der Position des demokratischen Sozialismus, als auch Vertreter der christlichen Soziallehre, des orthodoxen Kommunismus oder aber der Sozialpartnerschaftsideologie arbeiten daher innerhalb der Gewerkschaften.

Wegen ihrer Parteilichkeit als Interessensorganisation der abhängig Beschäftigten kann die Einheitsgewerkschaft niemals politisch neutral sein. Die Gewerkschaften versuchen ihre Positionen auch über die SPD als politische Partei der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Die Einheitsgewerkschaft setzt ein Höchstmaß an innergewerkschaftlicher Demokratie voraus, um in der Willensbildung der Gewerkschaften auch über unterschiedliche politische Positionen zu gewerkschaftlichen Positionen zu gelangen.

3.

Jungsozialisten bleiben auch in ihrer Arbeit als Gewerkschafter in den DGB-Gewerkschaften als demokratische Sozialisten erkennbar. Die Grundposition des demokratischen Sozialismus unterscheidet sie von den Vertretern anderer ideologischer Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Jungsozialisten gehen vom Bestehen der Klassengesellschaft aus und kämpfen für eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, demokratische Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse bei Beibehaltung und Ausbau der demokratischen Freiheitsrechte sowie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vor kapitalistischer Ausplünderung.

Dies macht die Vertretung einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsarbeit unmöglich und unterscheidet sie von einer auf die Grundposition der christlichen Soziallehre gestützten gewerkschaftlichen Arbeit.Jungsozialisten wenden sich auch gegen den emanzipationsfeindlichen Avantgarde-Anspruch orthodoxer Kommunisten. Jungsozialisten bestehen bei ihrer Konzeption eines sozialistischen Systems auf die Existenz einer freien, unabhängigen, autonomen und mit dem Kampfmittel des Streiks ausgerüsteten Gewerkschaftsbewegung zur Realisierung der Emanzipation der abhängig Beschäftigten durch Demokratisierung der Wirtschaft. Sie lehnen eine Konzeption des demokratischen Zentralis-

Dies unterscheidet sie prinzipiell von dogmatischen Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung.
Eine Konzeption des demokratischen Sozialismus ist unvereinbar mit der Theorie, die Gewerkschaften seien Transmissionsriemen für eine Partei oder für den Staat.

4.
Die oben genannten Grundsätze bestimmen die Arbeit von Jungsozialisten in der Einheitsgewerkschaft. Das Vorhandensein von verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft bedingt notwendigerweise, daß gewerkschaftliche Beschlüsse Kompromißcharakter haben.
Jungsozialisten arbeiten in den Gewerkschaften auf der Grundlage der jeweiligen gewerkschaftlichen Beschlüsse. Sie formulieren gewerkschaftliche Forderungen innerhalb des gewerkschaftlichen Willensbildungsprozesses von ihren sozialistischen Grundpositionen aus. Dies macht sie auch in der gewerkschaftlichen Arbeit als Jungsozialisten kenntlich.
Als Gewerkschafter und demokratische Sozialisten ist für Jungsozialisten die aktive Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen auf allen gewerkschaftlichen Ebenen grundlegender Anspruch für ihre Arbeit. Das bedingt auch die Bereitschaft zur Übernahme von gewerkschaftlichen Funktionen ebenso wie zur Kandidatur für betriebliche Interessenvertretungen. Dabei setzen sich die Jungsozialisten für die Stärkung der Gewerkschaftsbasis (z. B. der Vertrauensleute) ein.

5.
Bei ihrer gewerkschaftlichen Arbeit stoßen Jungsozialisten auch auf politisch konkurrierende Gruppen. Deshalb geht es bei der gewerkschaftlichen Arbeit von Jungsozialisten auch um den politischen Einfluß innerhalb der Arbeiterjugend. Nur durch kontinuierliche Arbeit und engagierte Interessenvertretung läßt sich eine stärkere Verankerung in der arbeitenden Jugend erreichen. Diese Verankerung ist auch für die Einlösung des Anspruchs der Jungsozialisten als parteipolitische Interessenvertretung der jungen Arbeitnehmer und als sozialistischer Jugendverband völlig unverzichtbar.

/ 4

6.

In den letzten beiden Jahren ist es um die politische Ausrichtung von Teilen der Gewerkschaftsjugend zu heftigen Auseinandersetzungen, aber auch zu öffentlichen Kontroversen gekommen.
Dies ist ein selbstverständlicher Vorgang, da die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaft nicht bedeuten kann, daß sie da schweigen müssen, wo sie in Konflikt mit weltanschaulichen oder parteipolitischen Auffassungen von Teilen ihrer Mitglieder geraten.
So haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren häufig die Politik SPD-geführter Regierungen kritisiert und eigene Vorstellungen entwickelt. Sie haben die Vorstellungen der CDU zur Vermögensbildung, Mitbestimmung und Bildungspolitik angegriffen, obwohl auch Mitglieder der CDU Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben die Unterdrückungsmaßnahmen in der DDR öffentlich kritisiert, obwohl in den DGB-Gewerkschaften auch Mitglieder der DKP sind, die diese Maßnahmen rechtfertigen.

Dies liegt auch daran, daß Jungsozialisten dieses Arbeitsfeld lange vernachlässigt haben. Darüber hinaus sind Gründe dafür:

- Die DKP-Ideologie mit ihrem politisch-moralischen Anspruch fängt die Orientierungsschwierigkeiten der Jugend durch vordergründige und leicht erlernbare Erklärungsmuster scheinbar auf. Im Unterschied zu Jungsozialisten, die versuchen, differenziert zu argumentieren, bietet die DKP fertige Weltbilder an. Dadurch wird das im Grunde unpolitische Bewußtsein vieler Jugendlicher zur Ausgangslage gemacht, scheinbar verbal-radikal verändert und tatsächlich nicht berührt.
- Innerhalb der Gewerkschaften verhalten sich die Kader der DKP aus taktischen Gründen weitgehend angepaßt und diszipliniert. Demgegenüber stoßen viele Jungsozialisten immer wieder auf Schwierigkeiten, weil sie ihre Positionen nicht verstecken, sondern über Probleme offen diskutieren.
- Die Jungsozialisten werden als Teil der Sozialdemokratischen Partei für die Regierungspolitik, die gewerkschaftlichen Interessen häufig entgegenläuft, mitverantwortlich gemacht.

7.

Die Jungsozialisten bekämpfen entschieden diejenigen, die die Gewerkschaften an Unternehmerinteressen binden wollen. Das Gewerkschaftsverständnis dieser Konservativen wird am eindrucksvollsten im Engagement der CSU-nahen Seidel-Stiftung für die faschistische Diktatur in Chile durch die Schulung reaktionärer Gewerkschaftskader demonstriert. Auch das Liebäugeln der CSU und von Teilen der CDU mit der Gründung einer christdemokratischen Konkurrenzgewerkschaft bzw. der Orientierung ihrer Anhänger auf bestehende Spaltergewerkschaften (CGB) ist mit dem grundsätzlichen Anspruch der Einheitsgewerkschaft, Interessenvertreter aller Arbeitnehmer zu sein, unvereinbar.
In ihrer Öffentlichkeitsarbeit - z.B. bei der anlaufenden Schulabgängeraktion - orientieren die Jungsozialisten auf die Organisierung in den DGB-Gewerkschaften.

Bei den anstehenden Jugendvertreterwahlen 198o werden die Jungsozialisten die DGB-Gewerkschaftsjugend unterstützen und deutlich machen, daß Spalterorganisationen von den Jungsozialisten entschieden bekämpft werden.

8.

Juso-Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit bedeutet Engagement in gewerkschaftlichen Gremien und an der gewerkschaftlichen Basis. Jusos haben zugleich die Aufgabe, gewerkschaftliche und betriebliche Probleme sowie gewerkschaftliche Zielsetzungen aufzugreifen und durch öffentliche und politische Aktivitäten zu unterstützen. Die Jungsozialisten als sozialdemokratische Jugendorganisation tragen gewerkschaftliche Positionen in die politische Willensbildung der Partei hinein und mobilisieren für die Durchsetzung dieser Positionen auf parlamentarischer und administrativer Ebene.

9.

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Jungsozialisten muß auch Kultur- und Freizeitbedürfnisse von jungen Arbeitnehmern einbeziehen und damit eine Jugendarbeit initiieren bzw. unterstützen, die auf eine stärkere Verbindung von gewerkschaftlich-politischem Handeln und kreativer Freizeitgestaltung hinausläuft. Gewerkschaftliche Kulturarbeit steht im Gegensatz zu Kulturkonsum. Freizeit- und Kulturarbeit muß an den Interessen und Erfahrungen der Jugendlichen anknüpfen, um auch eigene politische Emanzipationsprozesse zu bewirken.

/ 6

1o.

Die Jungsozialisten unterstreichen die Bedeutung der Zusammenarbeit ihrer Organisation mit der DGB-Jugend.

Angesichts der anhaltenden Tendenzen, auf staatlicher aber auch auf betrieblicher Ebene demokratische und soziale Rechte einzuschränken ist es ein wichtiger Fortschritt, daß sich DGB-Gewerkschaftsjugend, Jungsozialisten und andere Jugendorganisationen in einer gemeinsamen Initiative zusammengefunden haben, die auf örtlicher und regionaler Ebene für die Durchsetzung demokratischer und sozialer Rechte mobilisieren wird.

Als Arbeitsvorhaben der Initiative, die von den örtlichen Jungsozialisten-Gliederung zusammen mit der DGB-Jugend aufgegriffen werden sollten, sind zu nennen: Aktionen zur Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und gemeinsame Aktionen gegen Neofaschismus. Aufgabe der Jungsozialisten ist es, die Forderungen der DGB-Gewerkschaftsjugend nach Reform der beruflichen Bildung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und wirksamerem Jugendarbeitsschutz zu vertreten und die Gewerkschaftsjugend bei Aktionen zu unterstützen. Die für Mitte Oktober geplante Juso-Fachkonferenz zur beruflichen Bildung und der Bundesparteitag der SPD sind zwei konkrete Gelegenheiten, die Forderungen aktualisiert in die Öffentlichkeit zu bringen.

Für die innerparteiliche Auseinandersetzung auch auf dem Bundesparteitag über die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die von den Jungsozialisten als unzureichend kritisiert wird, sind die Beschlüsse der DGB-Gewerkschaftsjugend eine wichtige Argumentationsbasis.

\+ + +

DM 1.-

Juli 79 Nr. 7

Hannoveraner Kreisblatt

Informationsdienst für sozialistische Partei- und Mobilisierungsarbeit

Einheitsgewerkschaft - wohin?

- Zur Strategie der Jungsozialisten -

Die DGB-Gewerkschaften politisch durch Aktivitäten in r SPD und im kommunalen Bereich sowie durch solidarische Mitarbeit in den Gewerkschaften zu unterstützen, das ist für die Jungsozialisten angesichts der sich verschärfenden Auseinandersetzungen in der bundesrepublikanischen Klassengesellschaft eine vorrangige Aufgabe. Denn die Arbeitnehmerorganisationen stehen vor harten Konfliktsituationen, wie den sich zuspitzenden Tarifkämpfen und Aussperrungen der Unternehmer, der Zentralisierung unternehmerischer Macht (Tabu-Katalog), den restriktiven Gerichtsurteilen, dem Arbeitsätze vernichtenden technischen Wandel sowie der zunehmenden Reformunfähigkeit des Staates. Da nur eine starke Einheitsgewerkschaft diese Probleme im Sinne der Arbeitnehmer zu lösen vermag, verfolgt das Kapital mit seinen Helfershelfern - u.a. in CDU/CSU und konservativen Medien - die Strategie, die Gewerkschaftsbewegung entscheidend zu schwächen und letztlich zu spalten: in Christdemokraten und Sozialdemokraten, in Kommunisten und Demokraten, in "Vernünftige" und "Radikale", in "ruhige Basis" und "demagogische, intellektuelle, marxistische Führer", Wo dies nicht gelingt,sollen - so die jüngsten CSU-Pläne Konkurrenzorganisationen zum DGB unterstützt oder aufgebaut werden. Das Kapital und seine Handlanger haben also zum Schlag gegen die Einheitsgewerkschaft ausgeholt, die, so das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG-Metall, Hans Preiss, "die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis geborene solidarische Einheit aller Gewerkschafter gegen die Willkür des Kapitals ist"!

Für ihre Strategie bekamen Unternehmer-Verbände und andere Reaktionäre unlängst Schützenhilfe aus den Reihen der Gewerkschaftsjugend. Von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel ist ein Pamphlet "Zur Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich" angefertigt worden,das eine "kommunistische Unterwanderung" feststellt und innergewerkschaftliche Abgrenzungsdiskussionen gegenüber Kommunisten und "Stamokap"-Positionen (auch der Jungsozialisten) aufnimmt. Den Unternehmern werden damit

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

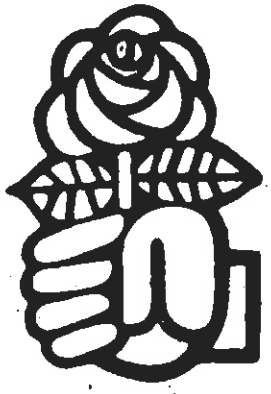
Gewerkschaftspolitik:

Einheitsgewerkschaft.....1
Ein Scherbenhaufen ist geblieben.....5
Wer macht was kaputt in der Gewerkschaftsjugend?..8
DGB-Bundesjugendausschuß-Beschluß.....1o
Juso-Bundesvorstands-Beschluß.....11
Bleicher-Interview.....14

SPD und NEUE in Bayern "extremistisch".....15

Internationale Berufsverbotskonferenz.....18
Jansen zu Schröder.....18
Schröder-Rede.....2o

Berichte aus der Organisation:
Lübeck.....16
Bremen.....16



Einheit....

Argumentationen für ihre Diffamierungskampagne gegen die Gesamtheit der DGB-Gewerkschaften gegeben, mit der sie deren Kampfkraft schwächen und von den ungelösten Krisenproblemen der Wirtschaft ablenken wollen.

Ablenkungsstrategie

Das "Oberursel-Papier", - das den Eindruck erweckt, der Feind sei im nächsten Gewerkschaftskollegen, nicht aber im Kapital zu sehen - lenkt ebenfalls von konkreten Sachfragen ab. Es versucht nicht unterschiedliche Meinungen zur Gewerkschaftspolitik an konkreten Problemen in der Gewerkschaft solidarisch auszutragen, sondern nimmt diffamierende politische Etikettierungen in bekannter antikommunistischer Art vor. Dadurch wird parteipolitisches Hickhack in die Einheitsgewerkschaft hineingetragen, wo es nichts zu suchen hat. Mit dieser, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft verletzenden Strategie versuchen Minderheiten der Gewerkschaftsjugend ihre Positionen in der Gewerkschaft zu verbessern. Sie streben an, die innergewerkschaftliche Willensbildung mit parteipolitischen Bündnispartnern von außen wieder umzukehren. Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, daß sich die Mehrheit, daß sich die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes für eine solche Politik instrumentalisieren läßt. Die am 29. Juni 1979 beschlossenen "Grundsätze zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Jungsozialisten" stellen die innergewerkschaftliche Abgrenzungsdiskussion (einen Anti-DKP-Kurs) in den Mittelpunkt und führen damit "Oberursel durch die Hintertür" bei den Jusos ein. Dieses "Abgrenzungspapier" ist für die Jungsozialisten, die gewiß nicht auf eine zufriedenstellende Verankerung ihrer Mitgliedschaft in den Arbeitnehmerorganisationen verweisen können, kein konstruktives Zeichen für das angestrebte verstärkte Engagement in der Einheitsgewerkschaft. Die Jusos werden im Gegenteil gefragt werden, ob sie die Einheitsgewerkschaft zu einem Lippenbekenntnis verkommen lassen wollen.

Aufgaben der Jusos

Welche Aufgaben stellen sich für Jungsozialisten in der SPD im Interesse der Arbeiterjugend?

1.
In einer intensiven Diskussion müssen die Jungsozialisten die Entwicklung gewerkschaftlicher Interessensvertretung einschätzen und beurteilen. Dabei ergibt sich der wichtige Auftrag, gewerkschaftliche Positionen und Forderungen im Interesse der Arbeiterjugend in der SPD, in parlamentarischen Gremien und in öffentlichen Aktionen zu vertreten. Kommunalpolitische Aktivitäten - auch Freizeit - und Kulturarbeit - verdienen eine größere Beachtung als bisher.
Für die Jungsozialisten ergeben sich insbesondere vier Komplexe, die sie primär in ihrem Verband erörtern müßten:

- Welche Strategien und Inhalte sind zur Reform der beruflichen Bildung erforderlich?
- Wie müssen die Auswirkungen der ökonomischen Krise, der Arbeitslosigkeit, des technischen Wandels und des gesellschaftlichen Rechtstrends (nicht nur Neonazis) auf Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten bewertet werden? Wie könnten Gewerkschaften - mit Unterstützung der Jusos - weitere Teile der Arbeiterklasse für sich gewinnen? (Kultur- und Freizeitarbeit)
- Wie schätzen die Jungsozialisten das Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften ein?
- Wie können Jungsozialisten bei den sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzungen die Einheitsgewerkschaft stärken?

Durch kontinuierliche politische Aktivitäten und das Verfolgen politischer Konzepte im Sinne junger Arbeitnehmer müssen die Jungsozialisten als sozialdemokratische Jugendorganisation identifizierbar sein, die vorrangig die Interessen der arbeitenden Jugend vertritt. Diese Arbeit - neben dem gewerkschaftlichen Engagement - trägt zur Stärkung des politischen Einflusses der Jungsozialisten bei. Eine stärkere Verankerung in der arbeitenden Jugend ist für eine Jugendorganisation mit sozialistischem Anspruch, die sich als parteipolitische Interessensvertretung junger Arbeitnehmer versteht, unverzichtbar. Hierbei weitere Fortschritte

Fortsetzung Seite 3

IMPRESSUM:

"Hannoveraner Kreisblatt" - Informationsdienst für sozialistische Partei- und Mobilisierungsarbeit

Herausgerber und verantwortlicher i.S.d.P.:
Burkhard Zimmermann (Berlin)

E.i.S.

Redaktion:
Detlev Albers, Arno Brandt, Monica Lochner, Traute Müller, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann;

Redaktionsanschrift:
"Hannoveraner Kreisblatt"
c/o Monica Lochner
Hermann-Lingg-Straße 4
8000 München 2
Tel.: 089/531489

Konto Nr. 170 9734 48 02 bei der Bank für Gemeinwirtschaft München (BLZ 700 101 11), Promenadeplatz

Einheit....

u erzielen, auch auf Kosten nderer Organisationen (wie er SDAJ), ist also für den her "kopflastigen" Juso-erband in seiner Gesamtheit otwendig.
as gewerkschaftliche Engage-ent der Jusos läßt sich benfalls noch intensivieren. eshalb ist primär in allen rbeitsfeldern des Juso-Ver-andes darauf zu orientieren, aß Jungsozialisten, aber uch alle für sie erreichba-en jungen Arbeitnehmer, in en DGB-Gewerkschaften aktiv ein müssen.

n den DGB-Gewerkschaften ar-eiten Jungsozialisten auf er Grundlage gewerkschaftli-her Beschlüsse mit. D.h. sie andeln in Betrieb und Ge-erkschaft in erster Linie ls Gewerkschafter, Vertrau-ensleute oder Betriebsräte. ine gesonderte Juso-Gewerk-chaftspolitik kann und darf s nicht geben. Das bedeutet: ie Gewerkschaftsjugend ist icht der Platz, wo sich Ju-os als parteipolitische Ju-endorganisation profilie-en. Hier geht es nicht da-üm , irgendeine politische uppierung, sondern die nheitsgewerkschaft von So-ialdemokraten, Christen, Kom-unisten und Parteilosen zu tärken. In der Einheitsge-erkschaft zählt nicht das rennende, sondern das, was ber Parteigrenzen hinweg erbindet: der Kampf für die nteressen der arbeitenden evölkerung und gegen die de-okratisch nicht legitimierte nternehmerschaft.
illensbildungsprozesse und eränderungen gewerkschaftli-her Standpunkte finden in nd mit der Gewerkschaft tatt. Einheitsgewerkschaft eißt allerdings nicht, einen politischen positionslosen inheitsbrei zu kochen". Aus er konkreten betrieblichen ampferfahrung bzw. der prak-ischen gewerkschaftlichen Arbeit folgende unterschied-liche Erfahrungen und damit Positionen müssen kollegial und hart diskutiert werden. Dies führt dann zu Beschlüs-sen, die den Bewußtseins-stand und den Willensbil-dungsprozeß der breiten Mit-gliedschaft widerspiegeln bzw. für sie eine orientierende Funktion haben.
Die Einheitsgewerkschaft darf durch niemanden, auch nicht - wie dies zum Teil zu beobachten ist - von Sozial-demokraten, parteipolitisch instrumentalisiert werden. Nicht nur, weil die Mehrheit der ihr angehörenden 7,6 Mil-lionen Mitglieder parteipoli-tisch ungebunden ist, sondern weil dies gegen ihre Prinzi-pien verstößt und letztlich zu ihrer eigenen Zerstörung führt. Also im Interesse der Einheitsgewerkschaft müssen alle in ihr vertretenen poli-tischen Strömungen Selbstdis-ziplin üben.
Die Erfahrungen der Gewerk-schaftsbewegung in der Wei-marer Zeit sind ein warnen-des Beispiel: Weil das Tren-nende und nicht das Gemein-same betont wurde, konnte die deutsche Arbeiterbewegung dem Faschismus nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen.

3.
Jeder Versuch, die Einheits-gewerkschaft zu instrumenta-lisieren, politische Strö-mungen herauszudrängen und in ihr zu fraktionieren ist ein Schritt zur Richtungsge-werkschaft. Diese Gefahr ist im Zusammenhang mit der Dis-kussion des "Oberursel-Pa-piers" zur "Strategie der DKP und der SDAJ im gewerkschaft-lichen Jugendbereich" akut, an der sich nunmehr auch der Juso-Bundesvorstand offiziell beteiligt. Das Papier wider-spricht den Bemühungen von Ge-werkschaftern, die Einheits-gewerkschaft zu stärken und inhaltliche Positionen offen-siv zur Diskussion zu stel-len. Es argumentiert mit aus-geprägter antikommunistischer Tendenz, diffamiert Gewerk-schaftskollegen und stellt abstrakte Macht- und Bündnis-fragen. Um konkrete Inhalte geht es nicht.
Deshalb kann das "Oberursel-Papier" keine Hilfe für Jusos sein, ihr gewerkschaftliches Engagement zu intensivieren, sowie die Politik der Gewerk-schaften zu beurteilen und zu vertreten. Im Gegenteil: es lenkt von den eigentlichen gewerkschaftlichen Problemen ab, trägt unnötige Fraktions-streitereien in die Juso-Organisation und belastet ihr Verhältnis zur DGB-Gewerk-schaftsjugend.

Jusos schlagen in "Oberurseler Kerbe"

Mit den "Grundsätzen zur Be-triebs- und Gewerkschaftsar-beit von Jungsozialisten" schlug der Bundesvorstand der Jungsozialisten Ende Juni 79 in die "Oberurseler Kerbe". Auch wenn dieser mit Mehr-heit gefaßte Beschluß des Bundesvorstandes, der dem Bundesausschuß im September 1979 zur Bestätigung vorgelegt werden soll, sich nicht aus-drücklich auf das Oberurse-ler Pamphlet bezieht, nimmt er dort vorgegebene Diskus-sionslinien auf. Er verletzt Prinzipien der Einheitsge-werkschaft, weil er Trennen-des - und nicht Gemeinsames - in den Vordergrund stellt. Damit wird einer Fraktionie-rung Vorschub geleistet. Sie ist der Beginn einer partei-politischen Instrumentalisie-rung der Einheitsgewerk-schaft, die schnell zu Aus-grenzungsdiskussionen führen kann (siehe Oberursel).
Eine wie im "Oberursel-Papier" bei den Jusos angelegte Dis-kussion, die nach dem Bun-desvorstandsbeschluß zu er-warten ist, wird zweifellos den alten Fraktionsstreit wieder aufbrechen lassen. Denn wenn sich die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes tendenziell mit jenen in eine Reihe stellt, die "Stamokap"-

Fortsetzung Seite 4

Einheitsgewerkschaft....

Positionen bei den Jusos und ähnliche Positionen in der Gewerkschaft bekämpfen und sie aus der Einheitsgewerkschaft rausdrängeln wollen, dies - und nichts anderes - ist die primäre Absicht der Oberurseler und von Mitarbeitern der IG Bergbau und Energie, kann sie die Wiederbelebung von Abgrenzungsdebatten bei den Jungsozialisten nur schlecht verhindern. Die Jungsozialisten müssen sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Diskussionsaxis zur Wehr setzen, die dazu beiträgt, Teile der Sozialdemokratie zu diffamieren und auszugrenzen. Noch immer sind die für unsere Organisation belastenden Folgen des "Strasser-Papiers" von 1973 nicht überwunden. An einem neuerlichen Fraktionsstreit dürfte der Juso-Bundesvorstand eigentlich kein Interesse haben, zumal nach der Wahl von Gerhard Schröder eine gewisse "Beruhigung an den Fraktionsfronten" eingetreten war, weil keiner relevanten politischen Strömung die Existenzberechtigung abgesprochen wurde.

4.
Die Jungsozailisten dürfen Diskussionen, die in der Gewerkschaftsjugend ausgetragen werden müssen, nicht in Gremien ihrer Organisation -also extern- führen. Dieses Prinzip wird durch den Juso-Bundesvorstand mißachtet. Wenn der Bundesvorstand - entsprechend der Intention seines Beschlusses vom 29. Juni 1979 - Jungsozialisten, die in der Gewerkschaft aktiv sind, veranlassen will, von Juso-Gremien beschlossene Mehrheitspositionen in den Gewerkschaften durchzusetzen, versucht er von außen in die eigenständigen Gewerkschaften hineinzuwirken und verletzt damit deren autonomen Willensbildungsprozeß.

5.
Die gegenwärtige Auseinandersetzung, die durch das "Oberursel-Papier" und den Beschluß des Juso-Bundesvorstandes eine Verschärfung erfahren hat, verhindert inhaltliche Erörterungen der zur Beratung anstehenden DGB-Grundsatzprogramms. Verhindert wird auch eine Debatte darüber, daß die "Gewerkschaftsbewegung zwingend vor die Aufgabe gestellt (ist), ihre bisherigen Strategien und Taktik gründlich zu überprüfen". So die Aufgabenstellung der 1o. Bundesjugendkonferenz im Antrag D 1 - Stand und Entwicklung de gewerkschaftlichen Jugenda beit -, der Konsequenzen f die Gewerkschaftspolitik z ziehen versucht, nachdem M senarbeitslosigkeit und ei geringeres Wirtschaftswach tum neue Voraussetzungen f gewerkschaftsliches Handel geschaffen haben. - Außen bleibt ebenfalls eine Disk sion über Aktionsformen un den Stellenwert von Gremie arbeit.■

Klaus-Peter Wolf
(Stellvertretender Bundesv sitzender der Jungsozialis Mitglied des DGB-Landesbezirksjugendausschusses, Be:

... Ein anderer Mangel ist der, daß viel Zeit durch Organisationsmangel vergeudet wird. Die Sitzungen sind auf acht Uhr festgesetzt, beginnen aber erst um zehn Uhr. Was soll das eigentlich heißen? Der Faktor Zeit wird nicht geschätzt. Kräfte werden verbrecherisch verschwendet. Legt acht Uhr fest, fangt um acht Uhr an! In der Presse und in den Versammlungen muß diese Frage aufgeworfen werden, dieses Übel gegeißelt werden. Dabei werden lange Sitzungen abgehalten, weil die Fragen meistens nicht bearbeitet sind. Es beginnen wahllose Diskussionen über die eine oder andere Frage, und Ideen gibt es viele, so viele wie ein Bienenschwarm: steckt man den Finger hinein, so fangen die Bienen zu summen an, und jede ist bereit Ideen zu geben. Es wird von den aufgeworfenen Fragen abgegangen, und die Zeit vergeht in nutzlosem Gerede. Für uns ist die Zeit sehr kostbar. Sie muß höher geschätzt werden, als viele andere wertvolle Dinge. 24 Stunden reichen nicht aus, Tag und Nacht sind zu kurz. Wenn die Natur die 24 Stunden zu 48 Stunden erweitern könnte, würde die Zeit auch nicht ausreichen. In diesen 24 Stunden muß man arbeiten, schlafen, sich erholen. Das einzige Mittel ist, sowohl als Leiter wie auch als einfacher Funktionär, die Zeit vernünftig, rationell einzuteilen. Ihr könnt nicht ununterbrochen arbeiten, so daß euch keine Zeit bleibt, um auszuspannen, um ins Theater oder Kino zu gehen. Was für Leiter werdet Ihr sein, wenn ihr keine Kultur habt? Die Beherrschung des Marxismus ist durch Kultur zu ergänzen. Ihr müßt gesund und stark sein, müßt durchhalten. Es handelt sich um Arbeit, Schaffen.

Georgi Dimitroff. Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 194-195

Nicht nur das 'Oberurseler Papier', sondern auch die Positionsbestimmung der Mehrheit des Bundesvorstandes der Jungsozialisten werden nun von dem Sprecher der Stamokap-Fraktion, de stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Peter Wolf, entschieden kritisiert.* Wie argumentiert Wolf, was will Wolf? Was will die Stamokap-Fraktion bei den Jungsozialisten, wie definiert sie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur DKP?

2. Die Einschätzung des Oberurseler-Papiers' und der 'Grundsätze' der Jungsozialisten durc die Stamokap-Fraktion

Klaus-Peter Wolf scheut nicht davor zurück, das 'Oberurseler Papier' und die Juso-Beschlüs als Hilfsdienst für das Kapital zu denunzieren, wodurch die Gewerkschaften geschwächt würden:
"Das Kapital und seine Handlanger hat also zum Schlag gegendie Einheitsgewerkschaft ausgeholt ... Für ihre Strategie bekamen Unternehmer-Verbände und andere Reaktionäre unlängst Schützenhilfe aus den Reihen der Gewerkschaftsjugend ... Das 'Oberurseler Papier' ... nimmt diffamierende politische Etikettierungen in bekannter antikommunistischer Art vor. Dadurch wird parteipolitisches Hickhack in die Einheitsgewerkschaft hineingetragen, wo es nichts zu suchen hat ... Jeder Versuch, die Einheitsgewerkschaft zu instrumentalisieren, politische Strömungen herauszudrängen und in ihr zu fraktionieren ist ein Schritt zur Richtungsgewerkschaft. Diese Gefahr ist im Zusammenhang mit der Diskussion des 'Oberurseler Papiers' ... akut, an der sich nunmehr auch der Juso-Bundesvorstand offiziell beteiligt ... Er verletzt Prinzipien der Einheitsgewerkschaft, weil er Trennendes - nicht Gemeinsames - in den Vordergrund stellt. Damit wird einer Fraktionierung Vorschub geleistet."

Wolf verkennt nicht nur den Unterschied zwischen einem Papier von Intellektuellen und einem Grundsatzbeschluß einer politischen Organisation und verwechselt nicht nur (mit System) den Unterschied der Diskussion in einem politischen Richtungsverband und in einer Einheitsgewerkschaft, sondern präsentiert bekannte Floskeln zur Abwehr der Kritik an der DKP. Wolf will die DKP dadurch aus der Schußlinie nehmen, daß er jeden DKP-Kritiker als 'Antikommunisten' bezeichnet und dadurch diffamieren will; da die Unternehmer etwas gegen die DKP haben, wird jeder die DKP kritisierende Juso darüber hinaus zu einem 'Handlanger des Kapitals und anderer Reaktionäre'; wer als Sozialdemokrat auf den DKP-Einfluß in den Gewerkschaften hinweist, liefert den Unternehmern Argumente gegen die "Gesamtheit der DGB-Gewerkschaften" und schwächt deren "Kampfkraft"; wer offen sagt, daß er als Juso eine andere Gesellschafts- und Gewerkschaftskonzeption als die DKP hat, stellt damit 'Trennendes' in den Vordergrund, leistet der Fraktionierung Vorschub und untergräbt die Einheitsgewerkschaften!

3. Stamokap-Fraktion und Gewerkschaften

Klaus-Peter Wolf will den Jungsozialisten nicht nur absprechen, sich mit gewerkschaftlichen Diskussionen zu beschäftigen, sondern auch untersagen, ihre Position in den Gewerkschaften zu vertreten:
"Die Jungsozialisten dürfen Diskussionen, die in der Gewerkschaftsjugend ausgetragen werden müssen, nicht in den Gremien ihrer Organisation - also extern - führen. Dieses Prinzip wird durch den Juso-Bundesvorstand mißachtet. Wenn der Bundesvorstand ... Jungsozialisten ... veranlassen will, von Juso-Gremien beschlossene Mehrheitspositionen in den Gewerkschafte durchzusetzen, versucht er von außen in die eigenständigen Gewerkschaften hineinzuwirken und verletzt damit deren autonomen Willensbildungsprozeß."
Statt dessen nennt Wolf als wichtigste politische Aufgabe der Jungsozialisten die Vertretung der gewerkschaftlichen Positionen in der SPD:

---

*Klaus-Peter Wolf, Einheitsgewerkschaft - wohin? Zur Strategie der Jungsozialisten, Juli 19

"Dabei ergibt sich der wichtige Auftrag, gewerkschaftliche Positionen und Forderungen im Interesse der Arbeiterjugend in der SPD, in parlamentarischen Gremien und in öffentlichen Aktionen zu vertreten."

Die Jusos sollen also nach Wolf nicht ihre sozialistischen Vorstellungen neben denen anderer (Kommunisten, Christen) in die Gewerkschaften einbringen, sondern lediglich die Gewerkschaftspositionen vertreten - wie sind diese denn zustandegekommen? Wahrscheinlich durch das energische Eingreifen derer, die noch nie Rücksicht auf die gewerkschaftliche Autonomie genommen und einen Parteiauftrag haben! Die Handlungsanweisung für die Kader der DKP ist klar formuliert:
"Es drängt sich daher die Frage auf, von welchen Grundlagen aus die Gewerkschaften die Fragen ihres Kampfes beantworten. Finden sie auf der Grundlage bürgerlicher Gesellschaftsvorstellungen die Antworten für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen, oder benötigen sie dafür eine exakte wissenschaftliche Analyse? Nur mit Hilfe der letzteren können die Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes wissenschaftlich beantwortet werden. In der BRD sind jedoch allein die Kommunisten Träger des wissenschaftlichen Sozialismus. Deshalb erhöht sich ihre Bedeutung auch für die Entwicklung gesellschaftlicher Vorstellungen der Gewerkschaften" (Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Frankfurt 1971, S. 559).

Die Bedeutung der DKP-Kader hat sich tatsächlich wesentlich erhöht; zwar nicht, weil sie der einzige 'Träger des wissenschaftlichen Sozialismus' sind, sondern weil die Jungsozialisten weder im Bereich der Arbeiterjugend noch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit so harte politische Kaderbildung betrieben haben wie die DKP/SDAJ.

Wolf will diesen Zustand konservieren - er scheint nämlich nicht prinzipiell etwas gegen 'parteipolitische Eingriffe' in die Gewerkschaftsautonomie zu haben; er kritisiert, daß der Juso-Bundesvorstand "von den Juso-Gremien beschlossenen Mehrheitspositionen" in den Gewerkschaften durchsetzen will - wie ist es denn mit der Minderheitsposition der Stamokap-Fraktion? Die hat hier wenig Probleme. So formulierte der 'stamokap-dominierte' Hamburger Arbeitskreis der Jusos klar und deutlich:
"Der AjA versucht auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Hamburger Jungsozialisten von 1975/76 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit fortschrittliche Positionen in Gewerkschaft, AfA und Partei zu tragen, durchzusetzen, auszubauen und zu Mehrheiten zu führen" (Bezirksinformationsdienst der Hamburger Jusos, 1976). Stamokap-Jusos wollen ihre Grundsätze, ihre 'fortschrittlichen Positionen', in den Gewerkschaften zu Mehrheiten führen! Die identische Aussage des Juso-Bundesvorstandes ist aber antikommunistische Spalterpolitik der Einheitsgewerkschaften!
Wie ernst die Stamokap-Fraktion bei den Jusos die gewerkschaftliche Autonomie wirklich nimmt, machte ihr theoretischer Kopf Detlev Albers in einem Interview deutlich:
"Unser Problem als sozialdemokratische Linke besteht nun darin, die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Autonomie als Prinzip zu begründen, ohne dabei das Bewußtsein zu verlieren, daß in ihre Formulierung zugleich ein solcher taktisch-politischer Notbehelf eingeht" (Beiträge zum wiss. Sozialismus 3/79, S. 52).

Gewerkschaftliche Autonomie wird solange als taktischer Notbehelf angesehen, wie die SPD bzw. die Mehrheit der Jusos nicht die richtige Politik machen; sie hat keine Gültigkeit für die Stamokap-Jusos; das Gewerkschaftsverständnis und die Praxis der DKP werden ignoriert - Klaus Peter Wolf und die Stamokap-Fraktion bei den Jusos tun alles, um sich zu Handlangern der DKP/SDAJ zu machen.

4. Stamokap-Fraktion und DKP

Das 'Oberurseler Papier' befaßt sich durchgängig mit dem Einfluß und der Strategie der DKP/SDAJ in den Gewerkschaften und streift dabei nur am Rande die Stamokap-Fraktion bei den Jusos. Wolf bezieht allerdings nicht nur das 'Oberurseler Papier', sondern auch die 'Grundsätze der Jungsozialisten' im wesentlichen auf seine eigene Position und die der Stamokap-Fraktion bei den Jusos - er bezeichnet die DKP-Haltung ausdrücklich als eine seiner eigenen Position ähnliche und droht unverhohlen mit der weiteren Fraktionierung der Jusos:
"Eine wie im 'Oberurseler Papier' bei den Jusos angelegte Diskussion, die nach dem Bundesvorstandsbeschluß zu erwarten ist, wird zweifellos den alten Fraktionsstreit wieder aufbrechen lassen. Denn wenn sich die Mehrheit des Jsuo-Bundesvorstandes tendenziell mit jenen in eine Reihe stellt, die 'Stamokap'-Positionen bei den Jusos und ähnliche Positionen in der Gewerkschaft bekämpfen und sie aus der Einheitsgewerkschaft rausdrängen wollen, ... kann die Wiederbelebung von Ausgrenzungsdebatten bei den Jungsozialisten nur schlecht verhindern".

Die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes ist also nicht nur antikommunistisch und mit ihrer Position eine Bedrohung der Einheitsgewerkschaft, sondern auch noch der Spalter der Jusos - und das alles nur, weil eine eigenständige Gewerkschaftsposition definiert wurde! Es ist nicht gestattet, die Position der DKP in den Gewerkschaften anzugreifen, weil damit auch die 'ähnlichen Positionen' der Stamokap-Jusos angegriffen werden!

Mit anderen Worten: wer die DKP angreift, ist nicht nur Antikommunist, Spalter der Einheitsgewerkschaft, Handlanger des Kapitals, Schwächer der gewerkschaftlichen Kampfkraft - er ist auch noch verantwortlich für eine zur Fraktionierung führende Grundsatzauseinandersetzung bei den Jusos!

Es drängt sich der begründete Verdacht auf, daß sich die Stamokap-Fraktion in erster Linie als Handlanger und Anwalt der DKP begreift, dem das Bündnis mit dieser Partei wichtiger ist als eine gemeinsame, unabhängig-demokratisch-sozialistische Praxis bei den Jungsozialisten mit dem Ziel der Stärkung der demokratisch- sozialistischen Position in der Bundesrepublik. Nicht nur das: im Falle einer deutlichen Abgrenzung von der DKP droht die Stamokap-Gruppe sogar mit der weiteren Lahmlegung der Jusos durch eine verschärfte Fraktionierung nach dem Motto: besser gar keine Jusos als Jusos, die gegen die DKP anstreten!

Die eindeutige Verpflichtung der Stamokap-Fraktion auf die DKP hat Klaus-Peter Wolf schon in richtungsweisenden Artikeln vor und nach dem Juso-Bundeskongreß 1979 offengelegt. So kritisierte er die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes in seiner Auffassung, unabhängig von der DKP eine eigene Initiative gegen den Abbau demokratischer Rechte zu entwickeln. Dies würde die (DKP-nahe) Hamburger-Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' schwächen - in der die Jungsozialisten seinerzeit lediglich ein Schweigen, nicht aber einen Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns durchsetzen konnten. Durch die eigene Initiative sei "vom Bundesvorstand de faxto eine Isolierungspolitik gegenüber den Hauptbetroffenen der Berufsverbote eingeleitet" worden. Damit besteht die Gefahr, "daß sich nicht alle aktiven Jungsozialisten mit der Bürgerrechtsbewegung identifizieren können". Mit anderen Worten: wer unabhängig von der DKP gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen will, hat mit der Nichtbeteiligung der Stamokap-Jusos zu rechnen.

Auch die harte Kritik der Jungsozialisten an der Inhaftierung Bahros als Ausdruck der Verletzung von demokratischen Rechten im sogenannten realen Sozialismus findet zumindest nicht in jeder Situation die ungeteilte Zustimmung der Stamokap-Gruppe. So verurteilt Wolf den Versuch der Jungsozialisten, bei den Weltjugendfestspielen auf Kuba dieses als Thema auf die Tagesordnung eines Gespräches mit der SED-Jugendorganisation FDJ zu setzen. Da die FDJ über dieses Thema nicht sprechen wollte und die Sympatisanten und Stamokap-Jusos der bundesrepublikanischen Delegation darauf keinen Wert legten, sollte unter Ausklammerung dieser Frage mit der DDR-Delegation geredet werden. Klaus-Peter Wolf:
"Auch was die Behandlung der Urteile gegen Bahro und Hübner bei den Weltfestspielen in Kuba betrifft, muß gefragt werden, ob sie nicht geeignet war, das Verhältnis der Jungsozialisten zu den anderen Jugendorganisationen in der Koordinierungsgruppe einerseits und das Verhältnis zur FDJ - im Rahmen der Entspannungspolitik - andererseits zu beeinträchtigen." (Hannoveraner Kreisblatt 1/78)

Mit anderen Worten: wer im Ausland mit einer DDR-Delegation über den Fall Bahro reden möchte, ist ein Entspannungsgegner.

Besonders eng fühlt sich die Stamokap-Fraktion dem SHB (Sozialistischer Hochschulbund) verbunden: sie war dagegen, überall neben dem SHB eigene Juso-Hochschulgruppen zu gründen und den SHB wegen seiner gemeinsamen Politik mit der DKP bis hin zur Ablehnung einer Kritik an der Verurteilung von Bahro deutlich zu kritisieren.

So wie Wolf die Jusos diffamiert, die sich als Gegner der DKP verstehen (Antikommunisten, Handlanger des Kapitals), so hat der SHB diejenigen diffamiert, die sich für die Solidarität mit Rudolf Bahro eingesetzt haben:
"Es gibt für uns keinen Grund, bereits im Vorverständnis davon auszugehen, daß die Begründung für die Veruteilung von Rudolf Bahro seitens des Berliner Staatsgerichts der DDR falsch ist. Und daß geheimdienstliche Tätigkeit in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Mitteln ausgeübt werden kann, wird jeder einschlägige'Fachmann' bestätigen können ... In einer Zeit, wo von den Rechtskräften alle Mittel für eine Rückkehr zur Politik des kalten Krieges aufgewendet werden, beteiligt sich der SHB nicht am psychologischen Krieg gegen die DDR. Daß die Rechtskräfte solche Vorfälle für ihre antikommunistischen Zwecke aufbauen, ist uns hinreichend bekannt. Doch überraschend ist, wie offen einige sich selbst als 'linke' Sozialdemokraten bezeichnende Politiker wie Peter von Oertzen ihre Ziele darlegen ... die eine große Gefahr für die Entspannungspolitik darstellen ... Durch von den Rechtskräften gekonnt inszenierte Ablenkungsmanöver läßt sich der SHB nicht irritieren ... Die Unzufriedenheit und der Widerstand gegen den gewöhnlichen Kapitalismus in unserem Land sollen mit derartigen Kampagnen gebrochen werden ..."
(FR, 15.7.78)

Dies alles hindert die Stamokap-Fraktion nicht daran, ihre grundsätzliche Solidarität mit dem SHB zu betonen und dessen Mitglieder an ihren 'Kreisen' zu beteiligen. Mechthild Jansen und Christoph Butterwege kommt immerhin der Verdienst zu, die Position der Stamokap-Jusos präziser als Klaus-Peter Wolf zusammengefaßt zu haben:
"Bedingt durch die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Imperialismus und Sozialismus im Weltmaßstab, aber auch die unübersehbare Stärkung der demokratischen Bewegung unseres Landes im allgemeinen (Gründung der DKP 1968, ...)und die Neuformierung der SPD-Linken im besonderen, ist die herrschende Klasse zum gegenwärtigen Zeitpunkt gezwungen, die soziale Entrechtung der Werktätigen durch ideologisches Sperrfeuer (Menschenrechtskampagne) anzusichern. Innerhalb der SPD übernehmen 'linke' Varianten des Antikommunismus ('Zerschlagung der stalinistischen Bürokratien in Osteuropa') die Aufgabe, ein Vordringen des Marxismus zu verhindern. Auch die neue Juso-Führung ordnet sich bewußt oder unbewußt dieser Funktion unter ('Bahro-Kampagne' gegen den SHB, Gründung einer Bürgerrechtsbewegung unter Ausschluß der Kommunisten, Auftreten der Juso-Delegation bei den XI. Weltjugendfestspielen auf Kuba), worunter jedoch auf längere Sicht ihre Fähigkeit leiden muß, linke Minderheiten, kritische Intelligenz und enttäuschte Jugendliche an die SPD zu binden ... Von daher gehört es zu den Aufgaben der Marxisten innerhalb der

SPD, trotz ständiger Bedrohung durch Parteiordnungsverfahren, mit denen die rechtssozialdemokratische Führung jede Zusammenarbeit unterbinden will, für die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte einschließlich der Kommunisten einzutreten und sie in der Praxis zu realisieren ... Schließlich beinhaltet eine wirksame Interessenvertretungspolitik die Auseinandersetzung mit allen Schattierungen des Antikommunismus, der von den kapitalistischen Krisenphänomenen und sozialen Alternativen ablenken, das einheitliche Vorgehen der Hauptströmungen der Arbeiterbewegung, von Sozialdemokraten und Kommunisten, verhindern soll" (Beiträge zum wiss. Sozialismus 1/79, S. 84,86)

Diese Handlungsanleitung scheint Klaus-Peter Wolf zu befolgen, indem er fleißig die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes als antikommunistisch enttarnt und eine neben den Kommunisten bestehende eigenständige Gewerkschaftsposition der Jusos verhindern will.

5. Schlußbemerkung

Die Reaktion der Stamokap-Fraktion bei den Jusos auf das 'Oberurseler Papier' und die Juso-Grundsätze zu den Gewerkschaften bestätigen nur die Einschätzung des Papiers aus Oberursel, indem es zur 'Stamokap-Fraktion' heißt:
"Dieser Teil der DKP-Politik wird auch von einem bestimmten Flügel unter den Jusos vertreten. Dieser setzt sich deshalb für eine 'Bündnispolitik' mit der DKP oder dazurechenbarer Organisationen ein. Erhofft wird von der Stärkung der DKP durch derartige Bündnisse eine Linkswendung der SPD, eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD ... und ein Zurückdrängen des Kapitalismus durch Veränderungen des Machtgefüges in der Weltkonkurrenz. Nicht immer werden diese Ziele und Positionen so klar in den Einzelfragen vertreten oder erkennbar. Sie sind dennoch verläßliche Stützen der DKP-Gewerkschaftsstrategie."

Die Betrachtung der Hauptkonflikte bei den Jusos in den letzten Jahren und der Haltung der Stamokap-Fraktion bestätigt diese Sichtweise derart, daß man noch hinzufügen möchte: Die Stamokap-Gruppe bei den Jusos ist eine verläßliche Stütze der DKP-Gesamtstrategie, die zur Unterstützung der DKP die Schwächung der Jusos durch die anhaltende Fraktionierung nicht nur in Kauf nimmt, sondern mit einer langfristigen Perspektive bewußt betreibt. Zur Widerlegung dieser Behauptung wird es nicht reichen, den Autor als 'Antikommunisten' oder 'Chaoten' abzuqualifizieren und über bösartige Unterstellungen zu lamentieren. Die Stamokap-Fraktion ist aufgefordert, ihre Position zum sogenannten realen Sozialismus und zur DKP deutlich zu formulieren und die Äußerungen von Klaus-Peter Wolf und Jansen/Butterwege entweder zu bestätigen oder zu dementieren und durch neue Formulierungen zu ersetzen. Es geht u.a. um die Beantwortung folgender Fragen:

- war die Gründung der DKP 1968 die entscheidende Stärkung der demokratischen Kräfte (Befürwortung der CSSR-Invasion)?
- ist die Menschenrechtskampagne nur das Ablenkungsmanöver der herrschenden Klasse, um die entrechteten Massen an der Bewußtwerdung ihrer Interessen zu hindern?
- ist die linkssozialdemokratische Kritik der SED-Politik nur eine Variante des Antikommunismus, die den Einfluß von Marxisten in der SPD zurückdrängen soll?
- sind die Aktionseinheit mit Kommunisten und die Bekämpfung des Antikommunismus (der Kritik an SED und KPdSU) die Hauptaufgaben der Jungsozialisten?
- sollen sich Jusos immer noch im SHB organisieren?
- kann der Kampf gegen die Berufsverbote nicht ohne die DKP geführt werden, die gar nicht prinzipiell gegen Berufsverbote (Havemann, Bahro, KBW) ist?
- sind die Autoren des 'Oberurseler Papiers' und die Mehrheit des Juso-Bundesvorstandes 'Handlanger des Kapitals und der Reaktionäre', die die Einheitsgewerkschaft gefährden?
- soll die Auseinandersetzung mit DKP-Positionen in den Gewerkschaften unterbleiben, weil sonst die Kampfkraft der Arbeiterbewegung geschwächt wird?
- soll Kritik am sogenannten realen Sozialismus - wenn überhaupt - nur kritisch-solidarisch, nicht aber grundsätzlich sein?

Jungsozialisten und Gewerkschaften

Bemerkungen zu Notwendigkeit, Inhalt und Problemen einer betrieb- und gewerkschaftlichen Arbeit der Jungsozialisten

Wir sind gebeten worden, in verständlicher Weise Thesen zum Verhältnis von Jungsozialisten und Gewerkschaften zu formulieren, kurz bevor der Bundesvorstand seine Thesen zum gleichen Thema der Öffentlichkeit vorstellte. Dem Bundesvorstand ging es unseres Erachtens – und das ist legitim – um eine Positionsbestimmung in einer aktuellen Auseinandersetzung. Die dadurch aufgetretenen inhaltlichen Verkürzungen und Pointierungen hat er zu verantworten, sind aber auch verantwortbar. Wir greifen einige der dort formulierten Thesen auf und erweitern sie unter der Fragestellung, mit welchen Inhalten und Darstellungsformen aktive Jungsozialisten in den Gewerkschaften arbeiten sollten, welchen Stellenwert andererseits die Behandlung betrieblicher bzw. gewerkschaftlicher Themen in Programmatik und Praxis der Jungsozialisten hat.

Wenige Vorbemerkungen:

Gewerkschaftliches Verständnis ist bei Jungsozialisten (seit '69) eine Selbstverständlichkeit, gerinnt zur Binsenweisheit, da sie jeder im Munde führt, aber häufig Unterschiedliches gemeint ist:

- die gewerkschaftliche Orientierung, der Versuch also, den Lebens- und Arbeitszusammenhang der Lohnabhängigen als Grundlage einer einheitlichen Interessenvertretungspolitik auf Lernsituationen zu übertragen und sie damit zu einer abstrakten Bündniskonzeption zu degradieren (vgl. Schülerkonferenz 1979, in JSI 12/79);
- der Versuch, gewerkschaftliche Politik und gewerkschaftliche Vertreter zum Nonplusultra der politischen Weisheit zu deklarieren und damit die Diskussionsbreite in der eigenen Organisation einzuengen (z. B. Kernenergiedebatte, innergewerkschaftliche Kontroversen);
- die Strategie, die dem gewerkschaftlichen Funktionarskörper prinzipiell Unfähigkeit bzw. Arbeiterverrat vorwirft, sich an den innergewerkschaftlichen Konflikten emotionalisiert und spontanem Arbeiterhandeln höchste Bedeutung beimißt.

Uns ist klar, daß unsere Leser sich von keiner Variante angesprochen fühlen. Z. T. liegt dies an der von uns vorgenommenen Überzeichnung, z. T. an unserer Wahrnehmungsbereitschaft, z. T. an der – hier und da – qualifizierten Betriebsarbeit der Jungsozialisten.

Der uns zur Verfügung stehende Platz und unser Arbeitsauftrag läßt nicht zu, vom Abstrakten zum Konkreten fortschreitend, Konkurrenz und frühkapitalistische Produktionsweise zum Ausgangspunkt zu nehmen. Unsere „richtigen Theoretiker" werden das in der nächsten Nummer dieser Zeitschrift mit Sicherheit anmerken.

Wir beschränken uns, ausgehend von der Programmatik, der Realität der Juso-Arbeit und Aspekten der gesellschaftlichen Umwelt, auf die Andeutung von Schwerpunkten einer Gewerkschaftsarbeit von Jungsozialisten.

Dieter Heinisch
Wolfgang Jüttner
Juli 1979

Können Jungsozialisten überhaupt Gewerkschaftsarbeit machen?

Die Untersuchung von Dieter Stephan (Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise? 1969–1979, Bonn 1979) hat noch einmal am Zahlenmaterial verdeutlicht, daß in der Zusammensetzung der aktiven Jungsozialisten Schüler, Studenten und Akademiker überpräsentiert sind, stellt man Vergleiche mit der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung an. Daraus ist häufig die politische Schlußfolgerung gezogen worden, daß die Jungsozialisten – getreu nach dem Prinzip: jeder arbeite da, wo er sozial eingebunden ist – zu einer verbindlichen gewerkschaftlichen Arbeit nicht fähig seien. Diese Schlußfolgerung ist falsch,

- sie unterstellt, daß die Jungsozialisten nur mit ihrem jetzigen Funktionärskörper lebensfähig seien,
- sie ignoriert, daß viele Arbeiterjugendliche und gewerkschaftliche Jugendfunktionäre sich auf die Jungsozialisten politisch beziehen, auch wenn sie dort nicht aktiv mitarbeiten (können bzw. wollen),

– sie unterstellt, daß eine längere schulische Ausbildung, die Situation eines Studenten gewerkschaftliches Engagement ausschließt bzw. Verbindlichkeit erschwert.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zur DKP und ihren Vorfeldorganisationen:

SDAJ und MSB, Jugend- und Studentenorganisationen der DKP, sind in ihrer sozialen Zusammensetzung den Kadern der Jungsozialisten sehr ähnlich (auf den Beweis des Gegenteils warten wir gern). Trotzdem ist unbestritten, daß sie überproportionalen Einfluß auf die gewerkschaftliche Jugend- und Bildungsarbeit ausüben, daß ihre Mitglieder zur Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft und zur Arbeit/Funktionsübernahme angehalten werden und sich auch daran halten.

Die DKP ist – Theorien über Klassenlage von Intelligenz bzw. lohnabhängigen Zwischenschichten außer acht gelassen – somit zwar weder die Partei der Arbeiterklasse noch eine Partei von Arbeitern, aber eine Partei „mit Klassenstandpunkt", wobei die Mitglieder ihren Standpunkt häufig genug in sozialer Ausgrenzung (z. B. Berufsverbot) honoriert bekommen.

Die Jungsozialisten dagegen gehören organisatorisch – mehr noch: als einzelne Individuen – einer Partei an, die zur Zeit mit dem Recht ausgestattet ist, politische Macht in dieser Gesellschaft auszuüben und damit – vermittelt über Personalpolitik – materielle Interessen einzelner Mitglieder einzulösen vermag.

Daraus folgt:

Die Mitgliedschaft in der DKP ist die Eingliederung in einen kleinen, angefeindeten, nach innen fest gefügten politischen Block. Identitätsstiftend wird der äußere Druck aufgefangen in Kampagnen gegen den Antikommunismus und durch die unverbrüchliche Solidarität mit der Sowjetunion.

Die Mitgliedschaft in der SPD ist in jedem Fall ein Einlassen auf die gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD, wobei unterschiedliche Motivationen Ausgangspunkt sein können bzw. sich entwickeln können:

– einen individuellen Aufstieg zu vermitteln
– mit eigenem politischen Verständnis bzw. Veränderungswillen zu wirken.

Die Konsequenz: Spezifische Formen der beruflichen Konkurrenz, der politischen Distanzierung, der Verarbeitung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, von Integrationsmechanismen ver- bzw. behindern Verbindlichkeit und Einheitlichkeit der politischen Aktivität von Jungsozialisten auch in der gewerkschaftlichen Arbeit.

Darüber hinaus wird die politische Rekrutierung auch von Arbeiterjugendlichen weiterhin erschwert durch

– die Identifizierung von Jungsozialisten und sozialdemokratischer Regierungspolitik. Die Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik läßt differenzierte Betrachtungsweisen über politische Konflikte nicht zu, sozialdemokratische Selbstdarstellungen (wenn wir die Macht haben, dann...) verstärken diesen Effekt.
– Die politisch-kulturellen Verhaltensmuster derer, die ihre eigene Politisierung über den Kopf zur Zeit zwar theoretisch kritisieren, aber immer noch (wenn auch zurückhaltender) anwenden. Geradezu grotesk mutet es an, daß die theoretisch Borniertesten, die DKP mit ihren dogmatischen Klassenstandpunkttheorien und der Ignoranz von widersprüchlichen Erfahrungen im Arbeiterbewußtsein kritisieren, während die DKP aus taktischen parteiegoistischen Gründen, genau an die kulturellen Momente anzuknüpfen versteht, während die „theoretische Avantgarde" sich der Praxis noch nicht hat vermitteln können.

Krise in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Die Krise der gewerkschaftlichen Arbeit der Jungsozialisten ist darüber hinaus auch Ausdruck der Krise, in der die gewerkschaftliche Jugendarbeit selbst steckt:

– Ansätze einer offeneren Jugendarbeit in Form von Lehrlingszentren sind Anfang der 70er Jahre von den Gewerkschaften nicht weitergeführt worden.

- Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist mehr als einmal in der Folge von Auseinandersetzungen mit politischen Splittergruppen „geopfert" worden.
- Eine eigenständige Jugendarbeit ist politisch-organisatorisch nicht vorgesehen. Die Gewerkschaftsjugend verfügt weder über einen Etat noch Möglichkeiten einer öffentlichen Selbstdarstellung.
- Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel bieten zwar Ansätze für eine gewerkschaftliche Jugendarbeit, sind jedoch gleichzeitig Schranken bei der Rekrutierung.
- Jugendliche vor dem Eintreten ins Berufsleben und der Jugendliche in seiner Freizeitsituation sind von den Gewerkschaften schwer zu erreichen.
- Die Umgangsformen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind zu oft von taktischer Rücksichtnahme und Konkurrenz geprägt, als daß sie für Jugendliche auf Anhieb attraktiv sind.

Hinzu kommt:

- Trotz aller administrativer Eingriffe – vor allem nach 1975, insbesondere 1977 – ist die Möglichkeit, linke Alternativen zu diskutieren, in der SPD eher gegeben als im gewerkschaftlichen Bereich;
- die thematische Spannbreite der SPD war mindestens so lange breiter, bis die sozialdemokratische Reformeuphorie verflogen war und – in Folge mangelnder politischer Vertretung – Ansätze zu einer Zurückgewinnung einer politischen Dimension durch die Gewerkschaften entwickelt wurden.
- Die in der Partei agierenden Gewerkschaftler ordneten sich bruchlos in das politische Spektrum der Partei ein und bildeten in programmatischer Hinsicht kein eigenständiges Profil heraus.

Konsequenzen

Trotz aller Einsichten in die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit beschränkte sich der Kontakt zu häufig auf die Aufnahme eines Gewerkschaftssekretärs in den jeweiligen Vorstand – zum Vorzeigen! –. Bei gewerkschaftlichen Kämpfen verteilte die SDAJ die Flugblätter, die Jungsozialisten schickten ein Solidaritätstelegramm. (Bei der Vorbereitung und Durchführung des Pfingstjugendtreffens des DGB in Niedersachsen '79 stimmt diese Polemik übrigens überhaupt nicht mehr!)

Das Klima zwischen Jungsozialisten und Gewerkschaften war auf Bundesebene 1977 auf dem absoluten Tiefpunkt. Aus Protest gegen die Wahl von Klaus-Uwe Benneter zum Bundesvorsitzenden zogen Bernhard Wurl (IG Metall) und Gerd Andres (IG Chemie) ihre Kandidaturen zum Bundesvorstand zurück.

Die Klimaverschlechterung äußerte sich:

- in einer Karikatur (die Jungsozialisten als Steigbügelhalter des Terrorismus) in der „einheit", der Zeitung der IG Bergbau,
- in einem Schreiben von Karl Schwab, DGB-Bundesvorstand, zuständig für den Bereich Jugend, der den Jungsozialisten zum Vorwurf machte, einer abstrakten Bündnispolitik hinterherzujagen, statt sich um die Probleme der arbeitenden Jugend zu kümmern. (Hintergrund war der Beschluß, mit dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Entspannung zu kooperieren; die DGB-Jugend faßte einen entsprechenden Beschluß sechs Wochen später ohne öffentliches Aufsehen auf ihrer Bundesjugendkonferenz!)

Neben aktuellen Kontroversen (Wahl des Bundesvorsitzenden 1977, Diskussion um einen Antrag zur Gewerkschaftsarbeit in gleichem Jahr) mögen einige Anmerkungen dieses Spannungsverhältnis charakterisieren.

Immer dann, wenn sich proletarische Öffentlichkeit partiell organisiert, das heißt, in den Organisationen der Arbeiterbewegung verdichtet, dann setzen sich in der Tendenz diese Organisationen als das Ganze der proletarischen Öffentlichkeit. Von ihrem Anspruch her lassen sie keinen weiteren Organisationen Aktivitäten der proletarischen Öffentlichkeit zu, sie erheben im Ansatz einen Alleinvertreteranspruch; das trifft für alle Organisationen der Arbeiterbewegung zu, denn sie alle grenzen alle Strömungen aus, die es außer ihnen gibt, sie entwickeln eine Lagermentalität.

Dieser strukturelle Zusammenhang verbindet sich mit organisations-soziologischen Entwicklungen, die ihre Ursache in der Form und Methode der Organisation haben. Die Organisation der Arbeiterbewegung konstituiert sich als bürgerlicher Idealverein.

Sie sind praktisch und rechtlich (nicht eingetragener Verein) versehen mit typischen Kennzeichen des bürgerlichen Idealvereins:

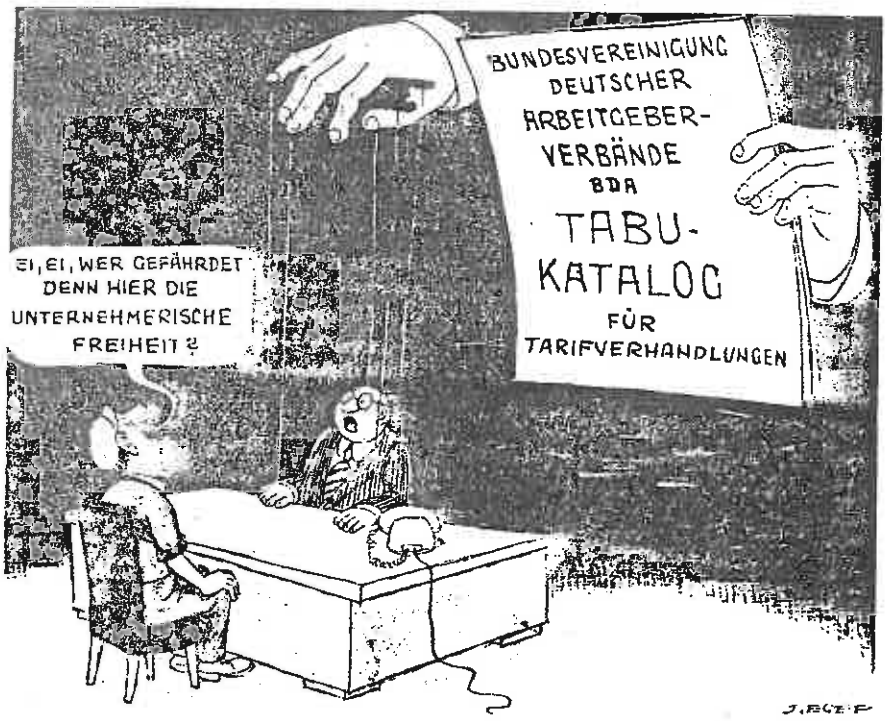
- **dominierende Stellung des Vorstands**
- **Repräsentation der Mitgliederbasis nur über Stufen – hauptamtliche Organisationen bei größeren Parteien und Gewerkschaften. Oberstes Prinzip ist die Aufrechterhaltung und Selbsterhaltung der Organisation (Partei, Gewerkschaft usw.).**

Dieser Untersuchungsansatz müßte natürlich detailliert und analytisch an den Organisationen der Arbeiterbewegung nachvollzogen werden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Organisationen müßten herausgearbeitet, das unterschiedliche Ausmaß der innerverbandlichen Demokratie untersucht werden. Aber das kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein. Festzuhalten ist nur, daß offensichtlich Mitglieder der DKP sich mit diesen Tatbeständen in der Gewerkschaft arrangieren und gleichzeitig ein kalkulierbarer Faktor für die Gewerkschaftsvorstände sind, mit denen man sich einzurichten weiß.

Schwierigkeiten

Teile der Jungsozialistenbewegung hatten ein anderes Verständnis von den Organisationen der Arbeiterbewegung und deswegen emotional und politisch Schwierigkeiten, in der Gewerkschaft zu arbeiten bzw. von der Gewerkschaft angenommen zu werden.

Das hat zu tun mit der politischen Sozialisation, die die Mehrzahl der aktiven Jungsozialisten durchlaufen haben und die sich prägend innerhalb der Organisation auswirkt. In der Tradition der undogmatischen Studentenbewegung haben sich die



Jungsozialisten ein hohes Maß an Sensibilität für Demokratie und gegen autoritäres Verhalten bewahrt und hatten – bedingt durch den Integrationsversuch der Studentenbewegung durch die SPD – auch Gelegenheit, kontroverse Positionen auch öffentlich zu artikulieren.

Das Klima zwischen Jusos und Gewerkschaften hat sich gebessert (z. B. Zusammenarbeit Jusos-BuVO und Hauptvorstand der IG Metall, verstärkter Einsatz von hauptamtlichen DGB-Kollegen in der Juso-Bildungsarbeit, stärkeres Arbeiten von Jungsozialisten als Gewerkschafter, vielfältige Kontakte unterer Ebenen).

Man kann die durch diese Klimaverbesserung bedingten Chancen und Probleme nur diskutieren unter Berücksichtigung der Beweggründe, die die ehemaligen Kontrahenten zur Verhaltungsänderung veranlaßt haben, weil wir davon ausgehen, daß nicht ein einseitiges Nachgeben der Jungsozialisten ein adäquates Erklärungsmuster wäre.

Die Jungsozialisten haben erkannt, daß

- **die eigene Stärke bzw. deren Bild innerhalb von Partei und Öffentlichkeit rückläufig war,**
- **die Debatte über die soziale Zusammensetzung, die Legitimation von Aussagen zu betrieblichen Fragen reduzierte,**
- **die Motivation für Gewerkschaftsvertreter, bei den Jungsozialisten mitzuarbeiten, durch diese Debatte zusätzlich erschwert wurde,**
- **„Reproduktionsstrategien" wie „sozialistische Kommunalpolitik" politisch-theoretisch zu kurz greifen,**
- **der DKP-Einfluß in den Gewerkschaften überproportional war,**
- **Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gegen den Willen des gesamten Gewerkschaftsapparats wenig folgenreich ist.**

Der Denkprozeß in den Gewerkschaften ist dagegen – viel komplizierter und widersprüchlicher und geprägt von den politischen Traditionen in den einzelnen Gewerkschaften, den jeweiligen sozialen Konflikten und den innerverbandlichen politischen Konstellationen. Als Grundlinie läßt sich benennen:

Die neuerdings größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Jungsozialisten ist zurückzuführen auf die politischen Wandlungsprozesse in den Gewerkschaften selbst, die sich im Anwachsen des antikapitalistischen Potentials ausdrücken; die Einsicht in die Notwendigkeit, in der Parteienlandschaft auch perspektivisch einen Bündnispartner zu behalten und infolgedessen Kontakte zur Jugendorganisation des bisherigen Ansprechpartners auszubauen; und, zu guter Letzt, das Interesse an einer Neutralisierung des DKP-Einflusses in den Gewerkschaften.

Die Jungsozialisten werden und müssen die erfolgten Kooperationsangebote aufnehmen und weitere durch praktische Arbeit zwangsläufig machen.

Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit

Ziel ist dabei die Stärkung einer qualifizierten gewerkschaftlichen Arbeit, nicht das Organisationsinteresse der Jungsozialisten.

Der Begriff der Einheitsgewerkschaft, der von Jungsozialisten als wichtiges Ergebnis gewerkschaftlicher Kämpfe und Erfahrungen verteidigt wird, darf jedoch nicht dazu benutzt werden, die spezifischen Formen von Gesellschaftsanalyse und gewerkschaftlicher Strategie wie sie von Sozialisten entwickelt worden sind, vergessen zu machen.

Jungsozialisten „formulieren gewerkschaftliche Forderungen innerhalb des gewerkschaftlichen Willensbildungsprozesses von ihren sozialistischen Grundpositionen aus. Dies macht sie auch in der gewerkschaftlichen Arbeit als Jungsozialisten kenntlich". (Beschluß des Bundesvorstands, 7/79)

Dabei geht es nicht um Parteipolitik, sondern um den Inhalt einer notwendigen und als Prinzip unumstrittenen politischen Ausrichtung der Gewerkschaften.

Wir halten deshalb auch eine Position für falsch, die der DKP vorwirft, ihre politische Vorstellung im DGB durchsetzen zu wollen.

Wir wollen aber dazu beitragen, daß dies der DKP nicht gelingt, weil unseres Erachtens ihre Interpretation der gesellschaftlichen Realität (nicht nur in Fragen der politischen Demokratie!) und darauf aufbauende strategische Überlegungen keine Stärkung gewerkschaftlicher Politik mit sich bringen.

Dabei müssen auch diejenigen kritisiert werden, die aus unterschiedlichen Erwägungen dieses Gewerkschaftsverständnis begünstigen, indem sie die *politische* Debatte um die Inhalte gewerkschaftlicher Politik und die Interpretation von Politik mit dem „Deckmantel Einheitsgewerkschaft" verhindern wollen (vgl. K. P. Wolf, Die Neue, 12. 7. 79)

Programmatische Diskussion führen . . .

Die Jungsozialisten sollten sich qualifiziert in die programmatische Diskussion der Gewerkschaften einschalten, um im Spektrum der Einheitsgewerkschaft und ihrer theoretischen und philosophischen Quellen verstärkt sozialistische Positionen einbringen zu können.

Damit ist nicht gemeint, daß sie auf einer hochtheoretischen Ebene der strategischen Programmdiskussion solche Ansätze einbringen, sondern eher auf einer Ebene der Theorie mittlerer Reichweite.

Konfliktbereiche wie Rationalisierung und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer, Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung der Arbeitswelt usw. sind solche Bereiche, die einen Verknüpfungspunkt zwischen den tagtäglichen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit dem Kapital und jener strategisch-programmatischen Ebene darstellen. In eine perspektivische Diskussion der Gewerkschaften einzugreifen verlangt allerdings auch, daß sich die Jungsozialisten praktisch und inhaltlich auf eine solche Diskussion vorbereiten.

Am Beispiel der Rationalisierung und ihrer Auswirkungen auf die Arbeitnehmer soll skizzenhaft deutlich gemacht werden, welche Positionen Jungsozialisten beziehen könnten.

Rationalisierung verstanden im betriebswirtschaftlichen Sinne als ein permanenter Prozeß, der dem Kapital zur Verbesserung des Kostengewinnverhältnisses dient, politisch-ökonomisch verstanden als ein Prozeß, mit dem die Unternehmer den Versuch unternehmen, mittels der Erhöhung der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals den Profit zu steigern, hat Auswirkungen auf alle Arbeits- und Lebensbereiche der Arbeitnehmer:

- Rationalisierung vernichtet Arbeitsplätze, ohne im gleichen Umfang neue zu schaffen.
- Rationalisierung gefährdet das Einkommen der Kollegen, zumindest da, wo im Zusammenhang analytischer Arbeitsplatzbewertung Abgruppierung droht bei Veränderung der technologischen Bedingungen.
- Rationalisierung kann die Arbeitsbedingungen verschlechtern, in der Regel im Rahmen einer Entwicklung, die körperliche Arbeit beseitigt, dafür aber die Arbeit intensiviert und neue psychische Belastungen hervorbringt.
- Rationalisierung verändert die Qualifikationen der Arbeitnehmer mit der Haupttendenz der Polarisierung der Qualifikationen in wenige hochqualifizierte Tätigkeiten und viele minderqualifizierte Tätigkeiten.

Eine gewerkschaftliche Gegenstrategie gegen die Auswirkungen von Rationalisierung kann nur als umfassendes Konzept diskutiert, entwickelt und durchgesetzt werden; die Angriffspunkte des Rationalisierungsprozesses beziehen sich eben nicht nur auf einen, sondern auf alle Aspekte des Arbeits- und Lebenszusammenhanges der Arbeitnehmer.

Eine gewerkschaftliche Strategie, die auf Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge abzielt, müßte folgende Bereiche umfassen:

- Arbeitszeitverkürzung

- Arbeitsplatzsicherungsabkommen (z. B. Verlängerung der Kündigungsfristen, Abgruppierungsregelungen, inner- und außerbetriebliche Weiterbildungsregelungen usw.)
- arbeitnehmerorientierte Personalplanung in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen (in Industrien mit Großaggregaten z. B. Maschinenbesetzungspläne).

Ein wesentliches Ziel muß es dabei sein, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und alle Beschäftigten insgesamt stärker mit einzubeziehen, als das bisher gesetzlich und tarifvertraglich möglich war.

Gerade an diesem Beispiel wird die Reichweite gewerkschaftlicher Fragen wie auch Schwierigkeit der Formulierung unzweideutiger Forderungen deutlich. Gewerkschaftliche Arbeit muß selbst als Lernprozeß begriffen werden.

- Jungsozialisten arbeiten in den Gewerkschaften an den eben skizzierten Fragestellungen im genannten Sinne mit
  - zur Erweiterung bzw. Umstrukturierung der Programmdiskussion,
  - zur Verbesserung der Kampfbedingungen im Betrieb.
- Sie engagieren sich in der Bildungsarbeit, weil die Sensibilisierung gegen unternehmerische Willkür, für die Wahrnehmung der eigenen sozialen Interessen und die Aneignung des „gewerkschaftlich-betrieblichen Handwerkzeugs" Voraussetzungen einer starken, konfliktbereiten Gewerkschaft sind.
- Jungsozialisten greifen betriebliche Probleme in ihrer Arbeitsgemeinschaft und der SPD auf. Sie verhelfen damit dem Arbeitsbereich zu seinem angemessenen Stellenwert und tragen durch Beschlußfassung dazu bei, die staatlichen Rahmenbedingungen für die Arbeits- und Lebenssituation der Lohnabhängigen zu verbessern.

Wir hoffen, daß deutlich geworden ist, daß hier nicht einem „neuen Leninismus" – Vorherrschaft der „Arbeiterpartei, Abt. Jugendorganisation" über die Gewerkschaftsbewegung – das Wort geredet worden ist.

Notwendig ist aber, veranlaßt durch erste Erfolge der Zusammenarbeit von Jungsozialisten und Gewerkschaften und durch die Debatte über den Einfluß der DKP in der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit, die Debatte um die Prinzipien gewerkschaftlicher Arbeit der Jungsozialisten fortzusetzen.

Allzuoft wurden die Verdikte „Antikommunismus" und „antigewerkschaftlich" eingesetzt, um genau diese Debatte, die eine Stärkung und keine Schwächung der Gewerkschaften nach sich ziehen wird, zu unterbinden.

Arbeiterjugendkonferenz '79

1. **Zielgruppen: Jungsozialisten, junge Gewerkschafter, Falken**
2. **Termin: 24./25. November 1979**
3. **Ort: Hannover, Haus der Jugend**
4. **Beginn: Samstag, dem 24. Nov. 1979, 10 Uhr**
5. **Ende: Sonntag, dem 25. Nov. 1979, gegen 14 Uhr**
6. **Struktur**

6.1. **Samstag: 10 Uhr – Referat – „Möglichkeiten gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretung von Jugendlichen in Niedersachsen".**
ab 14 Uhr: Arbeitsgruppen – Themen:

1. **Berufliche Bildung**
2. **Rationalisierung**
3. **Arbeitslosigkeit (Jugendarbeitslosigkeit)**
4. **Ökonomie und Ökologie**
5. **Gewerkschaftliche Arbeit in Kleinbetrieben**
6. **Frauen im Betrieb und in der Gewerkschaft**
7. **Innergewerkschaftliche Demokratie und das Problem der Einheitsgewerkschaft**

ab 20 Uhr
– Abendveranstaltung –

6.2. **Sonntag ab 9 Uhr**
Berichte aus den Arbeitsgruppen und Zusammenfassung der Ergebnisse (einschließlich: Darstellung möglicher Aktionsmodelle)

Anmeldungen und nähere Informationen bei:
Jungsozialisten im Bezirk Hannover
c/o Hans-Georg Kühne
Odeonstr. 15/16
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/167 42 24

ran veranstaltet große Fete

Die DGB-Jugendzeitschrift ran veranstaltet am 20. Oktober 1979 in Recklinghausen eine große Fete.

Für das Programm sind vorläufig vorgesehen:

Theatergruppen/Kabarett

Theatergruppe DGB-Kreis Leverkusen
Theatergruppe DGB-Kreis Essen/Mülheim
IGM-Kulturgruppe, Bochum
Pfeffermühle, Bochum
Lokomotive Emschertalbahn, Gelsenkirchen
Kabarett „Fortschritt", Münster
die 3 Tornados", Berlin
Raphael und Mumm, München
Lehrlingstheater Dortmund
Jugendtheater Schwerte
Bielefelder Arbeiter- und Studententheater
Schattentheater Münster

Rockgruppen

Franz K., Witten
Alex Oriental Experience, Köln
Leakage L. a., Recklinghausen
Marilynn Rock, Münster

Liedermacher/Politsong

Wolf Biermann
Hannes Wader
Dr. Dr. Dr. Rolf Schwendter
Ekkes Frank
Franco Trincale
Karaxu, Chile

Frauenprogramm

Schneewittchen, Hamburg
Bochumer Frauensonggruppe
Gemischtes Frauenorchester Köln
Gewerkschaftliche Frauengruppe Leverkusen

Aktionen

Kunstmobil Düsseldorf
Grande Kanaille Hamburg
Fotoaktion des DGB-Münster
evtl. ran-Feten-Liederbuch
alle mitwirkenden Künstler sollen und können noch zusätzliche Einzelaktionen im und vor dem Haus starten.